

**Jahresabschluss und Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2014
der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft**



Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Inhalt

Bericht des Aufsichtsrats

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014

- Bilanz zum 31. Dezember 2014
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014
- Anhang für das Geschäftsjahr 2014
- Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2014

Tätigkeitsabschlüsse gemäß § 6b EnWG für das Geschäftsjahr 2014

- Bilanz zum 31. Dezember 2014
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014
- Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2014 für die Tätigkeit Stromverteilung
- Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2014 für die Tätigkeit Gasverteilung
- Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen gemäß § 6b EnWG

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2014 hat der Aufsichtsrat sämtliche ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden und wurde durch den Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung und die Lage des Unternehmens, über die Strategie und Planung, über die Risikosituation, das Risikomanagement sowie über die wesentlichen Geschäftsvorgänge unterrichtet. Anhand von schriftlichen Beschluss- und Berichtsvorlagen sowie begleitenden und ergänzenden mündlichen Auskünften hat der Aufsichtsrat den Vorstand laufend überwacht, Geschäftsvorgänge von besonderer Bedeutung eingehend beraten und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2014 in vier ordentlichen Sitzungen getagt. Außerordentliche Sitzungen haben nicht stattgefunden. In den Sitzungen wurden insbesondere die Geschäftsentwicklung und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Hannover AG erörtert sowie über Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplanung und wichtige Einzelvorgänge beraten. Die Einzelvorgänge betrafen unter anderem die Entwicklung sowie die derzeitige Lage vom Unternehmen und deren verbundenen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften, hierbei insbesondere der Thüga.

Der Präsidialausschuss hat 2014 viermal getagt und bereitet vornehmlich die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats vor. Er trifft Entscheidungen über Vorlagen des Vorstandes und Fragen, deren Erledigung im Interesse der Gesellschaft einen Aufschub bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrats nicht zulässt.

Der Finanzausschuss hat im Geschäftsjahr 2014 fünf Sitzungen abgehalten. Dem Finanzausschuss sind als Aufgaben insbesondere die Vorbereitung der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und über den Erwerb oder die Veräußerung von Unternehmen und wesentlichen Beteiligungen sowie die Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses und des gemäß § 171 Aktiengesetz (AktG) zu erstattenden Abschlussberichtes des Aufsichtsrats übertragen. Darüber hinaus ist dem Finanzausschuss die Wahrnehmung der Aufgaben eines Prüfungsausschusses nach § 107 Abs. 3 Satz 2 AktG übertragen. Themenschwerpunkte bildeten 2014 Berichte zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des Unternehmens, hier insbesondere der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 und die laufenden Quartalsberichte für 2014, der Nachtragsfinanzplan für 2014 und der Wirtschaftsplan 2015, Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften für 2013, das Risikomanagementsystem, den Börsensegmentwechsel sowie die Prüfungsschwerpunkte für den Jahresabschluss 2014.

Der Beteiligungs- und Strategieausschuss tagte 2014 in vier Sitzungen und zwei Klausuren. Er hat die Aufgabe, Entscheidungen des Aufsichtsrats zu Konzern- und Beteiligungsangelegenheiten vorzubereiten und Berichte des Vorstands entgegenzunehmen. Grundsätzliche Fragen der Unternehmensstrategie und Angelegenheiten der Beteiligungsführung sind im Vorfeld im Beteiligungs- und Strategieausschuss zu beraten. Im Geschäftsjahr 2014 wurden insbesondere die Entwicklung von Beteiligungsprojekten im Bereich der Windenergie, regulatorische und energiewirtschaftliche Marktentwicklungen sowie der Status und die Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften beraten.

Die Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig und ausführlich in den Aufsichtsratssitzungen über die geleistete Arbeit.

Besetzung des Aufsichtsrats und des Vorstands

Herr Jens Allerheiligen ist weiterhin unabhängiger Finanzexperte gemäß § 100 Abs. 5 AktG.

Folgende Mandatsträger haben im Geschäftsjahr 2014 ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat niedergelegt:

- Bernd Rudolph, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Thüga AG (am 3. Dezember 2014)
- Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender der Thüga AG (am 31. Oktober 2014)

Im Gegenzug sind folgende Mitglieder zum 19. Dezember 2014 in den Aufsichtsrat eingetreten:

- Dr. Matthias Cord, Vorstandsmitglied der Thüga AG
- Michael Riechel, Vorstandsmitglied der Thüga AG

In der personellen Besetzung des Vorstands gab es während des abgelaufenen Geschäftsjahres keine Veränderungen.

Jahresabschluss und Gewinnabführung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, wurde von der Hauptversammlung am 12. März 2014 zum Abschlussprüfer gewählt. In Umsetzung dieses Beschlusses erhielt die Gesellschaft vom Aufsichtsrat den schriftlichen Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2014 sowie des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2014.

Auf Grundlage der durch den Aufsichtsratsvorsitzenden festgelegten Prüfungsschwerpunkte und unter Einbeziehung der Buchführung prüfte die KPMG AG den vom Vorstand nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellten Jahresabschluss der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2014 sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014. Die Prüfung ergab keine Einwendungen, so dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht der Stadtwerke Hannover AG sowie den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzergebnisses abschließend sorgfältig geprüft. Die Unterlagen zum Jahresabschluss wurden sowohl in der Sitzung des Finanzausschusses am 10. März 2015 als auch in der am Folgetag stattfindenden Sitzung des Aufsichtsrats erörtert. In den Sitzungen berichtete der Abschlussprüfer jeweils über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und erteilte soweit notwendig ergänzende Auskünfte. Das abschließende Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat führte zu keinerlei Einwendungen, und der Aufsichtsrat stimmte den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zu, billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns an. Der Jahresabschluss Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2014 ist damit gemäß § 172 Satz 1 AktG festgestellt.

Aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags ist der Gewinn vor Feststellung des Jahresabschlusses unmittelbar an die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, abzuführen. Der abzuführende Gewinn beträgt 88,9 Mio. Euro. Auf das Genussscheinkapital erfolgt eine Ausschüttung von 3,2 Mio. Euro. Der verbleibende Jahresüberschuss von 6,0 Mio. Euro wird den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Betriebsrat dankt der Aufsichtsrat für das persönliche Engagement und die erfolgreich geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2014.

Hannover, den 11. März 2015

Der Aufsichtsrat

Dr. Marc Hansmann

Vorsitzender

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

1	Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	2
1.1	Struktur	2
1.1.1	Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	2
1.1.2	Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	2
1.1.3	Wesentliche SWH-Beteiligungen	3
1.2	Strategie	3
2	Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen	5
2.1	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	5
2.1.1	Gesamtwirtschaftliche Situation	5
2.1.2	Marktbezogene Entwicklung	6
2.2	Wesentliche politische Rahmenbedingungen	12
2.2.1	Europäische Energiepolitik	12
2.2.2	Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland	12
3	Geschäftsverlauf	13
3.1	Veränderungen in der Beteiligungsstruktur	13
3.2	Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	14
3.3	Absatz und Beschaffung	14
3.4	Umwelt und Innovation	15
3.5	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	17
3.6	Bindung an Stadt und Region	19
4	Darstellung und Analyse der Lage	20
4.1	Ertragslage	21
4.2	Finanzlage	24
4.2.1	Ziele und Grundsätze des Finanzmanagements	24
4.2.2	Finanzwirtschaftliche Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr	24
4.2.3	Investitionen und Substanzerhaltung	25
4.2.4	Liquidität	27
4.3	Vermögenslage	28
4.4	Gesamtaussage zur Lage	29
5	Nachtragsbericht	30
6	Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	30
6.1	Prognosebericht	30
6.1.1	Erwartete Umfeldentwicklung	30
6.1.2	Erwartete Entwicklung von SWH	31
6.2	Risikobericht	33
6.2.1	Risikomanagementsystem	33
6.2.2	Risiken	35
6.3	Chancenbericht	38
6.3.1	Chancenmanagementsystem	38
6.3.2	Wesentliche Chancen	38

1 Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

1.1 Struktur

1.1.1 Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Die **Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover**, (SWH) ist als kommunales Energiedienstleistungsunternehmen operativ tätig und ist Muttergesellschaft des **Konzerns Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft**. Sie ist ein in Deutschland nach dem Aktiengesetz registriertes Unternehmen. Im Geschäftsjahr 2014 blieb die Aktionärsstruktur der Gesellschaft unverändert. Mit 75,09 Prozent der Anteile ist die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) Hauptaktionärin. Mit ihr besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Daneben sind die Thüga Aktiengesellschaft, München, (Thüga AG) mit 24,0 Prozent der Anteile und die Region Hannover, Hannover, mit 0,91 Prozent der Anteile beteiligt. Die SWH wird in den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernabschluss der VVG einbezogen.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehören die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Energiehandel sowie alle Neben-, Hilfs- und Ergänzungsgeschäfte. Unter der Dachmarke „enercity – positive energie“ werden Energie und Dienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden in Hannover und bundesweit angeboten. Der Umsatz wird im Wesentlichen im Inland erwirtschaftet.

Strom. Der Geschäftsbereich Strom umfasst die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung über den Handel und die Verteilung bis zum Vertrieb und zur Abrechnung. Es kommen Kohle- und Gaskraftwerke sowie Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen (beispielsweise Wind-, Biogas-, Biomasse- sowie Photovoltaikanlagen), zum Einsatz. Insgesamt wird ein großer Teil des Stroms in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzeugt.

Gas. Die Aktivitäten im Geschäftsbereich Gas umfassen fast alle Wertschöpfungsstufen von der Speicherung über den Handel, die Verteilung und den Vertrieb bis zur Abrechnung. Hierbei erfolgt zur Sicherung einer effizienten Gasspeicherung der Betrieb der Gasspeicher mit einem Partner in einer separaten Gasspeichergesellschaft. Dabei verfolgt SWH den Ausbau der Speicherung konsequent weiter.

Wasser. Die Tätigkeiten zur Versorgung der Bevölkerung innerhalb unseres Konzessionsgebietes mit Wasser sind ebenfalls in einem eigenen Geschäftsbereich gebündelt. Dabei deckt SWH sämtliche Aktivitäten von der Gewinnung bis zum Absatz ab.

Wärme. Zum Geschäftsbereich Wärme gehören alle Aktivitäten der Versorgung von Kunden mit thermischer Energie und Energiedienstleistungen. Im Wesentlichen beziehen sich diese Aktivitäten auf die Lieferung von in den KWK-Kraftwerken erzeugter Fernwärme an Privat- und Sondervertragskunden.

Dienstleistungen. Die Aktivitäten im Geschäftsbereich Dienstleistungen umfassen sowohl Dienstleistungen an Konzernunternehmen als auch an Dritte. Hierzu zählen kaufmännische Betriebsführungen sowie sonstige kaufmännische und technische Dienstleistungen. Zudem werden hier Aktivitäten im Zusammenhang mit der Finanzierungs- und Liquiditätssteuerung im Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft und Handelsaktivitäten außerhalb des Strom- und Gasbereichs zusammengefasst.

1.1.2 Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Der Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft (SWH-Konzern) gehört zu den größten kommunalen Energieversorgungs- und -dienstleistungsunternehmen Deutschlands. Die Aktivitäten der SWH werden durch die folgenden Tätigkeitsfelder des SWH-Konzerns ergänzt:

Netzbetrieb. Die Übertragungs- und Verteilnetze in den Bereichen Strom, Gas, Wasser und Wärme werden von einer eigenständigen Netzgesellschaft betrieben. Die netzbetreibende Gesellschaft ist gemäß den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) als unabhängiger Netzbetreiber aufgestellt. Der Betreiber trägt die Verantwortung für den sicheren Betrieb und die Instandhaltung der Netze. Die Netzentgelte, die von den Netznutzern an einen Betreiber zu zahlen sind, sind durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) behördlich festgesetzt.

Energieerzeugung. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme erfolgt im Wesentlichen über Beteiligungen an Gemeinschaftskraftwerken. Diese Kraftwerke stellen ihre Erzeugungskapazitäten ausschließlich den Gesellschaftern zur Verfügung und werden durch diese gesteuert und eingelastet. Die Kraftwerksgesellschaften übernehmen die Wartung und Instandhaltung der Anlagen. Zudem wird Strom zunehmend mit Hilfe von Windenergieanlagen über Beteiligungen an Windparks erzeugt.

Contracting. Die Contractingaktivitäten im Bereich Wärme decken sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette ab. Diese reichen von der ersten Bedarfsanalyse über die Planung, Finanzierung und Realisierung bis hin zur Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der Anlagen beim Kunden. Zusätzlich werden in diesem Bereich die Planung, der Bau und der Betrieb von Biomasseanlagen bearbeitet.

1.1.3 Wesentliche SWH-Beteiligungen

Zu den Veränderungen in der Beteiligungsstruktur wird auf den Abschnitt „Veränderungen in der Beteiligungsstruktur“ verwiesen.

Netzgesellschaften. Die enercity Netzgesellschaft mbH, Hannover, (eNG) betreibt Energieversorgungsnetze für leitungsgebundene Energie- und Wasserversorgung im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover, in Teilgebieten von Langenhagen und Laatzen sowie in den Umlandkommunen Ronnenberg, Seelze und Hemmingen. Die Netzgesellschaft Laatzen GmbH & Co. KG, Laatzen, (NGL) verantwortet die Erstellung, den Ausbau und die Unterhaltung von Energieversorgungsnetzen beziehungsweise der öffentlichen Wasserversorgung in Teilgebieten von Laatzen. Ebenfalls mit 49,0 Prozent ist SWH an der Gasnetzgesellschaft Laatzen-Nord mbH, Laatzen, (GNG) beteiligt. Gegenstand des Unternehmens ist die Erstellung, der Ausbau und die Unterhaltung von Energieversorgungsnetzen in Teilen des Stadtgebiets Laatzen zur Sicherstellung der leitungsgebundenen Versorgung der dortigen Allgemeinheit mit Gas. Die GNG hatte das Gasnetz mit Wirkung zum 1. Januar 2013 von der bisherigen Netzeigentümerin SWH erworben und zurückverpachtet. Netzbetreiberin ist die eNG.

Kraftwerksgesellschaften. Die Gemeinschaftskraftwerke GKH – Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH, Hannover, (GKH), GKL – Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover, (GKL), sowie Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, (KWM), dienen dem Bau und Betrieb sowie der Unterhaltung von Kraftwerken zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme ausschließlich für die Gesellschafter. GKL betreibt eine Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) in Hannover-Linden, GKH ein Steinkohlekraftwerk in Hannover-Stöcken und KWM ein Steinkohlekraftwerk in Mehrum bei Hohenhameln.

Contractinggesellschaften. Wesentliche SWH-Beteiligungen im Wärmebereich sind die Gesellschaften enercity Contracting GmbH, Hannover, (eCG), sowie die Danpower GmbH, Potsdam, (Danpower). Beide Gesellschaften sind jeweils Mutterunternehmen von Konzernen mit insgesamt 22 Tochterunternehmen, drei assoziierten Unternehmen und einem Gemeinschaftsunternehmen. Die Unternehmensgruppen sind bundesweit sowie im Baltikum im Wärmeversorgungs- und Contractinggeschäft tätig. Ein Schwerpunkt ist neben der Energieversorgung aus KWK-Anlagen der Einsatz erneuerbarer Energien wie Biogas oder Biomasse als Ergänzung zu konventionellen fossilen Energieträgern. Ebenso errichten und betreiben die Unternehmensgruppen Projekte zur energetischen Verwertung von Restabfällen. Darüber hinaus ist SWH im Wärmeversorgungsbereich an der Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen, (EPL) mit 50,0 Prozent beteiligt. Die EPL ist schwerpunktmäßig in der Nahwärmeversorgung im Stadtgebiet Langenhagen tätig.

Erneuerbare Energieerzeugungsgesellschaften. Zur Bündelung der regenerativen Energieerzeugung, hauptsächlich durch Windenergieanlagen, wurde die enercity Erneuerbare GmbH, Hannover, (eEG) als 100-prozentiges Tochterunternehmen gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist unter anderem Planung, Errichtung, Betrieb und Erwerb von Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere Windenergieanlagen. Die eEG ist Mutterunternehmen eines Konzerns mit derzeit drei Windparkbetriebsgesellschaften als Tochterunternehmen, die zurzeit insgesamt elf Windenergieanlagen mit einer Gesamtnennleistung von 25,3 MW betreiben.

Weitere wesentliche Beteiligungen. Neben den genannten Tochterunternehmen stellen die Beteiligung an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München, (Thüga), an der Gasspeichergesellschaft GHG – Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg, (GHG) sowie an der im Telekommunikationsbereich tätigen htp GmbH, Hannover, (htp), weitere wesentliche Beteiligungen von SWH dar.

1.2 Strategie

Das ordnungspolitische, regulatorische und wirtschaftliche Umfeld der Energieversorgung ist nach wie vor durch massive Umbrüche insbesondere auf der Energieerzeugungsseite geprägt, was dazu führt, dass die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen zunehmend instabil sind. Aktuelle energiepolitische Herausforderungen stellen insbesondere der Umbau der deutschen und europäischen Energieversorgung unter Beachtung des energiepolitischen Dreiecks von Klimaschutz, Versorgungssicherheit und bezahlbaren Preisen, die deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen als führende klimapolitische Zielstellung, der Rückgang der Wirtschaftlichkeit konventioneller Kraftwerke sowie die Ge-

währleistung von Planungssicherheit und Verlässlichkeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Steigerung der Effizienz des Energiesystems dar.

Neben den energiepolitischen Herausforderungen stellen die Liberalisierung der Energiemärkte und der damit verbundene zunehmende Wettbewerb und Margendruck sowie die weiterhin volatilen Energiepreise zusätzliche unternehmerische Anforderungen an die Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus resultieren aus der Regulierung der Strom- und Erdgasnetze durch die BNetzA sinkende Netzmargen, die bei der gleichzeitigen Forderung nach einer weiterhin sehr hohen Versorgungsqualität zu einem starken wirtschaftlichen Druck führen. Hinzu kommen weiter sinkende Margen in der Stromerzeugung, die insbesondere auf das enorme Wachstum der Photovoltaik- und Windstromerzeugung in Deutschland zurückzuführen sind.

Mit diesen veränderten Rahmenbedingungen sind nachhaltige Ergebnisrisiken in den relevanten Geschäftssegmenten für Energieversorgungsunternehmen verbunden. Die SWH hat sich frühzeitig auf den erwartbaren Teil der Veränderungen mit der wachstumsorientierten Unternehmenskonzeption K2020, folgend dem Motto „Vorwärts nach weit“, eingestellt und hält nach wie vor an deren grundsätzlicher Umsetzung fest. Durch eine Kombination von Maßnahmen zur Kostenreduzierung und Margenoptimierung sowie durch rentable Wachstumsprojekte wird eine Ertragskraft auf angemessenem wirtschaftlichem Niveau angestrebt. Dazu soll in den nicht regulierten Wertschöpfungsstufen das Entwicklungspotenzial in Form von Erlös- und Margenoptimierungen genutzt werden. In den regulierten Wertschöpfungsstufen stehen hingegen Kostenoptimierungen im Vordergrund.

SWH orientiert sich im Rahmen der Unternehmenskonzeption K2020 weiterhin an den im Folgenden dargestellten strategischen Zielen:

Nachhaltige Wettbewerbspositionierung im vorderen Drittel vergleichbarer deutscher Wettbewerber bei dauerhaftem Substanzerhalt von Anlagen und Netzen. Auf Basis eines Financial Benchmarking wird rollierend die strategische Wettbewerbspositionierung anhand der Rentabilitätskennzahl ROCE (return on capital employed) ermittelt. Die letzte Erhebung zeigt gegenüber vergleichbaren Wettbewerbern eine Position in der oberen Hälfte. Diese Position soll verbessert werden. Die SWH verfolgt innerhalb des Grundversorgungsgebietes bei Strom und Gas eine Haltestrategie. Der Marktanteil bewegt sich weiterhin überdurchschnittlich im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Außerhalb des Grundversorgungsgebietes wird eine Wachstumsstrategie verfolgt. Um diese Ziele zu erreichen, erfolgt fortlaufend eine weitere Optimierung der Prozesse und die Erschließung neuer Handlungsfelder. Die Instrumente zur Steigerung der Kundenzufriedenheit und Kundenbindung stehen dabei im besonderen Fokus. Bei Anlagen und Netzen erfolgt ein kontrollierter Substanzerhalt, der in den Planungen finanziell aufgenommen wird. Die Kontrolle erfolgt unter anderem auf Basis von Alpha-Werten, mit denen die Entwicklung der technischen Substanz bewertet wird.

Marktgerechte Kapitalrentabilität und finanzielle Stabilität. Für die Eigenkapitalgeber steht eine angemessene jährliche Gewinnabführung im Vordergrund, bei der weiterhin eine Größenordnung innerhalb des Korridors von K2020 angestrebt wird. Zur Finanzierung der bis 2020 geplanten Wachstumsprojekte ist eine nachhaltige Finanzkraft von maßgeblicher Bedeutung. Zum Erhalt der finanziellen Stabilität zu tragfähigen Konditionen ist eine ausreichende Bonitätsbewertung notwendig. Daher gehören ein adäquater Verschuldungsgrad und eine stabile Eigenkapitalquote zu den Zielen, die SWH nachhaltig verfolgt. Auf Basis einer umfangreichen Nutzung der Innenfinanzierungsmöglichkeiten können die angestrebten Finanzkennzahlen eingehalten und die Fremdfinanzierung zu wirtschaftlich tragfähigen, wettbewerbsgerechten Konditionen realisiert werden. Hierzu trägt auch die aus der eigenen Ertragskraft geplante sukzessive Aufstockung des Eigenkapitals auf etwa 490,0 Mio. EUR bis zum Jahr 2020 bei.

Ausbau energieeffizienter Technologien sowie der Erzeugung auf Basis regenerativer Energien. Langfristig wird nur eine effiziente Energieerzeugung am Markt bestehen können. Wesentliche Wachstumsinvestitionen erfolgen daher in Effizienztechnologien, regenerative Energieerzeugung und Energiedienstleistungen. Dabei verfolgt SWH eine kerngeschäftsnahen, assetgestützte Wachstumsstrategie. Bei dieser Strategie können einerseits Optimierungspotenziale bei der Erzeugung sowie andererseits Effizienzgewinne bei der Energieverteilung und -nutzung realisiert werden. Die Stromerzeugungskapazität soll hierbei auf einem Niveau von über 1.200 MW bis 2020 stabilisiert werden. Die erzeugte Strommenge soll auf diese Weise ebenfalls bei mehr als 5 TWh liegen. Der regenerative Anteil an der Stromerzeugung soll sich dabei so weit erhöhen, dass alle Tarifkunden im Grundversorgungsgebiet rechnerisch ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen versorgt werden können. Derzeit erfolgt dies bereits zu rund 79 Prozent. Die regenerative Stromerzeugung entfällt dabei schwerpunktmäßig auf Biomasse-Erzeugungskapazitäten unter energetischer Nutzung für die Wärmeversorgung. Darüber hinaus wurden und werden Windkraft-Erzeugungskapazitäten weiter aufgebaut.

Der Zuwachs der Erzeugungskapazität und die Steigerung der Energieeffizienz basieren stark auf einer Eigenerzeugung mithilfe der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme (KWK). Stellvertretend hierfür steht die abgeschlossene Modernisierung und Erweiterung der GuD-Anlage im Heizkraftwerk Linden (HKW Linden). Die KWK verbessert die Effizienz des Kraftwerkparks und ist zugleich ein wesentlicher Beitrag zu den Klimaschutzaktivitäten im Rahmen der Klima-Allianz 2020 mit der Landeshauptstadt Hannover. Die Modernisierung und Erweiterung der GuD-Anlage im HKW Linden hat in diesem Zusammenhang ein Potenzial zur Einsparung von jährlich bis zu 200.000 Tonnen CO₂-Emissionen und ist damit die größte Einzelmaßnahme, die sich jedoch aktuell in Folge des stark verzerrten Strommarktes durch die Erneuerbaren nicht vollständig umsetzen lässt. Zur optimalen Nutzung der in KWK erzeugten Fernwärme wird das Fernwärmeverorgungsnetz entlang bestehender Leitungen weiter verdichtet und zielgerichtet ausgeweitet.

Erreichen der Ziele der Klima-Allianz 2020/2030. Die Klima-Allianz Hannover 2020 ist das Klimaschutzaktionsprogramm der Landeshauptstadt Hannover für den Zeitraum 2008 bis 2020. In diesem Rahmen ist unter anderem bis zum Jahr 2020 eine 40-prozentige Reduktion der lokalen CO₂-Emissionen der Landeshauptstadt Hannover um 1,8 Mio. Tonnen gegenüber dem Bezugsjahr 1990 vorgesehen. Darüber hinaus soll der spezifische CO₂-Ausstoß der Strom-Eigenerzeugung von SWH um mehr als 23 Prozent bis 2020 gesenkt und der Anteil der regenerativen und KWK-Stromerzeugung um etwa 50 Prozent gesteigert werden. Die SWH hat sich in diesem Zusammenhang verpflichtet, eine CO₂-Reduktion von jährlich 700.000 Tonnen auf der Angebotsseite zu erbringen, und diese Zielsetzung bereits erfüllt. Die Klimaschutzmaßnahmen werden unter dem Gesichtspunkt der ökologischen Wirkung und ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit realisiert. Neben der Reduzierung von CO₂-Emissionen auf der Angebotsseite unterstützt SWH den effizienten Einsatz von Energie beim Kunden unter anderem im Rahmen des enercity-Fonds proKlima. In 2013 wurde mit der Landeshauptstadt Hannover die Fortschreibung des Beitrags der SWH zur Klima-Allianz 2020 bis 2030 vereinbart. Im Rahmen der Fortschreibung beabsichtigt SWH unter anderem die Reduzierung der CO₂-Emissionen auf der Angebotsseite um 1,2 Mio. Tonnen pro Jahr im Zeitraum 1990 bis 2030 sowie die Steigerung der regenerativ erzeugten Strommenge zur Versorgung der SWH-Tarif- und Gewerbekunden auf 1,5 TWh in 2030.

Ausbau der Aktivitäten außerhalb der Region. Die Entwicklungen auf den Energiemärkten bestätigen die vertrieblischen Herausforderungen. Weiterhin werden wettbewerbs- und energieeffizienzbedingte Absatzrückgänge im Grundversorgungsgebiet erwartet. Im Strom- und Gasvertrieb sowie beim Energie-Contracting sieht die Vertriebsstrategie daher die Chancen in einer deutschlandweiten Ausrichtung. So soll im Geschäftsfeld Strom das Endkundengeschäft außerhalb des Grundversorgungsgebietes bis zum Jahr 2020 auf dem heutigem Niveau von deutlich über 3 TWh gehalten werden. Auch im Rahmen des geplanten wirtschaftlichen Wachstums außerhalb des Konzessionsgebietes Hannover bekennt sich SWH weiterhin zu stabilen partnerschaftlichen Beziehungen zur Landeshauptstadt Hannover, zu den Umlandgemeinden und der Region.

Neben dem Wettbewerb in den netzregulierten Märkten ist von einer weiteren Schrumpfung des Wärmemarktes durch verstärkte Wärmedämmung und energetische Gebäudesanierung auszugehen, sodass sowohl der Gas- als auch der Fernwärmeabsatz sich im Bestand voraussichtlich verringern werden. Durch die Akquisition von Neuanschlüssen soll diese Entwicklung weitgehend kompensiert werden und der Marktanteil der Fernwärme am Wärmemarkt Hannover weiter ausgebaut werden. Derzeit liegt der Marktanteil bei rund 28 Prozent. Im Geschäftsbereich Wasser werden die Anstrengungen verstärkt, um die im Vergleich zu anderen Großstädten wettbewerbsfähige Preispositionierung zu erhalten. Die im Bestand vorhandenen Wegenutzungsverträge/Konzessionsverträge sollen gehalten werden. Hierzu gehören insbesondere die Wegenutzungsverträge für Hannover, welche in 2014 verlängert werden konnten.

Sichere und attraktive Arbeitsplätze. Die Grundlagen für eine nachhaltige Personalpolitik wurden im Jahr 2009 mit dem Vertrag zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung gelegt. Dieser sieht einen Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis Ende 2018 vor. Den Herausforderungen der Marktentwicklung und Wachstumsprojekte wird darüber hinaus mit adäquaten Mitarbeiterqualifikations- und Personalentwicklungsmaßnahmen begegnet.

2 Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Gesamtwirtschaftliche Situation

Deutsche Konjunktur weiterhin stabil. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, im Jahr 2014 preis- und kalenderbereinigt um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen (Vorjahr: +0,2 Prozent*). Insgesamt hat sich die deutsche Wirtschaft in 2014 als stabil erwiesen und konnte sich in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld behaupten und von der starken Binnennachfrage profitie-

ren. Die wesentlichen Wachstumsbeiträge 2014 sind den Konsumausgaben zuzurechnen (+0,8 Prozentpunkte). Der Außenbeitrag – als Differenz zwischen Exporten und Importen – leistete dagegen nur einen geringen Beitrag von 0,4 Prozentpunkten. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung über alle Wirtschaftsbereiche ist um 1,4 Prozent gestiegen (Vorjahr: +0,1 Prozent*). Das größte Wachstum konnte dabei der Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit einem Zuwachs von 6,0 Prozent verzeichnen. Auch im Baugewerbe kam es, unter anderem aufgrund der milden Witterung, zu einem deutlichen Anstieg der Wirtschaftsleistung von 2,7 Prozent. Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) legte um 1,1 Prozent zu.

* Die Werte für 2013 wurden im Vergleich zur Berichterstattung im Lagebericht 2013 aufgrund der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014 angepasst.

Moderat gestiegene Inflationsrate. Die deutschen Verbraucherpreise erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2014 gegenüber 2013 um moderate 0,9 Prozent. Eine im Jahresdurchschnitt niedrigere Teuerungsrate gab es zuletzt in 2009. Ursächlich für die niedrige Inflationsrate sind insbesondere die Preisrückgänge im Energiebereich. So verbilligte sich Energie im Wesentlichen aufgrund der Rohölpreisentwicklung um 2,1 Prozent. Die Preise für Waren sind in 2014 gegenüber 2013 um 0,2 Prozent gestiegen, die für Dienstleistungen um 1,6 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise insgesamt lag die Inflationsrate bei +1,3 Prozent.

2.1.2 Marktbezogene Entwicklung

Primärenergieverbrauch deutlich gesunken. Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) ist der Primärenergieverbrauch in Deutschland, insbesondere infolge der milden Witterung, für das Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Prozent von 469,2 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten (t SKE) auf 446,5 Mio. t SKE gesunken.

Die Struktur des Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern stellt sich nach Angaben der AG Energiebilanzen wie folgt dar:

Primärenergieträger	2014	2013*
Anteile in Prozent		
Mineralöl	35,0	33,7
Erdgas	20,4	22,6
Steinkohle	12,6	13,0
Braunkohle	12,2	11,9
Erneuerbare Energien	11,1	10,4
Kernenergie	8,1	7,7
Sonstige einschließlich Außenhandel	0,8	0,7

* Die Werte für 2013 wurden im Vergleich zur Berichterstattung im Lagebericht 2013 an die endgültigen Berechnungen der AG Energiebilanzen angepasst.

Insgesamt hat sich die Struktur des Primärenergieverbrauchs in 2014 trotz des weiteren Ausbaus bei der Nutzung der erneuerbaren Energien sowie der milden Witterungsverhältnisse nur geringfügig verändert. Die Nutzung der erneuerbaren Energien erhöhte sich nur leicht um 1,4 Prozent, sodass ihr Anteil am Gesamtverbrauch bei 11,1 Prozent lag. Der Erdgasverbrauch ging im Wesentlichen aufgrund der milden Witterung um rund 14 Prozent zurück. Der Verbrauch von Steinkohle sank um 7,9 Prozent, was auf den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energien zurückzuführen ist sowie auf den verminderten Einsatz in Kraftwerken zur Strom- und Wärmeerzeugung. Der Einsatz von Braunkohle verminderte sich um 2,3 Prozent.

Rückläufiger Strom- und Erdgasverbrauch. Nach vorläufigen Schätzungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e. V., Berlin, (BDEW) ist der Brutto-Stromverbrauch in Deutschland im Jahr 2014 mit voraussichtlich insgesamt etwa 534 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) um rund 4 Prozent gegenüber dem Vorjahresniveau zurückgegangen. Die Abnahme liegt im Wesentlichen in der schwachen Konjunktur energieintensiver Industrien sowie der insgesamt milderen Witterung begründet. Entgegen dem Vorjahr ist nach vorläufigen Schätzungen des BDEW der Erdgasverbrauch in 2014 um rund 14 Prozent auf etwa 823 Mrd. kWh (Vorjahr: rund 956 Mrd. kWh) zurückgegangen. Ursache für den gesunkenen Verbrauch ist im Wesentlichen die deutlich wärmere Witterung in der Heizperiode.

Erneuerbare Energien wichtigster Energieträger. Nach vorläufigen Berechnungen des BDEW ist die Bruttostromerzeugung in 2014 (etwa 610 Mrd. kWh) im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Prozent gesunken, wobei der Anteil der erneuerbaren Energien (EEG-Strom) auf voraussichtlich 25,8 Prozent (Vorjahr: 24,1 Prozent*) gestiegen ist. Damit sind die erneuerbaren Energien erstmalig der wichtigste Energieträger. Braunkohle ist mit einem Anteil von 25,6 Prozent (Vorjahr: 25,4 Prozent*) zweitwichtigster Energieträger.

Der Beitrag der regenerativen Energieträger an der Bruttostromerzeugung stellt sich nach vorläufigen Angaben des BDEW wie folgt dar:

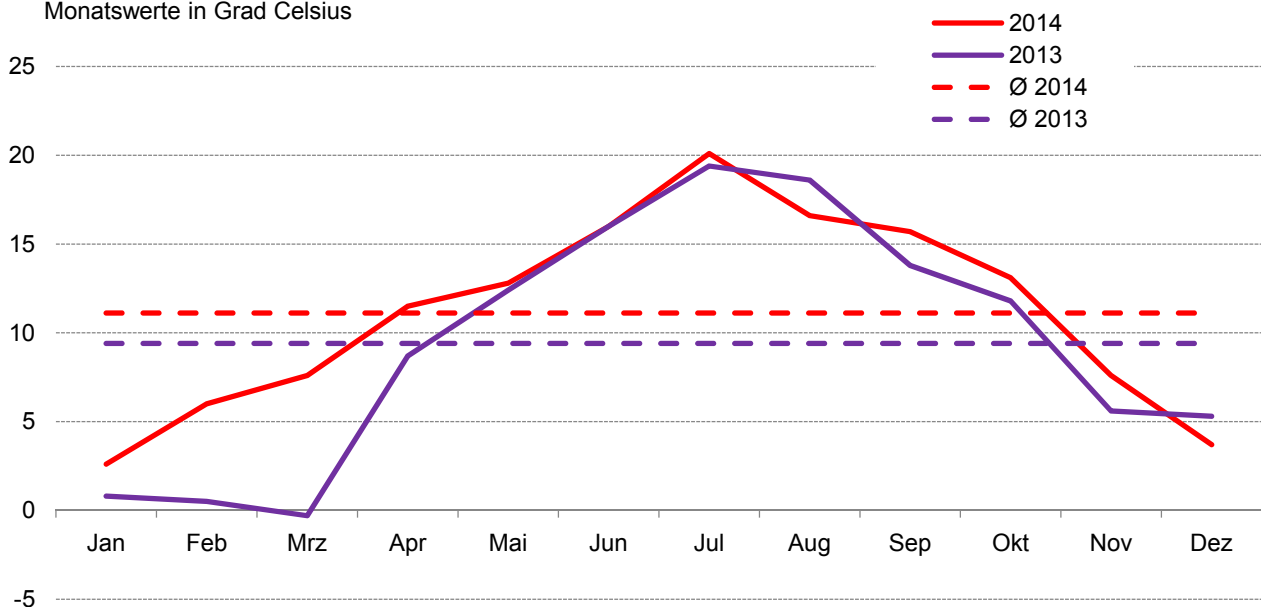
	Bruttostromerzeugung		Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung	
	in Mrd. kWh		in Prozent	
	2014	2013*	2014	2013*
Windenergie	52,4	51,7	8,6	8,2
Biomasse	42,8	41,2	7,0	6,5
Photovoltaik	35,2	31,0	5,8	4,9
Wasserkraft	20,8	23,0	3,4	3,6
Müll und sonstige erneuerbare Energien	6,2	5,5	1,0	0,9
Gesamt	157,4	152,4	25,8	24,1

* Die Werte für 2013 wurden im Vergleich zur Berichterstattung im Lagebericht 2013 an die zuletzt veröffentlichten Werte des BDEW angepasst.

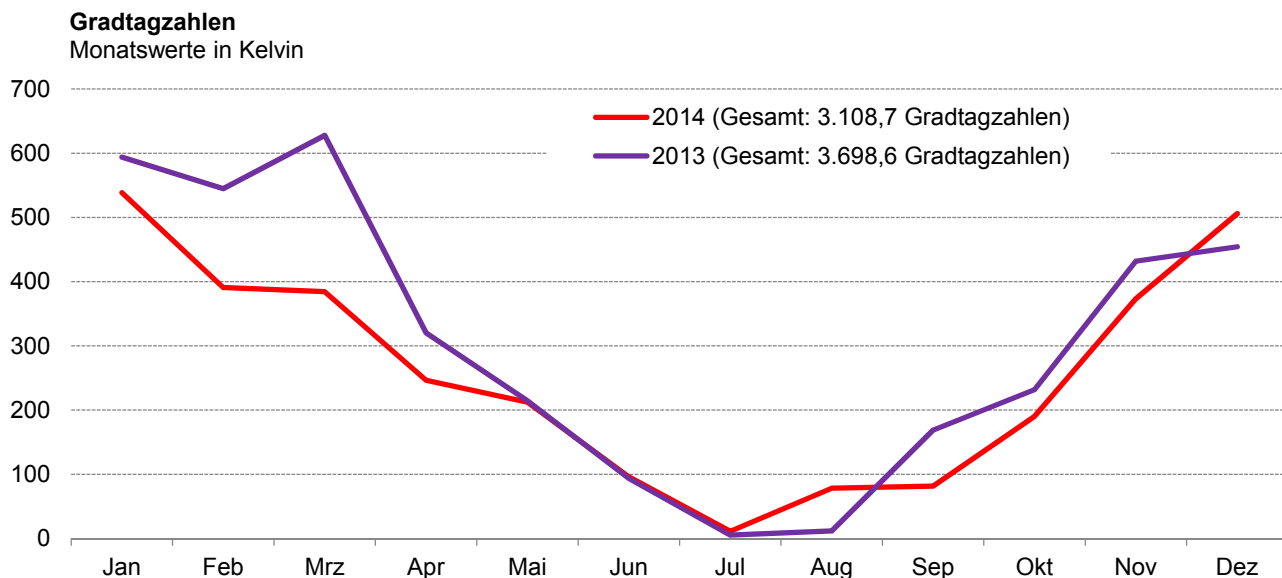
Den stärksten Zuwachs mit 13,5 Prozent verzeichnete dabei Photovoltaik, deren Erzeugung bei 35,2 Mrd. kWh liegt. Windenergie bleibt mit einer Zunahme von 1,4 Prozent und einer Erzeugung von 52,4 Mrd. kWh weiterhin die wichtigste erneuerbare Energieform.

Witterungseinflüsse. Insgesamt ergaben sich für die Region Hannover im Jahr 2014 durch ein sehr mildes Frühjahr und einen warmen Herbst fast durchgehend Temperaturen, die deutlich oberhalb der Vergleichswerte des Jahres 2013 lagen. Im Jahresdurchschnitt lagen die tagesmittleren Außentemperaturen bei 11,1 Grad Celsius gegenüber einem Jahresdurchschnitt in 2013 von 9,4 Grad Celsius.

Tagesmittlere Außentemperatur für die Region Hannover
Monatswerte in Grad Celsius



Der witterungsbedingte Rückgang im Erdgasverbrauch zeigt sich auch in der Abnahme der Gradtagzahlen¹ um rund 590 auf rund 3.109 in 2014 – als Indikator für den Heizenergiebedarf in der Region Hannover – vor allem in dem vergleichsweise milden Frühjahr und dem warmen Herbst 2014.



Rückgang der Stromnotierungen am Terminmarkt hält an. Im Geschäftsjahr 2014 beziehungsweise im Vorjahr notierten die Kontrakte auf dem Terminmarkt der EEX wie folgt (EUR je MWh):

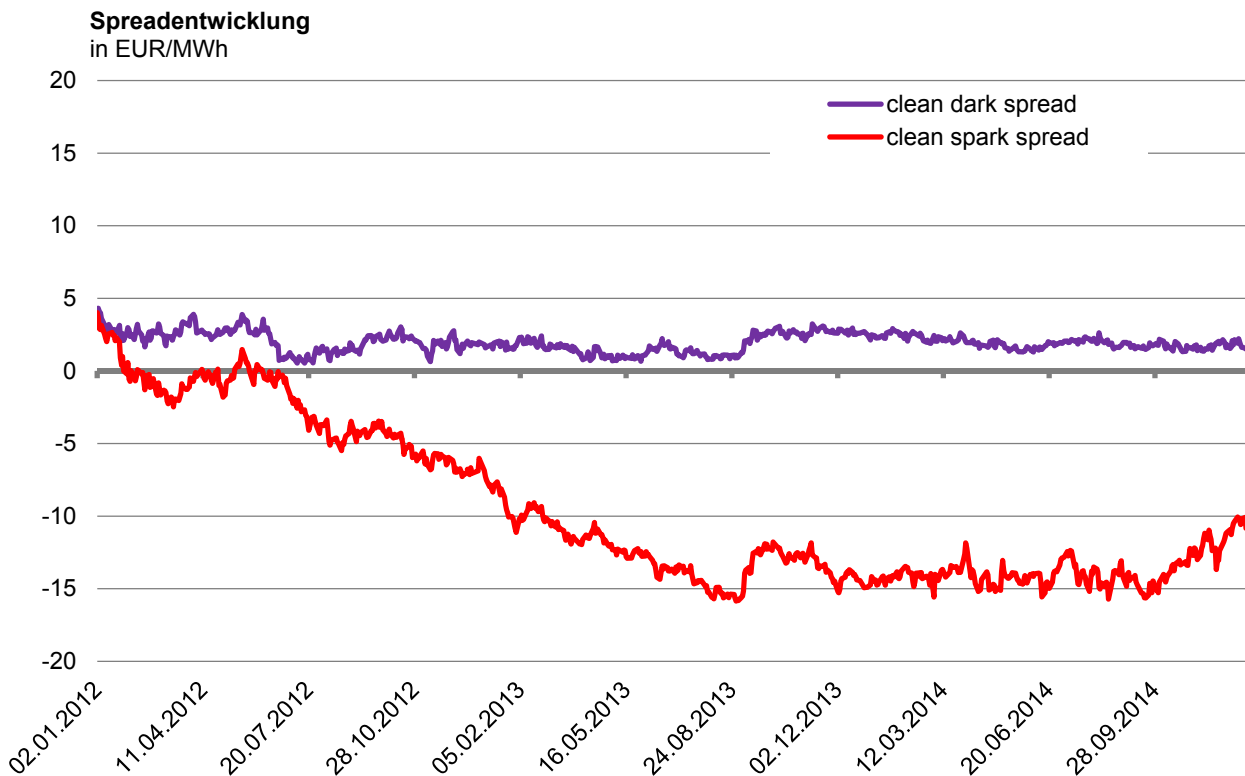
2014	Baseload			Peakload			
	Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
2015		35,09	33,77	36,90	44,40	42,50	47,55
2016		34,26	32,87	36,50	43,51	41,74	46,65

2013	Baseload			Peakload			
	Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
2014		39,08	36,25	45,26	49,67	46,43	57,01
2015		38,67	35,72	45,39	48,73	45,06	57,35

Insgesamt setzten sich die Preisrückgänge für Stromnotierungen am Terminmarkt weiter fort. So sanken in 2014 die durchschnittlichen Preise für das Produkt Baseload für Lieferungen im jeweiligen Frontjahr gegenüber dem Vorjahr um –10,2 Prozent (Vorjahr: –20,7 Prozent) und für das Produkt Peakload um –10,6 Prozent (Vorjahr: –18,4 Prozent). Die Ursachen für den negativen Trend liegen nach wie vor im Wesentlichen in dem weiter steigenden Ausbau der erneuerbaren Energien sowie dem niedrigen Preisniveau für Kohle.

¹ Die Gradtagzahl ist eine heiztechnische Kenngröße, die den Zusammenhang zwischen der Außenlufttemperatur und der gewünschten Raumtemperatur herstellt. Die Berechnung folgt der VDI-Richtlinie 3807 bei einer Raumtemperatur von 20 Grad Celsius und einer Heizgrenztemperatur von 15 Grad Celsius.

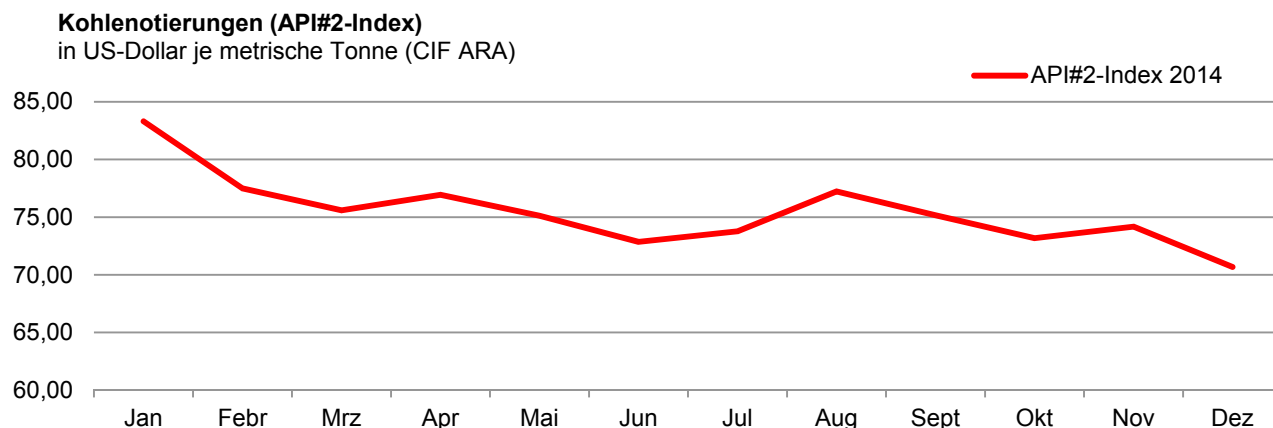
Spreadentwicklung. Da das Erzeugungsportfolio zum Großteil aus Steinkohle- und Gaskraftwerken besteht, ist die Ergebnisentwicklung insbesondere durch die realisierten Clean Dark Spreads und Clean Spark Spreads geprägt. Der Terminmarkt für das Lieferjahr 2015 zeigt beide Entwicklungen. Der Clean Dark Spread lag im Mittel des Jahres 2014 bei 1,93 EUR/MWh und hat sich damit in den letzten drei Jahren auf einem Niveau von im Mittel etwas unterhalb von rund 2 EUR/MWh eingependelt (Mittel 2013: 1,78 EUR/MWh). Dieses Niveau blieb in 2014 trotz gesunkener Kohlepreise bestehen, weil diese Tendenz auf den Base-Preis übertragen wurde. Der Abwärtstrend des Clean Spark Spread endete Mitte 2013 und hat sich in 2014 bei im Mittel –13,73 EUR/MWh stabilisiert (Mittel 2013: –12,49 EUR/MWh). Im letzten Quartal 2014 folgte ein Anstieg des Clean Spark Spread bis auf rund –10 EUR/MWh am Jahresende. Ursache war ein im Vergleich zum Peakpreis stärker gefallener Erdgaspreis. Inwieweit sich dieser Trend fortsetzt, hängt im Wesentlichen von der Entwicklung des Erdgaspreises ab und bleibt abzuwarten.



Weiter sinkendes Erdgaspreisniveau. Auch in 2014 waren die drei größten Lieferländer für Erdgas weiterhin die Russische Föderation, Norwegen und die Niederlande. Mengenmäßig sind die Erdgasimporte im Beobachtungszeitraum Januar bis November 2014 um 4,3 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode gesunken (Vorjahr: +1,7 Prozent). Der durchschnittliche Grenzübergangspreis pro Terajoule Erdgas ist im Zeitraum Januar bis November 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nach vorläufigen Angaben des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn, (BAFA) um 16,2 Prozent (Vorjahr: –5,0 Prozent) gesunken. Im November 2014 lag der Grenzübergangspreis für eine Kilowattstunde Erdgas durchschnittlich bei circa 2,05 EUR-Cent und damit um 23,9 Prozent niedriger als im November 2013 (November 2013: circa 2,70 EUR-Cent). Im Beobachtungszeitraum lag der durchschnittliche Grenzübergangspreis für eine Kilowattstunde Erdgas bei 2,35 EUR-Cent (Vorjahr: 2,76 EUR-Cent).

Sinkende Gaspreise am Terminmarkt. Im Handelszeitraum 2014 wurde das Frontjahrprodukt im Marktgebiet der TTF mit durchschnittlich 24,36 EUR je MWh gehandelt und lag damit deutlich unter dem Vorjahresniveau von durchschnittlich 26,58 EUR je MWh. Für Lieferungen im Jahr 2016 lag der Durchschnittspreis 2014 mit 24,60 EUR je MWh ebenfalls unter dem Vorjahresniveau von 25,35 EUR je MWh. Damit ist im Berichtszeitraum das Preisniveau am Terminmarkt seit der Atomkatastrophe in Japan erstmals wieder unter die Marke von 25,00 EUR je MWh gefallen.

Kohlenotierungen. Die monatlichen Kohlenotierungen (API#2-Index²) für Lieferungen nach Nordwesteuropa waren von Jahresbeginn 2014 an weiterhin deutlich rückläufig (Januar 2014: 83,31 US-Dollar/t; Juni 2014: 72,86 US-Dollar/t). Einer zwischenzeitlichen Erholung (August 2014: 77,23 US-Dollar/t) folgte ein weiterer deutlicher Preisverfall (Dezember 2014: 70,68 US-Dollar/t). Insgesamt lagen damit die Kohlenotierungen mit einem Jahresdurchschnittswert von 75,46 US-Dollar/t um circa 8 Prozent unter dem Jahresdurchschnittswert für 2013 von 81,83 US-Dollar/t.



Ausschlaggebend für den Preisrückgang im Jahr 2014 war im Wesentlichen eine geringe Nachfrage aufgrund der ungewöhnlich milden Witterung am Jahresanfang und am Jahresende sowie ein hoher Anteil an erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung, welche die Produktion aus konventionellen Anlagen verdrängte. Ferner traf eine gute Verfügbarkeit von Kohle auf schwache Nachfrage aus Asien.

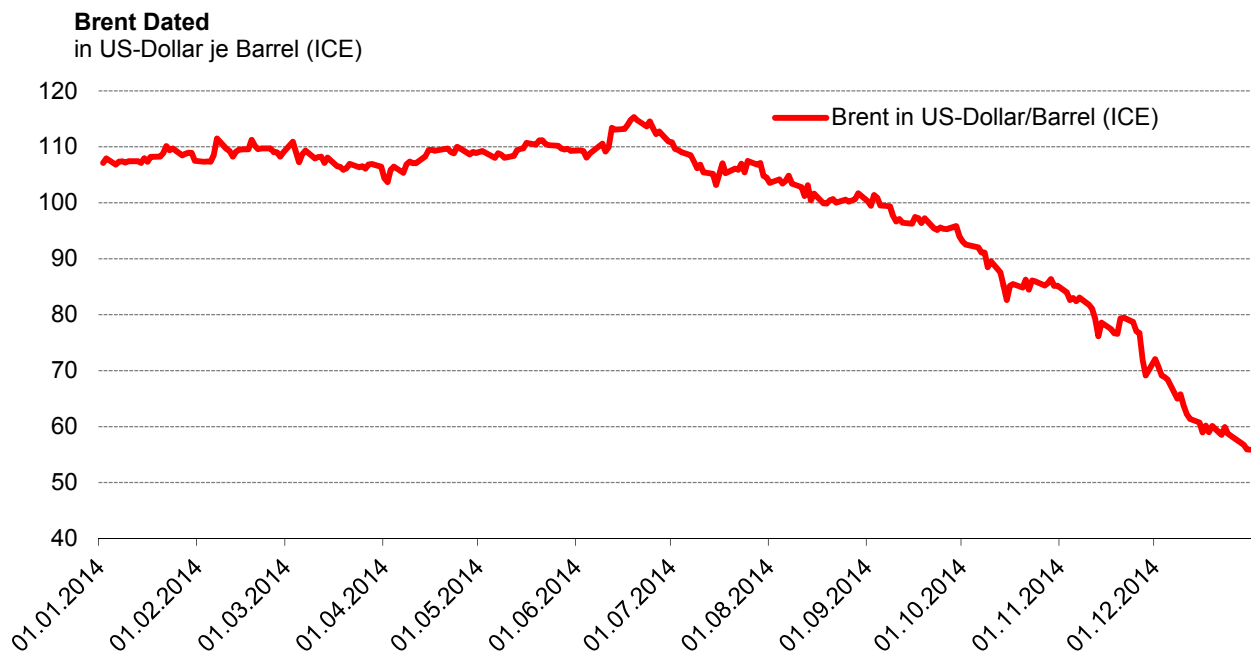
Kohlenotierungen (API#2-Index) in US-Dollar je metrische Tonne (CIF ARA) (Quelle: Global Coal)	2014	2013
erstes Halbjahr	76,89	83,13
zweites Halbjahr	74,03	80,53*
Jahresdurchschnitt	75,46	81,83*

* Die Werte für das zweite Halbjahr 2013 sowie den Jahresdurchschnitt 2013 wurden im Vergleich zur Berichterstattung im Lagebericht 2013 angepasst.

Das BAFA ermittelt unter Zugrundelegung von Notierungen für importierte Steinkohle den Preis für die in Deutschland geförderte Steinkohle. Der BAFA-Preis spiegelt damit mit zeitlicher Verzögerung die internationale Preisentwicklung wider. Im dritten Quartal 2014 lag der durchschnittliche Preis je Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) gemäß BAFA bei 71,21 EUR je t SKE (drittes Quartal 2013: 75,64 EUR je t SKE). Der Jahresdurchschnittswert für 2014 ist zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichts noch nicht bekanntgegeben (2013: 79,12 EUR je t SKE).

Preisverfall am Ölmarkt. Insgesamt lagen die Handelspreise für einen Barrel der Nordseeölsorte Brent-Rohöl an der International Commodities Exchange (ICE) in London 2014 mit durchschnittlich 99,09 US-Dollar deutlich unter dem Vorjahresniveau von 107,60 US-Dollar je Barrel. Der Mittelwert für das Frontjahr lag 2014 insgesamt bei 97,59 US-Dollar je Barrel und damit ebenfalls deutlich unter dem Niveau von 2013 von 103,32 US-Dollar je Barrel.

² API#2-Index: Preis in US-Dollar je metrische Tonne für Importe CIF ARA (Amsterdam/Rotterdam/Antwerpen) für Steinkohle mit einem Heizwert von 6.000 kcal/kg



Im ersten Halbjahr 2014 blieb das Ölpreisniveau zunächst stabil und lag bei durchschnittlich 108,99 US-Dollar je Barrel (erstes Halbjahr 2013: 109,82 US-Dollar je Barrel). Am 19. Juni 2014 erreichte der Ölpreis mit einem Schlusskurs von 115,31 US-Dollar je Barrel sein Jahreshoch. Im zweiten Halbjahr 2014 setzte dann unter anderem aufgrund des Ölförderbooms in den USA und der gleichzeitig aufgrund der langsamen Konjunktorentwicklung verringerten Weltölnachfrage ein unerwarteter und deutlicher Preisrückgang ein. So fiel der Ölpreis im zweiten Halbjahr 2014 auf durchschnittlich 89,02 US-Dollar je Barrel und lies das Jahr 2014 mit dem Jahrestiefstwert von 55,87 US-Dollar je Barrel enden.

Nach vorläufigen Berechnungen des Bafa sind die Rohöleinfuhren in die Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum Januar bis November 2014 gegenüber der entsprechenden Referenzperiode 2013 um 2,2 Prozent von 83,0 Mio. Tonnen auf 81,2 Mio. Tonnen gesunken. Der Grenzübergangspreis für die Tonne Importrohöl lag im Durchschnitt von Januar bis November 2014 mit 569,17 EUR um etwa 7,0 Prozent niedriger als im Vorjahresvergleichszeitraum (612,27 EUR).

Leicht gestiegenes Preisniveau am CO₂-Markt. Das Futureprodukt der EEX EUA Mid Dec 2014 zeigte bei einem leicht gestiegenem Preisniveau einen Durchschnittspreis von 5,96 EUR (Vorjahr: 4,51 EUR).

Notierungen für CO ₂ -Zertifikate	2014	2013
	EEX Future EUA Mid Dec 2014	EEX Future EUA Mid Dec 2013
in EUR je Tonne		
Jahresdurchschnitt	5,96	4,51
Tages-Maximum	7,21	6,65
Tages-Minimum	4,41	2,79

EEG-Umlage 2015 sinkt marginal. Die Übertragungsnetzbetreiber sind gemäß Ausgleichsmechanismusverordnung verpflichtet, bis zum 15. Oktober eines Kalenderjahres die EEG-Umlage für das folgende Kalenderjahr zu ermitteln und zu veröffentlichen. Danach beträgt die EEG-Umlage für nicht privilegierten Letztverbraucherabsatz für das Jahr 2015 6,170 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) (2014: 6,240 ct/kWh). Dies entspricht einem Umlagebetrag für 2015 von circa 21,8 Mrd. EUR pro Jahr (Vorjahr: circa 23,6 Mrd. EUR). Der Rückgang der EEG-Umlage wurde jedoch durch den Anstieg der Netznutzungsentgelte aufgrund anderer gesetzlicher Umlagen überkompensiert.

2.2 Wesentliche politische Rahmenbedingungen

Politische und regulatorische Vorgaben sowie Marktentwicklungen bilden die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft, die regelmäßig durch markt- und wettbewerbsorientierte Maßnahmen beeinflusst wird. Die Geschäftspolitik der auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen muss daher immer wieder an die sich ändernden Voraussetzungen und Regularien angepasst werden. SWH wird sich auch künftig mit den sich ändernden Rahmenbedingungen auseinandersetzen und nach praktikablen und vertretbaren Wegen der Umsetzung suchen.

2.2.1 Europäische Energiepolitik

Klima- und energiepolitischer EU-Rahmen 2030. Der Europäische Rat hat sich im Oktober 2014 auf Leitlinien für die Energie- und Klimaziele der Europäischen Union (EU) bis zum Jahr 2030 verständigt. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich auf eine Reduktion der Treibhausgase von 40 Prozent geeinigt. Um den Emissionshandel zu stabilisieren, wurde beschlossen, die Obergrenze für Emissionen ab 2021 um jährlich 2,2 Prozent anstatt 1,74 Prozent zu reduzieren und eine Marktstabilitätsreserve einzuführen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Brutto-Endenergieverbrauch der EU soll bis zum Jahr 2030 auf 27 Prozent knapp verdoppelt und die Energieeffizienz um 27 Prozent erhöht werden. Dabei verabschiedete der Europäische Rat substantielle Ausnahmeregelungen für wirtschaftsschwache Mitgliedsstaaten. Vergleichsjahr für die beschlossenen Ziele ist jeweils das Jahr 1990. Die EU-Kommission wird hierauf aufbauend detaillierte Zielwerte und -korridore für die einzelnen Länder ausarbeiten.

Emissionshandel. Das Plenum des Europäischen Parlaments und der Ministerrat stimmten bereits im Dezember 2013 final für einen Vorschlag der Kommission, den Versteigerungszeitraum für Emissionszertifikate während der dritten Handelsperiode um bis zum 900 Mio. CO₂-Zertifikate anzupassen. Bei dem sogenannten Backloading handelt es sich um eine temporäre Verknappung der Emissionszertifikate gegen Ende der Handelsperiode. Anfang 2014 wurde das Backloading von den EU-Mitgliedstaaten endgültig beschlossen und trat im März 2014 in Kraft.

Im Januar 2014 legte die EU-Kommission neben ihrem klima- und energiepolitischen Rahmen bis 2030 einen Vorschlag für die Einführung einer Marktstabilitätsreserve für das EU-Emissionshandelssystem vor, die im Jahr 2021 anlaufen soll. Danach sollen dem Markt bei Überschüssen im CO₂-Zertifikatemarkt Emissionsrechte entzogen und in die Reserve eingestellt werden. Bei übermäßigen Knappheiten sollen dagegen dem Markt zusätzlich Emissionsrechte zugeführt werden können.

EU-Vergaberichtlinien treten in Kraft. Im April 2014 sind die neuen EU-Vergaberichtlinien in Kraft getreten und müssen innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden. Die Modernisierung des EU-Vergaberechts umfasst insgesamt drei Richtlinien: die Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge, die Richtlinie über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber unter anderem im Bereich der Wasser- und Energieversorgung sowie die Richtlinie über die Konzessionsvergabe. Aus Sicht der Bundesregierung soll die Umsetzung des neuen EU-Vergaberechts dazu genutzt werden, die Vergabeverfahren in Deutschland einfacher, flexibler und anwenderfreundlicher zu gestalten und die Rechtssicherheit für Unternehmen und öffentliche Auftraggeber zu erhöhen.

Überarbeitete Richtlinie für Markets in Financial Instruments (MiFID II). Im Juni 2014 wurden die Finanzmarkt-Richtlinie MiFID II sowie die Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Das Ziel der verschärften Finanzmarkt-Richtlinie ist es, mehr Transparenz, Sicherheit und Effizienz an den Finanzmärkten zu schaffen. Eine erste Anwendung der neuen Regelungen wird für 2017 erwartet. Die MiFIR ist mit der Veröffentlichung im Amtsblatt für alle Mitgliedsstaaten unmittelbar anwendbar.

2.2.2 Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland

Im Folgenden sind ausgewählte gesetzliche Neuerungen während des Geschäftsjahres 2014 dargestellt, die von Bedeutung für die Geschäftstätigkeit von SWH sind.

Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und betrug im Jahr 2013 bereits rund 25 Prozent. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf das seit dem 1. April 2000 für den Strombereich geltende Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zurückzuführen. Der relativ schnelle Zubau von erneuerbaren Energien hat jedoch in den letzten Jahren zu einem starken Anstieg der EEG-Umlage geführt, der nun durch die EEG-Reform gestoppt werden soll. Außerdem soll durch die EEG-Reform der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien planvoll gesteuert und die Marktintegration der erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Anfang April 2014 wurden der Gesetzentwurf des novellierten EEG sowie die Anlagenregisterverordnung vom Kabinett beschlossen. Die gesetzliche Regelung für die Ausnahmen energieintensiver

Unternehmen von der EEG-Umlage, die sogenannte Besondere Ausgleichsregelung, die die Bestimmungen im novellierten EEG ergänzt, wurde im Mai 2014 vom Bundeskabinett beschlossen. Ende Juni 2014 wurde das reformierte EEG vom Bundestag und im Juli 2014 vom Bundesrat verabschiedet. Das reformierte EEG ist zum 1. August 2014 in Kraft getreten.

Novellierung der Energieeinsparverordnung. Die Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV) ist am 1. Mai 2014 in Kraft getreten. Die Energieeinsparverordnung wurde insbesondere hinsichtlich der Anforderungen an Änderung, Erweiterung und Ausbau von bestehenden Gebäuden sowie die Nachrüstung bei Anlagen und Gebäuden geändert. Öl- und Gasheizkessel, die vor 1985 eingebaut wurden, müssen ab 2015 außer Betrieb genommen werden. Wurden die entsprechenden Heizungsanlagen nach dem 1. Januar 1985 eingebaut, müssen sie nach 30 Jahren ersetzt werden. Ausnahmen gelten für Niedertemperatur- und Brennwertkessel sowie für selbstgenutzte Ein- und Zweifamilienhäuser.

Anpassung Mess- und Eichverordnung. Der Bundesrat hat Ende November 2014 der Anpassung der Mess- und Eichverordnung inklusive der Anpassung an europäische Rechtsprechung zugestimmt. Zusammen mit dem neuen Mess- und Eichgesetz soll das Mess- und Eichrecht grundlegend modernisiert und das bestehende hohe Schutzniveau des deutschen Messwesens beibehalten werden. Insbesondere gelten mit der Neuordnung des gesetzlichen Messwesens künftig für europäische und national geregelte Messgeräte die gleichen Anforderungen, wenn sie auf den Markt gebracht werden. Die Verordnung tritt am 1. Januar 2015 zusammen mit dem neuen Mess- und Eichgesetz in Kraft.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Veränderungen in der Beteiligungsstruktur

Änderung Beteiligungsquote GHG. Das Stammkapital der GHG wurde im Dezember 2013 durch Gesellschafterbeschluss zunächst von Deutsche Mark auf Euro umgestellt und anschließend auf 137 TEUR erhöht. Aufgrund der Kapitalerhöhung beträgt die Beteiligung der SWH an der GHG ab dem 1. Januar 2014 51,84 Prozent.

SWH-Tochter beteiligt sich an Biomasseprojekt im Baltikum. Ende Mai 2014 unterzeichneten Vertreter der Danpower sowie der GECO Investicijos UAB, Vilnius/Litauen, eine Vereinbarung zur Gründung eines Joint Ventures zum Bau und Betrieb von Biomassekraftwerken. An dem Gemeinschaftsunternehmen Danpower Baltic UAB mit Sitz in Kaunas, Litauen, sind die beiden Gesellschaften jeweils zu 50 Prozent beteiligt. Ziel des Joint Ventures ist, den Grundlastbedarf an Wärme der litauischen Stadt Kaunas mit regenerativer Wärme zu decken. Im Oktober 2014 startete die Bauphase eines holzgefeuerten Heizkraftwerks in Kaunas, das voraussichtlich im Juni 2016 in Betrieb gehen wird.

Gründung der enercity Speichervermarktungsgesellschaft mbH. Im November 2014 wurde die enercity Speichervermarktungsgesellschaft mbH (eSG) mit Sitz in Hannover als 100-prozentiges Tochterunternehmen der SWH errichtet und im Dezember 2014 in das Handelsregister eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Vermarktung von Speicherkapazitäten am Gasspeicher Empelde und alle mit dem Unternehmensgegenstand unmittelbar im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25 TEUR. Zwischen der SWH und der eSG wurde ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen.

eEG gründet weitere Windparkgesellschaft. Ebenfalls im November 2014 wurde die Windpark Münstedt GmbH (WPMü) mit Sitz in Münstedt/Landkreis Peine als 100-prozentiges Tochterunternehmen der eEG errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen und alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Vermarktung der elektrischen Energie. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25 TEUR. Die Gesellschaft wurde im Dezember 2014 in das Handelsregister eingetragen.

Änderung der Beteiligungsquote bei den GWK-Gesellschaften. Durch im Dezember 2014 notariell beurkundeten Kauf- und Abtretungsvertrag hat die SWH mit wirtschaftlicher Wirkung zum 31. Dezember 2014 jeweils weitere Anteile an der GWK Beteiligungs-GmbH, Hannover, sowie der Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Braunschweig GmbH & Co. KG, Hannover, erworben. Die Beteiligung der SWH an beiden Gesellschaften hat sich dadurch jeweils um 16,66 Prozent von 66,67 Prozent auf 83,33 Prozent erhöht. Im Folgenden ist geplant und durch den Vorstand der SWH bereits beschlossen, die Anteile an den GWK-Gesellschaften in die KWM gegen Ausgabe neuer Geschäftsanteile einzubringen und anschließend die GWK Beteiligungs-GmbH auf die KWM – mit der Folge einer Anwachsung des Vermögens der Gemeinschaftskraftwerk Hannover Braunschweig GmbH & Co. KG – zu verschmelzen.

3.2 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Strompreiserhöhung. Im November 2013 hat der Aufsichtsrat der SWH einer Erhöhung des Stromtarifpreises um 3,46 Prozent zum 1. Januar 2014 zugestimmt. Die Energiewende und der damit verbundene Ausbau sowohl der erneuerbaren Energieträger im bundesdeutschen Stromerzeugungsmix als auch der Stromnetze lassen die Kosten für Strom ansteigen.

Segmentwechsel der SWH-Genussscheine. Im März 2014 hat die Hauptversammlung der SWH zugestimmt, an der Börse Hannover einen Antrag auf Segmentwechsel zu stellen. Die BÖAG Börsen AG, Hamburg und Hannover, stimmte dem Segmentwechsel mit Wirkung zum 2. Juni 2014 zu. Damit erfolgt die Notierung der Genussscheine der SWH künftig im Handelssegment „Mittelstandsbörse Deutschland“, einem Handelssegment innerhalb des Freiverkehrs der Börsen Hamburg und Hannover. Mit dem Segmentwechsel ist der Wegfall des Status „kapitalmarktorientiertes Unternehmen“ verbunden, wodurch sich die gesetzlichen Verpflichtungen zur Berichterstattung verändern.

Ausbau des Erdgasspeichers in Empelde. Seit 1982 nutzt SWH den Erdgas-Kavernenspeicher der GHG. Rechtzeitig zum Beginn der Heizperiode wurde die Gaswiederbefüllung der Kaverne K1 abgeschlossen, sodass die Kapazität den Gesellschaftern wieder zur Verfügung steht. Die Aussolung der Kaverne K5 wurde planmäßig fortgeführt, eine Inbetriebnahme ist im Herbst 2016 vorgesehen. Die Erweiterung der gastechnischen Einrichtungen verlief plangemäß. Ende Januar 2014 wurde der Verdichter V5 planmäßig an die GHG ausgeliefert, im Anschluss erfolgten die Montagearbeiten zur Anbindung des Verdichters V5 an die Infrastruktur der GHG. Mitte November 2014 wurden der Verdichter V5 und das Verdichtergebäude in Betrieb genommen. Nach Abschluss der beauftragten Erweiterungsarbeiten, der für Herbst 2016 geplant ist, werden SWH insgesamt etwa 250 Mio. Kubikmeter Arbeitsgasvolumen zur Verfügung stehen.

3.3 Absatz und Beschaffung

Im Folgenden ist die Entwicklung der SWH-Geschäftsfelder Strom, Gas, Wasser und Wärme sowohl absatz- als auch beschaffungsseitig dargestellt:

Strom. Der SWH-Geschäftsbereich Strom umfasst auf der Absatzseite die Stromversorgung von Endkunden im Konzessionsgebiet und außerhalb des Konzessionsgebietes sowie Handelsaktivitäten. Der gesamte Stromabsatz ist im Geschäftsjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 Prozent auf 15.463 GWh gesunken (Vorjahr: –19,7 Prozent; 16.368 GWh). Ursächlich für den Rückgang waren im Wesentlichen die gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Handelsmengen (–7,0 Prozent; Vorjahr: –26,7 Prozent). Der Absatz an Kunden innerhalb des Konzessionsgebietes ist gegenüber dem Vorjahr um 12,7 Prozent (Vorjahr: –1,6 Prozent) gesunken, während der Stromabsatz außerhalb des Konzessionsgebietes um 6,2 Prozent (Vorjahr: –1,4 Prozent) gestiegen ist.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Stromabsatzes sind auch die Strombezugs- und -erzeugungsmengen 2014 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der mengenmäßig größte Anteil entfällt, vergleichbar dem Vorjahr, mit 57,8 Prozent auf den Stromhandel (Vorjahr: 57,9 Prozent). Darüber hinaus deckt SWH den Strombedarf durch Eigenerzeugung über Beteiligungen an Gemeinschaftskraftwerken beziehungsweise durch eigene Erzeugungskapazitäten (wie im Vorjahr: 29,6 Prozent). Der verbleibende Anteil wurde fremdbezogen (12,6 Prozent; Vorjahr: 12,5 Prozent).

Gas. Im Geschäftsbereich Gas führt SWH absatzseitig grundsätzlich die Gasgrundversorgung im Stadtgebiet Hannover und in weiteren regionalen Gemeinden sowie Geschäfte am Gashandelsmarkt durch. Der Gasabsatz hat sich 2014 um insgesamt 4,3 Prozent (Vorjahr: –8,3 Prozent) auf 22.664 GWh (Vorjahr: 21.719 GWh) erhöht. Bei im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Gaslieferungen an Kunden (–982 GWh; Vorjahr: +58 GWh) sind die Handelsmengen gegenüber dem Vorjahr deutlich um 2.086 GWh (Vorjahr: –2.056 GWh) gestiegen. Dabei kam es innerhalb des Konzessionsgebietes witterungsbedingt sowie aufgrund der Zunahme fremdversorgter Kunden zu einem Absatzzrückgang (–21,7 Prozent; Vorjahr: –2,1 Prozent) und außerhalb des Konzessionsgebietes durch Kundengewinne zu einem leichten Zuwachs (+0,5 Prozent; Vorjahr: +11,9 Prozent). Der Absatz an Kunden außerhalb des Konzessionsgebietes lag 2014 bei 1.468 GWh (Vorjahr: 1.461 GWh).

Korrespondierend mit der Entwicklung im Gasabsatz sind die Gasbezugsmengen im abgelaufenen Geschäftsjahr ebenfalls leicht gestiegen. Die Gashandelsaktivitäten sind dabei weiterhin mit einem Anteil von 86,9 Prozent von wesentlicher Bedeutung (Vorjahr: 83,9 Prozent). Darüber hinaus erfolgt eine Optimierung der Gasbezugsmengen über Speicherkapazitäten der GHG.

Wasser. SWH betreibt auf der Absatzseite im Geschäftsbereich Wasser die Wasserversorgung im Stadtgebiet Hannover und in weiteren regionalen Gemeinden. Darüber hinaus werden verschiedene regionale Wasserverbände und Ortsteile beliefert. Der Wasserabsatz liegt im Geschäftsjahr 2014 mit 40,9 Mio. Kubikmetern leicht über Vorjahresniveau (Vorjahr: 40,6 Mio. Kubikmeter). Der Großteil des Wasserabsatzes ging wie im Vorjahr mit 84,8 Prozent an Tarifikunden.

Der Wasserbezug erfolgt hauptsächlich über eigene Wasserwerke in der Region Hannover sowie über strategische Beteiligungen an Wassergewinnungsgesellschaften. Die Eigenerzeugung machte 2014 mit 92,2 Prozent (Vorjahr: 93,4 Prozent) weiterhin den Großteil am Gesamtbezug von 42,6 Mio. Kubikmetern aus. Damit stellt der Fremdbezug nach wie vor nur eine strategische Ergänzung zur Eigenerzeugung dar.

Wärme. Zu den SWH-Wärmekunden zählen Industrieunternehmen, öffentliche Einrichtungen, Krankenhäuser und Kunden in Wohngebieten. Der Wärmeabsatz ist 2014 insbesondere witterungsbedingt um 17,5 Prozent (Vorjahr: +4,9 Prozent) auf 1.119 GWh (Vorjahr: 1.357 GWh) gesunken. Dabei sanken der Fernwärmeabsatz um 16,2 Prozent und der Nahwärmeabsatz um 67,6 Prozent. Der Wärmebedarf wurde mit einem Anteil von 91,7 Prozent (Vorjahr: 90,3 Prozent) fast vollständig durch die Erzeugung bei GKL und GKH sowie durch eigene Erzeugungskapazitäten gedeckt.

3.4 Umwelt und Innovation

Umweltschutz in der SWH-Unternehmensstrategie. Als Unternehmen der Daseinsvorsorge ist SWH dem Umwelt- und Klimaschutz in besonderer Weise verpflichtet. Ökologisches Verantwortungsbewusstsein ist mit Blick auf die Region Hannover sowie als Reaktion auf die sich wandelnden Anforderungen an eine ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Energieerzeugung auf dem nationalen Energiemarkt ein integraler Bestandteil der Unternehmensstrategie. SWH ist im Rahmen des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover“ Umweltschutzverpflichtungen zur CO₂-Reduktion und Ausweitung der Stromerzeugung durch regenerative Energien und KWK bis zum Jahr 2020 eingegangen. Zur Einhaltung hat SWH ein Maßnahmen-Portfolio definiert, das die vereinbarten Ziele vollumfänglich erfüllt. Eine Fortschreibung der Klima-Allianz-Verpflichtung von SWH bis 2030 wurde darüber hinaus mit der Landeshauptstadt Hannover vereinbart. Bei der Erzeugung von Strom und Wärme setzt SWH auf KWK als Instrument der effizienten Brennstoffnutzung. Im SWH-Unternehmenskonzept K2020 sind der Ausbau energieeffizienter Technologien sowie die Erzeugung auf Basis regenerativer Energien und KWK als Instrument der effizienten Brennstoffnutzung fest verankert und Bestandteil der Wachstumsstrategie.

SWH-Umweltmanagement. Das SWH-Umweltmanagementsystem ist unter Berücksichtigung der Umweltnorm DIN/ISO 14001 ausgestaltet und gewährleistet Zuverlässigkeit und Rechtssicherheit beim betrieblichen Umweltschutz. Das Umweltmanagement umfasst die maßgeblichen gesetzlichen Anforderungen, ein verbindliches Wertesystem in Form von Umweltauflagen, festgelegte Instrumente zur Umsetzung der Leitlinien, verantwortliche Funktionsträger und interne Regelungen. Die Einhaltung der Anforderungen wird im Rahmen interner und externer Auditierungen regelmäßig kontrolliert.

Umweltziele 2014. In 2014 baute SWH den eingeschlagenen Weg zur Einführung eines Energiemanagementsystems (EMS) kontinuierlich aus. Der TÜV Rheinland hat per Testat bestätigt, dass das Unternehmen den zweiten Schritt beim Aufbau des EMS erfolgreich vollzogen hat. Laut Planung wird das Projekt in 2015 mit dem Zertifikat nach DIN EN ISO 50001 enden.

Klima-Allianz Hannover 2020/2030. SWH befindet sich in der Umsetzung des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover 2020“. Die wirksamsten lokalen Klimaschutzmaßnahmen sind die Inbetriebnahme der modernisierten und erweiterten GuD-Anlage des HKW Linden und die Fortsetzung des Fernwärmeausbauprogramms. Die GuD-Erweiterung hat in diesem Zusammenhang ein jährliches CO₂-Einsparpotenzial von bis zu 200.000 Tonnen, das sich jedoch aktuell in Folge des stark verzerrten Strommarktes durch die Erneuerbaren gegebenenfalls nur im begrenzten Umfang und langsamer als geplant umsetzen lässt. Der Fernwärmeausbau mit einer geplanten zusätzlichen Anschlussleistung von insgesamt 215 MW brutto verläuft bisher überplanmäßig. Im Jahr 2014 konnten Übergabestationen mit einer Anschlussleistung von insgesamt etwa 12,9 MW_{th} in Betrieb genommen werden. Der Ausbau im Geschäftsfeld Contracting auf Basis erneuerbarer Energien entwickelt sich ebenfalls entsprechend den Planungen und ist mit einer jährlichen Einsparung von insgesamt über 400.000 Tonnen CO₂ inzwischen die bedeutendste Maßnahme im Klima-Allianz-Maßnahmenprogramm von SWH. Insgesamt erfährt der Ausbau der regenerativen Stromerzeugung auf Basis der strategischen Unternehmensplanung K2020 eine höhere Gewichtung. Gemäß derzeitigen Voraussichten werden die Unternehmensziele im Rahmen der Klima-Allianz 2020 voraussichtlich erreicht. Die Zielsetzung, eine bilanzwirksame CO₂-Reduzierung auf der Angebotsseite um 700.000 Tonnen zu bewirken, ist bereits erfüllt.

Umweltfreundliche Stromerzeugung. Auch im Jahr 2014 stellt die KWK das Rückgrat der Eigenerzeugung dar. Unter Berücksichtigung von Erzeugungskapazitäten der Beteiligungsgesellschaften beträgt die Strommenge aus Anlagen, die nach dem Prinzip der KWK betrieben werden, im Berichtszeitraum 2.315 GWh (2013: 2.234 GWh). Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wurde weiter ausgebaut. Die erneuerbaren Energieträger (im Wesentlichen Biomasse, Solarenergie, Wasser und Wind) haben 2014 etwa 646 GWh (2013: 554 GWh) zur Eigenerzeugung beigetragen. Im Verhältnis zum Verbrauch aller Tarifkunden im Konzessionsgebiet beträgt die regenerative Energieerzeugung rund 79 Prozent (2013: 64 Prozent). SWH strebt an, bis zum Jahr 2020 den Strombedarf aller Tarifkunden im Konzessionsgebiet bilanziell durch erneuerbare Energien zu decken.

	Stromerzeugung		Installierte Leistung	
	in GWh		in MW	
	2014	2013	2014	2013
Erneuerbare Energien	646	554	165	158
KWK*	2.315	2.234	704	707

* Stromerzeugung in Anlagen, die nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden.

Contracting. Im Contracting sind 69 erdgasbetriebene BHKW-Anlagen mit einer Gesamtleistung (bezogen auf den Anteil von SWH) von 5,8 MW elektrisch (MW_{el}) und 9,4 MW_{th} im Einsatz.

Biomassenutzung. Zum 31. Dezember 2014 ist SWH über die Tochterunternehmen eCG und Danpower sowie die Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen, (EPL) an insgesamt 69 Biomasseanlagen, davon 33 Biogasanlagen, 24 Holzhackschnitzelanlagen, wovon 6 Anlagen Strom erzeugen, 7 Holzpelletfeuerungsanlagen, vier Klärgas- und einer Grubengasanlage sowie einem Ersatzbrennstoffkraftwerk beteiligt. Unter Berücksichtigung der Ersatzbrennstoffanlage in Bitterfeld ist SWH eine erneuerbare Jahresstromproduktion von etwa 484 GWh aus diesen Anlagen zuzurechnen. Im Geschäftsfeld Biomasse werden voraussichtlich auf Grund der durch die EEG-Novellierung veränderten Rahmenbedingungen keine wirtschaftlich tragfähigen Neubau-Projekte mehr möglich sein.

enercity Renewables. Das Unternehmensprojekt „enercity Renewables“ wurde im laufenden Geschäftsjahr fortgeführt. Es dient der Erreichung der in der Unternehmenskonzeption K2020 angelegten Zielsetzungen im Bereich der regenerativen Energieerzeugung. Es werden kontinuierlich Erwerbsprojekte zur Stromerzeugung aus Windenergie auf ihre Realisierungsfähigkeit zu wirtschaftlich tragfähigen Konditionen hin geprüft. Ein wesentlicher Fokus liegt in der Knüpfung und Pflege von Kontakten zu Grundstückseignern und kommunalen Partnern, um Windenergieprojekte über die gesamte Wertschöpfungskette zu entwickeln.

SWH-Ökostromprodukte. Im Jahr 2014 konnte SWH weiterhin sehr erfolgreich seinen Weg als Ökostromanbieter fortsetzen. Über 26.000 Privat- und Gewerbekunden wurden von SWH mit ökologischen Stromprodukten in unterschiedlichen Qualitätsstufen beliefert. Im Geschäftskundenbereich sind die Absatzmengen von Ökostrom für dieses Geschäftsjahr auf fast 1 TWh gestiegen. Das Premium-Produkt ist hierbei sowohl im Privat- als auch im Geschäftskundenbereich verfügbar und mit dem „Grüner Strom-Label“ in Gold zertifiziert.

Klimaschutzfonds proKlima und Energieberatung. Neben eigenen Potenzialen unterstützt SWH mit dem Klimaschutzfonds proKlima zusätzlich die in der Klima-Allianz aufgezeigten Potenziale zur CO_2 -Reduktion auf der Nachfrageseite beziehungsweise zum Energiesparen. Der bislang im europäischen Raum einzigartige, im Juni 1998 gegründete Klimaschutzfonds proKlima wird von SWH sowie den Städten des proKlima-Fördergebietes Hannover, Hemmingen, Laatzen, Langenhagen, Ronnenberg und Seelze finanziert. SWH hat dabei in 2014 mit 3,3 Mio. EUR den Großteil (circa 76 Prozent) der gesamten Fondseinzahlungen in Höhe von 4,4 Mio. EUR getragen. Ein Schwerpunkt der Förderprogramme ist das energieeffiziente Bauen und Modernisieren. Ziel ist unter anderem die weitere Etablierung des energiesparenden Passivhaus-Standards. Der enercity-Fonds proKlima fördert dabei auch die Beratungsleistungen der SWH-Strom- und EnergieLotsen. Diese führen kundenorientierte Energieberatungen durch, die Energieeinsparpotenziale identifizieren und die Effizienz der Energienutzung steigern. Die EnergieSparBeratung wird ebenfalls durch proKlima-Fördermittel unterstützt. Außerdem existiert ein Angebot der Gewerbeberatung, das zum Teil von der Klimaschutzagentur gefördert wird.

Elektromobilität. Ende September 2014 ist die EU-Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in Kraft getreten. Ziel dieser Richtlinie ist einerseits die Reduzierung der Abhängigkeit des Verkehrssektors von Erdöl und andererseits die Verringerung des Schadstoffausstoßes. Um dieses Ziel zu erreichen, soll eine Mindestinfrastruktur für Autos mit alternativen Antrieben aufgebaut werden. Besonders schadstoffarme Kraftstoffe, wie CNG (komprimiertes Erdgas), LNG (verflüssigtes Erdgas) und Strom aus regenerativer Erzeugung sollen hierdurch unterstützt und die Vermarktung gefördert werden. SWH ist über ihr Tochterunternehmen eCG bereits seit vielen Jahren im Bereich CNG und seit einigen Jahren auch im Bereich Elektromobilität aktiv. Die eCG betreibt in Hannover und Langenhagen insgesamt sechs Erdgastankstellen. Da Erdgas von den fossilen Kraftstoffen die geringsten CO₂-Emissionen aufweist, liefert jedes CNG-Fahrzeug, das ein Benzin- oder Diesel-Fahrzeug ersetzt, einen Beitrag zur CO₂-Einsparung. Bei den Schadstoffen wie Stickoxiden und Ruß schneiden CNG-Fahrzeuge ebenfalls deutlich besser ab. Ein weiterer Vorteil des Einsatzes von Erdgas als Kraftstoff ist, dass es die Abhängigkeit vom Erdöl verringert und zu einer Diversifizierung im Verkehrssektor beiträgt. Die Bundesregierung sieht in der Weiterentwicklung der Elektromobilität sowohl wirtschaftliche, umweltpolitische als auch gesellschaftliche Chancen. Aus diesem Grund hat sie sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität zu entwickeln. Mit dem Regierungsprogramm Elektromobilität sollen bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge in Deutschland unterwegs sein. Eine Maßnahme zur Erreichung dieses Ziels ist das vom Bund aufgelegte Förderprogramm Elektromobilität. Die eCG beteiligt sich mit zwei Projekten an diesem Förderprogramm. Das Projekt „Demand Response – Das Auto als aktiver Speicher und virtuelles Kraftwerk“ ist Mitte 2014 gestartet. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens soll untersucht werden, in wie weit Elektromobile in die bestehenden energiewirtschaftlichen Systeme integriert werden können und somit einen Beitrag zur Systemstabilität beitragen können. Mit Hilfe einer eigens hierfür entwickelten CarConnectBox (CCB) soll das Ladeverhalten der Nutzer aufgezeichnet und gesteuert werden. Die Projekterkenntnisse werden genutzt, um die Einbindung von erneuerbaren Energien in das Stromnetz weiter voran zu treiben. Die Teilnahme am Feldversuch leistet einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Energiewende. Im Rahmen des zweiten Projektes „easy charge and park“ soll in den City-Parkhäusern/-tiefgaragen eine öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur aufgebaut werden. Das Innovative an diesem Projekt ist die Kommunikation zwischen der Ladeinfrastruktur und den Parkscheinautomaten des Parkhausbetreibers. Dies ist ein gemeinsames Projekt mit der union boden GmbH. Des Weiteren betreibt die eCG sechs Elektro-Ladesäulen in Hannover und Langenhagen sowie eine Elektro-Ladestation für Zweiräder und Pedelecs vor dem SWH KundenCenter.

CO₂-freie Mobilität durch SWH. Die eCG bietet an sechs Erdgastankstellen in Hannover und Langenhagen zu 100 Prozent Bio-Erdgas an. Erdgasfahrzeughalter, die an den SWH-Zapfstellen tanken, sind damit nahezu klimaneutral und CO₂-frei unterwegs. Der neue Kraftstoff „abfallstämmiges Bio-Erdgas“ stammt aus unterschiedlichen Biomethananlagen in Deutschland, die das Gas aus biogenen Reststoffen produzieren.

3.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unternehmenskultur. Zukunftsorientiert denken, verlässlich handeln und Verantwortung zeigen: Diesen Anspruch stellt SWH nicht nur an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern setzt ihn auch in der Unternehmenskultur um. SWH bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Umfeld, in dem sie sich entfalten und aktiv einbringen können. Dabei bilden Verlässlichkeit und Verantwortung die Basis für ein zukunftsorientiertes Unternehmen. Die Attraktivität als Arbeitgeber wird unter anderem durch die Studie „Beste Arbeitgeber in Deutschland“ des Magazins „Der Focus“ belegt. Dabei erreichte SWH 2014 Platz vier in der Sparte Ver- und Entsorgung und zählt damit zu den besten Stadtwerken in Deutschland. SWH gehört zu den besten Arbeitgebern der Branche.

Verbunden mit den Markenwerten „aktiv“, „persönlich“ und „kompetent“ bilden diese Leitlinien der Arbeitgebermarke die Grundlage für eine wertschätzende und positive Arbeitsatmosphäre mit kooperativer Zusammenarbeit und engagierter Wahrnehmung der Aufgaben und Verantwortungen. Der Mitarbeitende als zentraler Erfolgsfaktor für eine positive Unternehmensentwicklung wird frühzeitig in Entscheidungsprozesse eingebunden. Durch Partizipation und eigene Gestaltungsspielräume können akzeptierte Lösungen für alle entwickelt werden.

Personalstrategie. Die Unternehmensstrategie, verankert im Konzept K2020, bildet die Grundlage der Personalstrategie. Da der Erfolg eines Unternehmens auf dem Engagement und der Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter basiert, spielt die strategische Ausrichtung der Personalarbeit für SWH eine wesentliche Rolle. Kernpunkte der Personalstrategie bilden die individuelle und zielgerichtete Personalentwicklung, der aktive Erhalt von Leistungsfähigkeit und Arbeitsmotivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Angebot einer breit gefächerten, hochqualifizierten Berufsausbildung sowie die effiziente Gestaltung der personalrelevanten Prozesse.

Herausforderungen für die Personalpolitik. Der steigende Wettbewerbs- und Kostendruck auf das Unternehmen, veranlasst durch zunehmende Konkurrenz sowie energiepolitische Entscheidungen und Regularien, erfordert eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung von Prozessen und aus der Unternehmensstrategie abgeleiteten Maßnahmen. Unternehmenspolitisch soll zudem den Grundsätzen ökologisch nachhaltig, ökonomisch erfolgreich und sozial verantwortlich entsprochen werden. Die Personalpolitik unterstützt dies unter anderem durch gezielte und individuelle Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ein aktives Gesundheitsmanagement sowie ein umfassendes Maßnahmenangebot zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Entwicklung Personalbestand. Der Personalbestand hat sich bei SWH wie folgt entwickelt:

Stand 31.12.	2014	2013	2012	2011	2010
Kaufmännische Auszubildende	30	31	29	30	31
Technische Auszubildende	95	96	99	97	103
Auszubildende gesamt	125	127	128	127	134
Mitarbeitende gesamt	2.540	2.591	2.593	2.587	2.642
davon Mitarbeitende in Altersteilzeit	141	190	211	226	305

Die Gesamtbeschäftigtenzahl ist gesunken während die Anzahl der Auszubildenden etwa auf Vorjahresniveau geblieben ist. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist von 44,6 Jahren auf 45,2 Jahre sowie die Betriebszugehörigkeit von durchschnittlich 18,1 Jahren auf 18,7 Jahren gestiegen. Die Fluktuationsquote beträgt 1,4 Prozent.

Berufliche Ausbildung und Nachwuchsförderung. In diesem Jahr bot SWH 33 jungen Menschen die Möglichkeit, einen technischen oder kaufmännischen Ausbildungsberuf zu erlernen oder ein duales Studium zu beginnen. Die Ausbildungsplätze stehen in fünf Berufen und drei dualen Studiengängen zur Verfügung. An der Hochschule Hannover und der Hochschule Weserbergland in Hameln haben 2014 vier dual Studierende ihre Ausbildung zum Bachelor of Engineering in der Fachrichtung Elektrotechnik, einer zum Bachelor of Engineering im Wirtschaftsingenieurwesen und fünf zum Bachelor of Arts in der Fachrichtung Betriebswirtschaft begonnen. Nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung wird den Auszubildenden von SWH ein befristetes Arbeitsverhältnis für die Dauer von zwölf Monaten angeboten. Auch im Geschäftsjahr 2014 haben alle Auszubildenden ihre Berufsausbildung abgeschlossen.

Um den personalwirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, können nach einer sehr gut abgeschlossenen Berufsausbildung Stipendien an ehemalige Auszubildende, die ein Vollzeitstudium absolvieren, vergeben werden. Im Geschäftsjahr 2014 wurden sieben Studierende mit insgesamt 6.000 EUR gefördert. Außerdem engagiert sich SWH für die Initiative „Deutschlandstipendium“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. In diesem Jahr wurden fünfzehn Studierende verschiedener Fachrichtungen aus Hochschulen und Universitäten gefördert.

Des Weiteren engagiert sich SWH in einem sozialen Ausbildungsprojekt der ProBeruf GmbH, bei dem jährlich vier benachteiligten Jugendlichen die Chance einer Qualifizierung geboten wird. Im Jahr 2014 wurden drei Jugendliche in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Personalentwicklung. Ein wesentlicher Schwerpunkt zur Entwicklung und Erhaltung der erforderlichen Mitarbeiterkompetenzen sowie der Arbeits- und Leistungsmotivation ist eine nachhaltige und zielgerichtete Personalentwicklung. Passgenaue Qualifizierungsprogramme helfen Fachkräften, ihr Wissen und Können kontinuierlich auszubauen sowie die Zufriedenheit im Beruf zu steigern. In enger Zusammenarbeit mit den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden Ziele der Qualifizierung festgelegt und Meilensteine auf dem individuellen Entwicklungsweg gesetzt.

SWH bietet Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern außerdem die Möglichkeit, an dem zweijährigen berufsbegleitenden Personalentwicklungsprogramm „Jump“ teilzunehmen. Ziel ist die Qualifizierung sowie berufliche und persönliche Weiterentwicklung von Leistungsträgern durch Coaching und Trainingsmaßnahmen sowie durch die Bearbeitung bereichsübergreifender Arbeitsprojekte und Sonderaufgaben in interdisziplinären Teams.

Familien- und frauenorientierte Personalpolitik. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen hat sich 2014 von 16,1 Prozent auf 17,3 Prozent erneut erhöht.

	Frauen bei SWH			Frauen in Führungspositionen		
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
absolut	581	590	585	34	32	29
in Prozent	22,9	22,8	22,2	17,3	16,1	14,6

SWH engagiert sich seit vielen Jahren aktiv für die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 2010 wurde das Unternehmen dafür mit dem Zertifikat „berufundfamilie“ ausgezeichnet. Eine Rezertifizierung bestätigte 2013 die familienbewusste Personalpolitik. Die nächste Auditierung ist für 2016 geplant.

Das umfangreiche familienorientierte Angebot gliedert sich in die Schwerpunkte Arbeitszeit, Arbeitsort, Service und Gesundheitsprävention beziehungsweise Sozialberatung. Die Maßnahmen umfassen unter anderem vielfältige Möglichkeiten zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung, alternierende Telearbeit zur Arbeitsortflexibilität (88 Arbeitsplätze, Vorjahr: 80) und außerdem eine Betriebskinderkrippe, ein Eltern-Kind-Büro und eine Sommerferienbetreuung für Mitarbeiterkinder. Die Kindertagesstätte „CompanyKids Energiezwerge“ wird seit 2010 in Trägerschaft des pme Familienservice in Zusammenarbeit mit SWH und der Landeshauptstadt Hannover betrieben. Derzeit werden alle der 14 Belegplätze durch Kinder von SWH-Mitarbeitenden in Anspruch genommen.

Darüber hinaus gewährt SWH vielfältige individuelle Unterstützungsangebote hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen. Dazu gehört, neben den oben genannten Möglichkeiten, beispielsweise auch der vollständige zeitlich befristete Ausstieg aus dem Beruf.

Altersversorgung. Gemäß geltendem Tarifvertrag (TV-V) haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von SWH Anspruch auf eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung des öffentlichen Dienstes als Pflichtversicherung des Arbeitgebers. Nach Maßgabe des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K) finanziert SWH über monatliche Umlagezahlungen von zurzeit 5,07 Prozent und einem Sanierungsgeld von derzeit 3,0 Prozent des Zusatzversicherungspflichtigen Entgelts den Aufbau einer Betriebsrente. Die Umlagen werden durch den Arbeitgeber pauschal versteuert.

Zusätzlich zur Betriebsrente besteht die Möglichkeit, durch eigene Beiträge in Form einer Entgeltumwandlung eine freiwillige kapitalgedeckte Altersvorsorge bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK) oder bei der Sparkassen Pensionskasse aufzubauen. Im Geschäftsjahr 2014 haben etwa 18 Prozent der Beschäftigten die Entgeltumwandlung in Anspruch genommen. Dies ist eine Steigerung zum Vorjahr um circa 3 Prozent.

Zur Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit besteht die Möglichkeit durch Umwandlung von Zeit beziehungsweise Geld die Lebensarbeitszeit um bis zu fünf Jahre zu verkürzen. Zum Ende des Geschäftsjahres bestanden insgesamt 203 Lebensarbeitszeitkonten (Vorjahr: 187 Lebensarbeitszeitkonten) mit etwa 290 Tausend Stunden (Vorjahr: 226 Tausend Stunden).

Projekte. In 2014 wurden unternehmensweit zahlreiche Projekte und Vorhaben bearbeitet. Im personalwirtschaftlichen Kontext wurde unter anderem das bestehende elektronische Personalaktensystem erweitert. Dabei wurden weitere Personalprozesse automatisiert. Der Workfloweinsatz ermöglicht eine Optimierung der Prozesse und eine Effizienzsteigerung.

Der Bereich Personalmarketing wird bei SWH kontinuierlich erweitert, um die Attraktivität als Arbeitgeber zu kommunizieren. Dies hat zum Ziel, qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an das Unternehmen zu binden und neue Potenziale zu aktivieren. In diesem Zusammenhang ist SWH unter anderem im Karrierenetzwerk Xing aktiv.

3.6 Bindung an Stadt und Region

SWH ist mit der Landeshauptstadt Hannover und ihren Bürgerinnen und Bürgern traditionell verbunden, was sich sowohl in einem wirtschaftlichen und kulturellen Engagement als auch einem aktiven Sozial- und Sportsponsoring zeigt.

Wirtschaft. Von dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2014 werden der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover 71,7 Mio. EUR (Vorjahr: 78,1 Mio. EUR) über eine Gewinnabführung an die VVG zugeführt. Zusätzlich zahlt die SWH eine Konzessionsabgabe von 40,9 Mio. EUR (Vorjahr: 40,7 Mio. EUR) an die Landeshauptstadt Hannover und die Umlandgemeinden. Darüber hinaus repräsentiert die SWH durch die Vergabe von umfangreichen Aufträgen an die heimische Wirtschaft und an heimische Handwerksbetriebe einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor in Stadt und Region.

Kultur und Sport. SWH fördert bereits seit mehreren Jahren die künstlerische und kulturelle Vielfalt in Hannover. Mit Blick auf die Menschen in Hannover und der Region sieht sich SWH in der Verantwortung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesellschafts- und Stadtentwicklung. So unterstützt SWH bereits seit 2006 als Gründungssponsor und Kooperationspartner das Junge Schauspiel Hannover. Im Mittelpunkt steht dabei der Gedanke, Talente zu entdecken und zu festigen sowie die Jugendlichen auf die Anforderungen der Zukunft vorzubereiten, indem Mut, Teamgeist, Ausdauer und Disziplin durch die Form des Schauspiels gefördert werden. Das traditionelle Jazz-Festival „energycity swinging hannover“ hat SWH inzwischen zum zehnten Mal unterstützt. Darüber hinaus unterstützt SWH im Sport seit dem Jahr 2010 den Handball-Erstligisten TSV Hannover-Burgdorf sowie seit dem 1. November 2012 als offizieller Co-Sponsor den Fußballverein Hannover 96.

Soziales. SWH stellt jährlich bis zu 150 TEUR dem in 2011 gegründeten energycity-Härtefonds e. V. zur Verfügung. Der Verein verfolgt das Ziel, soziale Härten bei Versorgungsunterbrechungen im Energie- und Wasserbezug von unverschuldet in finanzielle Not geratenen SWH-Privatkunden durch finanzielle Unterstützung zu vermeiden. Darüber hinaus übernimmt SWH auch soziale Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Förderung der Mitarbeiterzufriedenheit, indem attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Die Beschäftigten von SWH beteiligen sich unter dem Motto „Cents geben, Positives bewegen“ an der 2010 initiierten Spendenaktion „Restcent“, indem die Netto-Cent-Beträge ihres Gehaltes an soziale Projekte abgeführt werden.

4 Darstellung und Analyse der Lage

Unternehmensinternes Steuerungssystem. Die Basis für die interne Steuerung bei SWH sind die Steuerungsgrößen EBIT und ROCE. Das EBIT beschreibt das operative Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern. Die Steuerungskennzahl ROCE ist eine Kapitalrendite vor Steuern. Der ROCE misst den nachhaltig aus dem operativen Geschäft erzielten Erfolg auf das eingesetzte Kapital. Er setzt das EBIT in Relation zu dem durchschnittlichen Capital Employed des Geschäftsjahres. Das Capital Employed spiegelt das im Unternehmen gebundene und zu verzinsende Kapital wider. Es ergibt sich aus der Bilanzsumme abzüglich des nicht zinstragenden Kapitals. Bei SWH zählen hierzu im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Rückstellungen und Steuerrückstellungen sowie erhaltene Zuschüsse. Der ROCE misst, wie effektiv und profitabel SWH mit dem eingesetzten Kapital wirtschaftet. Im Sinne einer wertorientierten Unternehmenssteuerung verfolgt die SWH-Unternehmensführung einen ROCE, der über den Verzinsungsansprüchen der Kapitalgeber liegt. Auf Grundlage des langfristigen Unternehmenskonzeptes wird die Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals festgelegt.

Auf die einzelnen Fachbereiche von SWH werden Budgets zu Investitionen sowie Kosten und der EBIT im Zielvereinbarungsprozess heruntergebrochen. Dem Vorstand wird über die Ausprägung der Steuerungsgrößen Bericht erstattet.

Darüber hinaus dient zur internen Steuerung und als Indikator für den Erfolg eines Geschäftssegments das EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen). Die Darstellung der Geschäftssegmente sowie Art und Umfang der gegebenen Informationen erfolgt nach dem Management Approach und gliedert sich in die Segmente „Strom“, „Gas“, „Wasser“, „Wärme“ und „Dienstleistungen“.

4.1 Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

Ertragslage (Kurzfassung)	2014		2013		Veränderung	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in Prozent	
Umsatzerlöse		2.367.237	2.450.216	-82.979	-3,4	
Materialaufwand	/.	2.041.312	2.145.322	-104.010	-4,8	
Rohertag¹⁾		325.925	304.894	21.031	6,9	
Personalaufwand	/.	199.614	199.747	-133	-0,1	
Konzessionsabgabe	/.	40.870	40.748	122	0,3	
Übrige betriebliche Aufwendungen ²⁾	/.	70.386	73.415	-3.029	-4,1	
Übrige betriebliche Erträge ³⁾	+	131.651	163.952	-32.301	-19,7	
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	+	57.560	63.460	-5.900	-9,3	
EBITDA		204.266	218.396	-14.130	-6,5	
Abschreibungen (inkl. Zuschreibungen)	/.	69.572	71.267	-1.695	-2,4	
EBIT		134.694	147.129	-12.435	-8,5	
Zinsergebnis	+	-31.312	-35.230	3.918	-11,1	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		103.382	111.899	-8.517	-7,6	
Ertragsteuern	/.	3.212	3.612	-400	-11,1	
Erfolgsunabhängige Steuern	/.	2.047	1.671	376	22,5	
Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf Genussscheine		98.123	106.616	-8.493	-8,0	
Gewinnabführung	/.	88.917	97.119	-8.202	-8,4	
Ausschüttung auf Genussscheine	/.	3.206	3.497	-291	-8,3	
Einstellung in Gewinnrücklagen	/.	6.000	6.000	0	0,0	
Bilanzgewinn		0	0	0	0,0	

¹⁾ Ohne andere aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen.

²⁾ Inklusive Bestandsveränderungen (2014: -57 TEUR; Vorjahr: -321 TEUR).

³⁾ Inklusive andere aktivierte Eigenleistungen (2014: 5.742 TEUR; Vorjahr: 4.891 TEUR).

SWH erwirtschaftete den Gesamtumsatz im Wesentlichen im Inland. Dabei stellt das Grundversorgungsgebiet das wesentliche Absatzgebiet für Endkunden dar. Dies gilt vor allem für die Absätze in den Sparten Wasser und Wärme und in großen Teilen auch für den Gasabsatz. Die Wärmesparte beinhaltet im Wesentlichen das Fernwärmegeschäft.

Umsatzerlöse. Im Jahr 2014 hat SWH Umsatzerlöse von 2.367,2 Mio. EUR erwirtschaftet. Insgesamt hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 83,0 Mio. EUR (Vorjahr: -191,0 Mio. EUR) ergeben. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf eine Abnahme der Erlöse aus Strom- und Gashandelsgeschäften (-119,8 Mio. EUR) zurückzuführen.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse bildet sich in den einzelnen Geschäftsbereichen wie folgt ab:

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen	Ist 2014	Wirtschafts- plan 2014	Ist 2013
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Strom	1.340	1.590	1.368
Gas	697	733	766
Wasser	81	78	79
Wärme	78	90	87
Dienstleistungen	171	123	150
Gesamt	2.367	2.614	2.450

Stromerlöse. In der Stromsparte, welche weiterhin die größte Sparte bei SWH ist, wurden Erlöse in Höhe von 1.340,2 Mio. EUR erzielt. Damit lagen die Stromerlöse um etwa 27,8 Mio. EUR niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (Vorjahr: –198,2 Mio. EUR). Die Stromhandelsgeschäfte haben in Höhe von 418,6 Mio. EUR (Vorjahr: 527,1 Mio. EUR) weiterhin wesentlich zu den Erlösen der Stromsparte beigetragen, lagen jedoch erneut deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Der merkliche Rückgang um insgesamt 108,5 Mio. EUR beziehungsweise 20,6 Prozent gegenüber dem vorangegangenen Geschäftsjahr resultierte dabei aus verminderten Handelsmengen (–7,0 Prozent) bei gleichzeitig gesunkenen Marktpreisen an der Strombörse. Die Erträge aus den zur Absicherung der Commodity-Risiken im Bereich Strom eingesetzten Derivate (19,6 Mio. EUR; Vorjahr: 25,2 Mio. EUR) verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Mio. EUR (Vorjahr: –5,4 Mio. EUR). Die Stromerlöse mit Kunden sind im Vergleich zum Vorjahr trotz insgesamt gesunkener Stromabsatzmengen um 30,1 Mio. EUR beziehungsweise 4,2 Prozent preisbedingt gestiegen (Vorjahr: +72,2 Mio. EUR). Die gestiegenen Umsatzerlöse in der Stromversorgung von Endkunden konnten jedoch den mengen- und preisbedingten Rückgang der Handelserlöse nicht vollständig kompensieren. Dieser begründet im Wesentlichen auch die Abweichung der realisierten Erlöse im Geschäftsbereich Strom von den erwarteten Erlösen laut Wirtschaftsplanung. Insgesamt beträgt der Anteil der Stromerlöse am Gesamtumsatz 56,6 Prozent (Vorjahr: 55,8 Prozent).

Gaserlöse. Die Erlöse im Geschäftsbereich Gas in Höhe von 697,1 Mio. EUR sind 2014 um 8,9 Prozent (Vorjahr: –2,8 Prozent) beziehungsweise 68,4 Mio. EUR (Vorjahr: –21,9 Mio. EUR) gesunken. Dabei sind die Erlöse aus Gashandelsgeschäften (370,2 Mio. EUR; Vorjahr: 381,5 Mio. EUR) trotz eines gestiegenen Handelsvolumens (+14,8 Prozent) preisbedingt um 2,9 Prozent gesunken (Vorjahr: –7,3 Prozent). Die Erträge aus Gaspreissicherungsgeschäften sind gegenüber dem Vorjahr um 11,5 Mio. EUR auf 3,3 Mio. EUR (Vorjahr: 14,8 Mio. EUR) gesunken. Auch beim Absatz an Kunden ergaben sich aufgrund des witterungsbedingten Mengenrückgangs sowie von Kundenverlusten innerhalb des Konzessionsgebiets insgesamt sinkende Umsatzerlöse (–17,5 Prozent; Vorjahr: +4,5 Prozent). Der witterungsbedingte Mengenrückgang sowie die Kundenverluste innerhalb des Konzessionsgebiets begründen im Wesentlichen auch die Abweichung der realisierten Erlöse im Geschäftsbereich Gas von den erwarteten Erlösen laut Wirtschaftsplanung. Die Gassparte ist weiterhin die zweitgrößte Sparte bei SWH mit einem Anteil an den gesamten Umsatzerlösen von 29,4 Prozent (Vorjahr: 31,3 Prozent).

Wassererlöse. Die Wassererlöse im Konzessionsgebiet sind 2014 mengenbedingt leicht um 0,7 Prozent (Vorjahr: +2,2 Prozent) auf 74,1 Mio. EUR (Vorjahr: 73,6 Mio. EUR) gestiegen.

Wärmeerlöse. Die Erlöse im Bereich Wärme sind gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 77,7 Mio. EUR gesunken (–10,8 Prozent; Vorjahr: +11,0 Prozent). Dieser Rückgang korrespondiert mit dem insbesondere witterungsbedingt gesunkenen Fernwärmeabsatz (–16,2 Prozent).

Erlöse aus Dienstleistungen. Die Umsatzerlöse im Dienstleistungsbereich sind um 14,0 Prozent auf 171,2 Mio. EUR (Vorjahr: 150,1 Mio. EUR) gestiegen. Der Anstieg ist wie bereits im Vorjahr im Wesentlichen auf gestiegene Erlöse aus dem Verkauf von Kohle an Kraftwerksgesellschaften zurückzuführen (128,1 Mio. EUR; Vorjahr: 113,9 Mio. EUR). Die Dienstleistungserlöse umfassen außerdem Erlöse aus Betriebsführung und Nebengeschäften. Dazu zählen unter anderem Zählermessung und -abrechnung sowie diverse Dienstleistungen an Tochtergesellschaften für beispielsweise Einkauf, Gebäudemanagement oder Rechtsberatung und Arbeitnehmerüberlassung.

Materialaufwand. Die Materialaufwendungen, die im Wesentlichen Bezugskosten für Strom, Gas Wasser und Fernwärme enthalten, sind insgesamt um 4,8 Prozent (Vorjahr: –6,7 Prozent) beziehungsweise 104,0 Mio. EUR (Vorjahr: –153,2 Mio. EUR) auf 2.041,3 Mio. EUR (Vorjahr: 2.145,3 Mio. EUR) gesunken. Der Rückgang liegt dabei insbesondere in einer Abnahme der Aufwendungen für Strombezug (–67,5 Mio. EUR) sowie für Gasbezug (–57,2 Mio. EUR) begründet, der teilweise durch eine Zunahme der Kosten für die Kohlebeschaffung (+12,8 Mio. EUR) kompensiert wurde. Die gesunkenen Strombezugsaufwendungen sind im Wesentlichen auf eine mengen- und preisbedingte Abnahme der Aufwendungen aus Stromhandelsgeschäften um 90,2 Mio. EUR auf 325,2 Mio. EUR (Vorjahr: 415,4 Mio. EUR), gesunkene Strombezugskosten von Gemeinschaftskraftwerken (–41,6 Mio. EUR) sowie gesunkenen Aufwendungen aus den zur Absicherung der Commodity-Risiken eingesetzten Stromderivate (–20,2 Mio. EUR) zurückzuführen, die durch gestiegene EEG-Ausgleichszahlungen (+45,0 Mio. EUR) sowie höhere Aufwendungen für Emissionszertifikate (+44,1 Mio. EUR) teilweise kompensiert wurden. Der Rückgang der Gasbezugsaufwendungen ist im Wesentlichen preisbedingt. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Bezugskosten aufgrund langfristiger Vertragsverpflichtungen um 32,0 Mio. EUR und die Gashandelsaufwendungen um 16,1 Mio. EUR. Die Wärmebezugskosten sind um 2,9 Mio. EUR auf 23,6 Mio. EUR (Vorjahr: 26,5 Mio. EUR) gesunken. Der Wasserbezug ist aufgrund der überwiegenden Eigenerzeugung weiterhin von untergeordneter Bedeutung (2,0 Mio. EUR; Vorjahr: 1,8 Mio. EUR).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von insgesamt 277,8 Mio. EUR betreffen mit 249,3 Mio. EUR (Vorjahr: 235,8 Mio. EUR) insbesondere die an die Netzbetreiber zu zahlenden Netznutzungsentgelte. Dabei sind die an die eNG zu leistenden Netzentgelte für im Konzessionsgebiet versorgte Kunden mengenbedingt gesunken (160,2 Mio. EUR, Vorjahr: 171,6 Mio. EUR), während die Netznutzungsaufwendungen für außerhalb des Konzessionsgebietes versorgte Kunden mengenbedingt gestiegen sind (89,1 Mio. EUR, Vorjahr: 64,2 Mio. EUR).

Personalaufwand. Der Personalaufwand ist bei einer gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt deutlich gesunkenen Mitarbeiteranzahl (2.553; Vorjahr: 2.590) aufgrund tarifvertraglicher Entgelterhöhungen nur leicht auf 199,6 Mio. EUR gesunken (Vorjahr: 199,7 Mio. EUR).

Konzessionsabgabe. Die Konzessionsabgabenzahlungen an Städte und Gemeinden im SWH-Konzessionsgebiet entsprechen diesen Verpflichtungen zugrunde liegenden Absatz- beziehungsweise Umsatzentwicklungen. Sie wurden in voller Höhe erwirtschaftet und sind gegenüber dem Vorjahr trotz der warmen Witterung in Folge der Einführung der Konzessionsabgabe für Fernwärme leicht auf 40,9 Mio. EUR gestiegen (Vorjahr: 40,7 Mio. EUR).

Übrige betriebliche Aufwendungen. Der Rückgang der übrigen betrieblichen Aufwendungen um 3,0 Mio. EUR auf 70,4 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus geringeren Zuführungen zu Rückstellungen (–3,7 Mio. EUR).

Übrige betriebliche Erträge. Der Rückgang der übrigen betrieblichen Erträge um 32,3 Mio. EUR auf 131,7 Mio. EUR resultiert hauptsächlich aus gesunkenen Erträgen aus der Auflösung sowie dem Verbrauch von Rückstellungen (–15,5 Mio. EUR), gesunkenen Erträgen aus dem Abgang von Anlagevermögen (–8,5 Mio. EUR) sowie gesunkenen Pächterträgen (–3,7 Mio. EUR).

Abschreibungen. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sind mit 48,6 Mio. EUR (Vorjahr: 49,1 Mio. EUR) nahezu unverändert. Die Abschreibungen auf Finanzanlagen (21,0 Mio. EUR, Vorjahr: 22,2 Mio. EUR) betreffen eine Abschreibung auf die Beteiligung KWM in Höhe von 21,0 Mio. EUR (Vorjahr: 21,3 Mio. EUR). Diese spiegelt die schwierigen Marktbedingungen für die Stromerzeugung mit konventionellen Kraftwerken wider, wie den Vorrang der erneuerbaren Energieerzeugung im Rahmen der Energiewende und die Strompreisentwicklung an der Börse.

Beteiligungs- und Zinsergebnis. Das Beteiligungs- und Zinsergebnis ist insgesamt um 2,0 Mio. EUR (Vorjahr: +15,2 Mio. EUR) auf 26,2 Mio. EUR gesunken (Vorjahr: 28,2 Mio. EUR). Dabei haben sich das Beteiligungsergebnis und die Zinserträge aus Ausleihungen insgesamt um 5,9 Mio. EUR verschlechtert. Dies liegt vorrangig an gesunkenen Erträgen aus Wertpapieren (–5,0 Mio. EUR).

Nach Bedienung des Genussscheinkapitals in Höhe von 3,2 Mio. EUR (Vorjahr: 3,5 Mio. EUR) ergibt sich ein entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der VVG abzuführender Gewinn von 88,9 Mio. EUR (Vorjahr: 97,1 Mio. EUR). Wie im Vorjahr wird ein Betrag von 6,0 Mio. EUR zur Stärkung des Eigenkapitals in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

4.2 Finanzlage

4.2.1 Ziele und Grundsätze des Finanzmanagements

Das Finanzmanagement der SWH hat die langfristig stabile Unternehmensfinanzierung sowie die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität der operativen Geschäftstätigkeit bei möglichst geringen Kapitalkosten zum Ziel. Dabei werden ausgewogene Finanzierungsstrukturen sowie eine fristenkongruente Finanzierung des Vermögens angestrebt. Dem Finanzmanagement obliegen in diesem Zusammenhang auch die Sicherung der finanziellen Vermögensgegenstände und die Gewährleistung ausreichender Liquiditätsreserven. Unter Wahrung einer hohen Verlässlichkeit und Sicherheit soll gleichzeitig für die Finanzierung eine größtmögliche Flexibilität erreicht werden, um den Herausforderungen des energiepolitischen Umfelds gerecht werden zu können. Die Finanzierung über bilaterale Bankdarlehen und Schuldscheindarlehen stellt dabei die tragende Säule der Außenfinanzierung dar. Am Kapitalmarkt sind Genussscheine emittiert.

Nutzung derivativer Finanzinstrumente. Im operativen Geschäft werden derivative Finanzinstrumente ganz überwiegend zur Absicherung von künftigen Zahlungsströmen aus Grundgeschäften, beispielsweise aus Darlehen und Wareneinkäufen, genutzt. Für den Einsatz derivativer Sicherungsinstrumente existieren interne Richtlinien im Unternehmen.

Zinsrisiken im Zusammenhang mit verzinslichen und zinssensitiven Finanzpassiva werden im Rahmen eines Zinsrisikomanagements aktiv gesteuert und überwacht. Ziel ist es, negative Auswirkungen auf die Ertragslage aus Änderungen des Zinsniveaus weitestgehend zu minimieren. Zinsrisiken aus variabel verzinslichen Finanzverbindlichkeiten werden daher weitestgehend durch den Einsatz von Payer-Zinsswaps begrenzt, um die Planungssicherheit des Zinsergebnisses zu optimieren.

Währungsrisiken im Zusammenhang mit Kohlebeschaffungsgeschäften werden durch ein Währungsrisikomanagement gesteuert und überwacht, indem Devisentermingeschäfte abgeschlossen werden.

Eigenfinanzierung. Die Gewinnrücklagenzuführung ist für eine Stärkung der Eigenkapitalbasis – insbesondere im Zusammenhang mit den im Rahmen der Bankenfinanzierung vereinbarten Financial Covenants – von Bedeutung. Daher nutzt SWH in Abstimmung mit den Anteilseignern die Möglichkeit zur Einstellung von Beträgen in die Gewinnrücklagen, soweit dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist.

Grundsätzlich erfolgen alle Finanzierungsaktivitäten im Rahmen der unternehmensspezifischen Richtlinien. Diese bilden den Handlungsrahmen für das SWH-Finanzmanagement und entsprechen den Organisations- und Sorgfaltspflichten des Unternehmens.

4.2.2 Finanzwirtschaftliche Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr

Finanzierungsfazilitäten. Zur Deckung des Gesamtfinanzierungsbedarfs von SWH stehen grundsätzlich die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und externe Finanzierungsfazilitäten zur Verfügung. Das Innenfinanzierungspotenzial umfasste im Geschäftsjahr 2014 einen operativen Cashflow in Höhe von 156,9 Mio. EUR (Vorjahr: 223,0 Mio. EUR). Instrumente der Außenfinanzierung stellen im Wesentlichen Bankkredite, Schuldscheindarlehen, Gesellschafterdarlehen und kurzfristige Kreditlinien dar. Die im Zusammenhang mit der SWH-Wachstumsstrategie stehenden Investitionsprojekte – wie der Ausbau der Kraftwerkskapazitäten, die Erweiterung der Gasspeicherkaverne und insbesondere der 2009 vollzogene Anteilserwerb an der Thüga AG – sind über langfristige bilaterale Kredite und Schuldscheindarlehen finanziert.

Der Gesamtbestand an langfristigen Darlehen beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2014 655,4 Mio. EUR (Vorjahr: 674,2 Mio. EUR), davon sind 643,4 Mio. EUR (Vorjahr 647,2 Mio. EUR) auf 6-Monats-Euribor-Basis zu verzinsen. Die Darlehen sind damit zu 98,2 Prozent variabel verzinslich und zu 1,8 Prozent festverzinslich. Im Geschäftsjahr 2014 wurden im Saldo Tilgungen in Höhe von 18,9 Mio. EUR geleistet (Vorjahr: 56,0 Mio. EUR). Der Darlehensgesamtbestand hat eine durchschnittliche Restlaufzeit von 4,5 Jahren (Vorjahr: 5,5 Jahre).

Im Zusammenhang mit den Kreditverbindlichkeiten wurden mit den Kreditgebern Financial Covenants vereinbart. Diese umfassen insbesondere Finanzkennzahlen zur Eigenkapitalausstattung und Entschuldungsfähigkeit. Die mit den Kreditgebern vereinbarten Financial Covenants sind während des Geschäftsjahres jederzeit eingehalten worden.

Zinsentwicklung. Die langfristige Zinssicherung für die variabel verzinsten Darlehen erfolgt durch den Einsatz von Zinsswaps. Die zur Zinssicherung abgeschlossenen Swapverträge haben zum 31. Dezember 2014 ein Vertragsvolumen von 660,0 Mio. EUR (Vorjahr 700,0 Mio. EUR). Die durchschnittliche Restlaufzeit beträgt 11,4 Jahre (Vorjahr 12,1 Jahre). Der durchschnittliche Festzinssatz des Swap-Portfolios liegt bei 3,29 Prozent (Vorjahr 3,26 Prozent).

Liquiditätssteuerung. Für den kurzfristigen Liquiditätsbedarf sind schriftlich vereinbarte Kreditlinien in Höhe von wie im Vorjahr insgesamt 165,3 Mio. EUR eingeräumt worden. Daneben stehen bei Banken intern vorgemerkte Linien wie im Vorjahr über weitere 68,9 Mio. EUR zur Verfügung. Die Kreditlinien haben im Wesentlichen keine Laufzeitbegrenzung. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 wurden wie bereits im Vorjahr die Kreditlinien nicht in Anspruch genommen. Die üblichen saisonalen Liquiditätsschwankungen werden über kurzfristige Geldanlagen und -aufnahmen ausgeglichen. Dazu stehen zum Stichtag acht Bankpartner zur Verfügung.

Devisenhandel. Schwerpunkt des Devisenhandels war auch im Geschäftsjahr 2014 weiterhin die Absicherung der auf den internationalen Märkten beschafften Kraftwerkskohle. Das damit verbundene Währungsrisiko für die Geschäftsjahre 2015 bis 2018 wird durch Kurssicherungen mittels Devisentermingeschäften reduziert und aktiv gesteuert.

Nettoschulden. Das Net Debt ist zum 31. Dezember 2014 um 3,8 Mio. EUR gegenüber dem vorangegangenen Bilanzstichtag gestiegen. Der Anstieg resultiert aus einem deutlichen Rückgang des Bestands an liquiden Mitteln. Zur Steuerung der Finanzierungsaktivitäten wird im Unternehmen das Verhältnis von Net Debt zu EBITDA überwacht. In Folge des Anstiegs des Net Debt und eines Rückgangs des EBITDA ergibt sich zum Bilanzstichtag eine gestiegene Ratio in Höhe von 3,06.

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in Prozent
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	655.372	674.248	-18.876	-2,8
Liquide Mittel	29.363	51.994	-22.631	-43,5
Net Debt	626.008	622.254	3.754	0,6
EBITDA	204.266	218.396	-14.130	-6,5
Ratio Net Debt/EBITDA	3,06	2,85	0,21	7,4

Außerbilanzielle Verpflichtungen. Erläuterungen zu außerbilanziellen Verpflichtungen befinden sich im Anhang zu diesem Jahresabschluss. Im Vergleich zum Vorjahr sind keine wesentlichen neuen außerbilanziellen Verpflichtungen eingetreten. Ein erheblicher Einfluss auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft aus möglichen künftigen Auswirkungen aus den bestehenden Verpflichtungen wird dabei nicht erwartet.

Ausblick. Aufgabe des Finanzmanagements wird es in den nächsten Jahren weiterhin sein, die Finanzierungsstrukturen zu optimieren. Nach der konzentrierten Ausweitung des Kreditvolumens für diverse Wachstumsinvestitionen in den vergangenen Geschäftsjahren wird der Schwerpunkt zukünftig darauf liegen, bei Darlehensprolongationen und Anschlussfinanzierungen die Mittelbereitstellung weiterhin zu guten Konditionen zu sichern und die finanzielle Stabilität des Konzerns sicherzustellen.

4.2.3 Investitionen und Substanzerhaltung

SWH hat in diesem Geschäftsjahr Investitionen in Höhe von insgesamt 77,0 Mio. EUR getätigt (Vorjahr: 76,6 Mio. EUR), die sich hauptsächlich auf Sachanlagen (48,2 Mio. EUR) und Finanzanlagen (27,9 Mio. EUR) verteilen.

Finanzanlagen. Die Investitionen in das Finanzanlagevermögen in Höhe von insgesamt 27,9 Mio. EUR (Vorjahr: 28,1 Mio. EUR) betreffen mit 24,3 Mio. EUR im Wesentlichen die Vergabe von langfristigen Darlehen an GHG sowie Danpower zur Finanzierung von Investitionen. Die im Jahr 2014 durchgeführten Investitionen in das Finanzanlagevermögen liegen deutlich unter dem Planwert von etwa 44,5 Mio. EUR. Die Abweichung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass in 2014 keine geeigneten Investitionsmöglichkeiten für den weiteren Ausbau von Windkraft-Erzeugungskapazitäten bestanden.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände. Die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens für die Geschäftsjahre 2014 und 2013 verteilen sich auf die Geschäftsbereiche wie folgt:

in TEUR	Sachanlagen		Immaterielle Vermögensgegenstände		Gesamt		davon im Bereich Netze	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Strom	15.480,1	17.719,6	24,5	0,0	15.504,6	17.719,6	14.344,5	13.639,3
Gas	10.027,5	5.994,4	0,0	0,2	10.027,5	5.994,6	4.804,7	5.316,4
Wasser	8.186,8	9.375,2	0,0	0,0	8.186,8	9.375,2	6.043,3	7.169,3
Wärme	5.154,8	4.956,9	0,0	0,5	5.154,8	4.957,4	4.943,7	4.771,3
Unterstützende Prozesse/Services	9.400,6	8.595,4	787,9	1.890,2	10.188,5	10.485,6	211,2	258,4
Gesamt	48.249,8	46.641,5	812,4	1.890,9	49.062,2	48.532,4	30.347,4	31.154,7

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betreffen 2014 im Wesentlichen Verteilungsanlagen (22,7 Mio. EUR; Vorjahr: 15,5 Mio. EUR) sowie geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau (20,8 Mio. EUR; Vorjahr: 24,9 Mio. EUR). Im Bereich Strom entfallen die Investitionen des Geschäftsjahres im Wesentlichen auf Kabelnetze und Hausanschlüsse (9,3 Mio. EUR), im Bereich Gas auf die Modernisierung und Erweiterung des Gasspeichers in Empelde (4,5 Mio. EUR) sowie Rohrnetze und Hausanschlüsse (3,5 Mio. EUR). Im Geschäftsbereich Wasser wurde vorrangig in Versorgungsleitungen und Hausanschlüsse (5,7 Mio. EUR), im Geschäftsbereich Wärme in Versorgungs- und Anschlussleitungen (4,3 Mio. EUR) beziehungsweise in den unterstützenden Prozessen/Services in Software und Fernmeldekabel (6,8 Mio. EUR) investiert. Die im Geschäftsjahr tatsächlich durchgeführten Sachinvestitionen liegen um 1,0 Mio. EUR nur leicht unter dem geplanten Investitionsvolumen in Höhe von 50,1 Mio. EUR.

Getätigte Investitionen und Maßnahmen zur Substanzerhaltung im SWH-Netz. Die Länge des SWH-Stromleitungsnetzes erhöhte sich im Jahr 2014 durch technische Netzoptimierungen in der Stromversorgung um 4 Kilometer auf 6.851 Kilometer (Vorjahr: 6.847 Kilometer). Die Länge des SWH-Gasverteilnetzes beträgt 1.862 Kilometer, zuzüglich 984 Kilometer Hausanschlussleitungen. Das Transport- und Verteilnetz der SWH-Wasserversorgung, bestehend aus Zubringer-, Haupt- und Versorgungsleitungen, hatte zum Bilanzstichtag 2014 eine Gesamtlänge von 2.178 Kilometern (Vorjahr: 2.173 Kilometer), zuzüglich weiterer 1.264 Kilometer Hausanschlussleitungen (Vorjahr: 1.257 Kilometer). Die Länge des Leitungsnetzes der Fernwärmeversorgung beträgt 315 Kilometer (Vorjahr: 309 Kilometer).

Die Investitionen für Erneuerungsmaßnahmen basieren auf den alle drei Jahre überarbeiteten Instandhaltungskonzepten für die jeweiligen Energie- und Wassernetze. Diese enthalten unter anderem Aussagen über die Schadensentwicklung und die Substanzbewertung und zum mittelfristigen Ersatzbedarf auf der Basis von technischen Lebensdauerverteilungen. Bei dem derzeitigen kontrollierten moderaten Substanzverzehr kann weiterhin von einer befriedigenden Gesamtsituation mit einzelnen Problemfeldern ausgegangen werden.

Stromnetz. Im Geschäftsjahr 2014 wurden mit den sekundärtechnischen Anpassungs- und Erneuerungsarbeiten in den Umspannwerken Mehrum und Lahe begonnen. Es ist geplant diese Arbeiten in 2015 abzuschließen. In 2014 wurde mit den vorbereitenden Maßnahmen zur Erneuerung der 110-kV-Schaltanlage im Umspannwerk Bleichenstraße angefangen. Die Erneuerung des Umspannwerks wird bis Ende 2016 dauern. Die Errichtung der 110-kV-Leitungsverbindung zwischen dem UW Leinhausen und dem UW Linden wurde 2014 fristgerecht fertiggestellt und in Betrieb genommen. Insgesamt sollen mit diesen Maßnahmen sich die vorhandenen Netzengpässe im 110-kV-Netz weiter reduzieren.

Im Jahr 2014 wurde im Mittelspannungsnetz die Erneuerung der 10-kV-Schaltanlage in einem neuen Umspannwerksgebäude im Umspannwerk List fertiggestellt. Zugehörige kleinere Restarbeiten werden noch in 2015 durchgeführt. Die Leistungsanfragen im Mittelspannungsnetz konzentrierten sich 2014 zu großen Teilen auf die Stadtteile Bleichenstraße, Bult und Wülferode. Mit der Erneuerung von zwei Speisepunkten wurde 2014 begonnen. Diese Speisepunkte sollen in 2015 fertiggestellt werden. Zusätzlich wurden in 2014 die Prozesse und Maßnahmen zur Erneuerung von 1.000 Stationen in den nächsten zehn Jahren vorbereitet.

Gasnetz. Die Stilllegung aller unbehandelten Graugussleitungen wurde gemäß Abstimmung mit der niedersächsischen Energieaufsicht erfolgreich im Geschäftsjahr 2014 abgeschlossen. Die Schadensentwicklung ist weiterhin auf sehr niedrigem Niveau verblieben. Die Anzahl der Neuanschlüsse 2013 (431) und 2014 (443) liegt deutlich über der Anzahl der Neuanschlüsse in den Vorjahren (rund 300).

Wassernetz. Im Wassernetz wurde im Geschäftsjahr 2014 weiter an der Erneuerung besonders schadensanfälliger, nicht ausgekleideter Graugussleitungen gearbeitet. In diesem Zusammenhang wurden auch alte und ebenfalls schadensauffällige Grauguss- und Stahlhausanschlussleitungen und Hausanschlüsse mit verzinkten Teilen sowie die zugehörigen Armaturen ertüchtigt. Die Anzahl der Neuanschlüsse 2014 (721) lag noch einmal deutlich über der Anzahl der Neuanschlüsse in 2013 (677). Zur Vermeidung von hygienischen Problemen und zur Verbesserung der Druckfestigkeit wurde darüber hinaus weiter an der Sanierung der übergeordneten Netzinfrastruktur gearbeitet. Hier lag der Schwerpunkt nach wie vor auf den nördlichen Zubringerleitungen (Berkhof 2, Verbindungsleitung und Fuhrberg 2), für 2015 und die Folgejahre ist die weitere Fortführung geplant. Zur verbesserten Rohrnetzüberwachung und zur Reduzierung von Leckagemengen im Schadensfall wurde weiter am Projekt für fernverstellbare Armaturen auf den Zubringerleitungen gearbeitet. Zur Verbesserung der Drucksituation in der Druckzone Arnun wurde mit dem Neubau einer Druckerhöhungsanlage begonnen.

Fernwärmenetz. Der Substanzverzehr im Fernwärmenetz ist fast hälftig erreicht. In 2014 wurde ein Erneuerungsprojekt in der Laportestraße, Austausch von Winkelplattenkanal durch Kunststoffmantelrohr, durchgeführt. Der wesentliche Investitionsschwerpunkt liegt jedoch weiterhin in dem Ausbau und der Verdichtung des Netzes. 2014 wurde beispielsweise ein neues Versorgungsgebiet im Sahlkamp in Hannover erschlossen. Für das nächste Geschäftsjahr sind Neuanschlüsse und der Leitungsbau mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 4,6 Mio. EUR geplant.

4.2.4 Liquidität

Die Aufgliederung des Finanzbedarfs und dessen Deckung ergeben sich wie folgt:

	2014	2013
	in TEUR	in TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	156.856	222.991
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-54.935	-51.931
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-124.678	-148.723
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-22.757	22.337
Finanzmittelfonds am 01.01.	55.707	33.370
Finanzmittelfonds am 31.12.	32.950	55.707
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	31.12.2014	31.12.2013
Liquide Mittel	29.363	51.994
Wertpapiere des Umlaufvermögens	3.587	3.713
Finanzmittelfonds	32.950	55.707

Die Auszahlungen im Cashflow aus Investitionstätigkeit sind insgesamt gegenüber dem Vorjahr leicht um 3,0 Mio. EUR (Vorjahr: +44,6 Mio. EUR) gestiegen. Insgesamt wurden netto 6,9 Mio. EUR in das Finanzanlagevermögen (Vorjahr: 14,1 Mio. EUR) und 48,0 Mio. EUR in das übrige Anlagevermögen (Vorjahr: 37,8 Mio. EUR) investiert. Dabei haben sich die Mittelabflüsse für die üblichen Ersatzinvestitionen in das Sachanlagevermögen nur leicht um 1,6 Mio. EUR erhöht, während die Mittelzuflüsse aus dem Abgang um 9,7 Mio. EUR gesunken sind. Bei den Finanzanlageinvestitionen sind die Mittelzuflüsse aus dem Abgang von Finanzanlagen um 6,3 Mio. EUR gestiegen, was hauptsächlich auf die Rückzahlung von Darlehen an Konzerngesellschaften zurückzuführen ist.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit resultieren insbesondere aus Auszahlungen an die Anteilseigner und Genussscheininhaber in Höhe von 117,5 Mio. EUR (Vorjahr: 100,4 Mio. EUR) und aus der Tilgung von Krediten mit 18,9 Mio. EUR (Vorjahr: 56,0 Mio. EUR). Dem stehen Mittelzuflüsse aus erhaltenen Zuschüssen gegenüber.

Die Mittelabflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit konnten durch den geringeren Mittelzufluss des operativen Cashflows nicht vollständig gedeckt werden, sodass der Finanzmittelfonds um 22,8 Mio. EUR abgenommen hat.

Der operative Cashflow des Berichtsjahres war im Gegensatz zum Vorjahr kaum durch liquiditätswirksame Einzeleffekte beeinflusst. Im Vorjahr waren hingegen die Verpflichtungen aus der Leistungsabrechnung mit verbundenen Unternehmen stark gestiegen (+62,4 Mio. EUR).

4.3 Vermögenslage

Die Bilanzstruktur von SWH stellt sich wie folgt dar:

Bilanz (Kurzfassung)	2014	2013	Veränderung	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in Prozent
Anlagevermögen	1.285.667	1.299.796	-14.129	-1,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	8.753	9.315	-562	-6,0
Sachanlagen	413.554	413.746	-192	-0,0
Finanzanlagen	863.360	876.735	-13.375	-1,5
Umlaufvermögen inkl. RAP	277.540	377.516	-99.976	-26,5
Vorräte	69.112	78.040	-8.928	-11,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	172.275	239.356	-67.081	-28,0
Wertpapiere und flüssige Mittel	32.950	55.707	-22.757	-40,9
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	3.203	4.413	-1.210	-27,4
Bilanzsumme Aktiva	1.563.207	1.677.312	-114.105	-6,8
Eigenkapital	437.227	431.227	6.000	1,4
Zuschüsse	92.030	89.494	2.536	2,8
Rückstellungen	193.802	201.222	-7.420	-3,7
Verbindlichkeiten	838.255	953.401	-115.146	-12,1
Rechnungsabgrenzungsposten	1.893	1.968	-75	-3,8
Bilanzsumme Passiva	1.563.207	1.677.312	-114.105	-6,8

Aktiva. Das Anlagevermögen hat sich um 14,1 Mio. EUR (Vorjahr: -10,5 Mio. EUR) beziehungsweise 1,1 Prozent (Vorjahr: -0,8 Prozent) vermindert. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Verminderung der Finanzanlagen (-13,4 Mio. EUR). Hier wirkt sich die Wertminderungen bei der Beteiligung am KWM (-21,0 Mio. EUR) aus, der die Gewährung weiterer Ausleihungen (+4,0 Mio. EUR) sowie Investitionen in Wertpapiere (+2,8 Mio. EUR) entgegenstehen. Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind aufgrund der planmäßigen Abschreibungen leicht gesunken. Für Erläuterungen der Investitionen wird auf den Abschnitt „Investitionen und Substanzerhaltung“ verwiesen.

Das Umlaufvermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr um 100,0 Mio. EUR (Vorjahr: +22,0 Mio. EUR) beziehungsweise 26,5 Prozent (Vorjahr: +6,2 Prozent) gesunken. Dabei haben die Vorräte aufgrund preisbedingt geringerer Bestände an Emissionszertifikaten bei gestiegenen Gasbeständen um 8,9 Mio. EUR abgenommen. Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (-67,1 Mio. EUR) gingen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 33,7 Mio. EUR, verursacht durch witterungsbedingt geringere Forderungen aus dem Energieabsatz und höhere erhaltene Abschläge, zurück. Zudem sanken auch die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (-10,5 Mio. EUR) und die sonstigen Vermögensgegenstände (-17,2 Mio. EUR). Die Wertpapiere und flüssigen Mittel haben um 22,8 Mio. EUR abgenommen.

Der im Vergleich zur Abnahme des Anlagevermögens stärkere Rückgang des Umlaufvermögens führte zu einer Erhöhung der langfristigen Vermögensquote auf 82,2 Prozent.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstrukturanalyse	2014	2013	Veränderung
	in Prozent	in Prozent	in Prozent
Langfristige Vermögensquote	82,2	77,5	6,1
Eigenkapitalquote	28,0	25,7	8,8
Deckungsgrad für langfristiges Vermögen (Eigenkapital/langfristiges Vermögen)	34,0	33,2	2,5

Passiva. Das Eigenkapital hat sich durch die teilweise Einstellung des Jahresergebnisses 2014 in die Gewinnrücklagen um 6,0 Mio. EUR erhöht (Vorjahr: +6,0 Mio. EUR). Insgesamt hat sich die Eigenkapitalquote damit weiter auf 28,0 Prozent verbessert. Auch der Deckungsgrad für das langfristige Vermögen konnte durch die Zunahme des Eigenkapitals bei einem gleichzeitigen Rückgang des Anlagevermögens auf 34,0 Prozent gesteigert werden.

Die Verbindlichkeiten sind um insgesamt 115,1 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (Vorjahr: +21,7 Mio. EUR). Dieser Rückgang ist neben der weiteren Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-18,9 Mio. EUR; Vorjahr: -55,9 Mio. EUR) durch geringere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-21,0 Mio. EUR; Vorjahr: +11,0 Mio. EUR) sowie gesunkenen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (-53,6 Mio. EUR; Vorjahr: +62,8 Mio. EUR) verursacht. Bei letzteren wirken sich die gesunkenen Verpflichtungen aus den laufenden Leistungsbeziehungen zu den Tochterunternehmen und eine geringere noch abzuführende Gewinnabführung aus. Zudem sind die sonstigen Verbindlichkeiten (-21,8 Mio. EUR; Vorjahr: +3,6 Mio. EUR) hauptsächlich aufgrund geringerer noch abzuführender Energiesteuern gesunken. Von den Verbindlichkeiten sind 565,5 Mio. EUR (Vorjahr: 655,4 Mio. EUR) mittel- bis langfristig. Sie bestehen ausschließlich gegenüber Kreditinstituten und dienen der langfristigen Finanzierung der Investitionsprojekte.

Die Rückstellungen sind im Berichtsjahr um 7,4 Mio. EUR zurückgegangen (Vorjahr: -8,2 Mio. EUR). Ursache ist im Wesentlichen der planmäßige Abbau von Rückstellungen im Zusammenhang mit den bestehenden Altersteilzeitverträgen (-8,4 Mio. EUR). Die Rückstellungen sind in Höhe von 78,4 Mio. EUR mittel- bis langfristig (Vorjahr: 83,2 Mio. EUR).

Insgesamt verfügt SWH über eine solide Vermögens- und Kapitalstruktur. Das langfristig gebundene Vermögen war zu einem Drittel durch Eigenkapital gedeckt und dieser Deckungsgrad konnte im Berichtsjahr weiter gesteigert werden.

Für weitere Erläuterungen zur Vermögenslage wird auf den Anhang in diesem Abschluss verwiesen.

4.4 Gesamtaussage zur Lage

Wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung von SWH hatte in 2014 neben den Strom- und Gaspreisentwicklungen an der Börse, die sich deutlich auf die Handelsaktivitäten und die in diesem Zusammenhang erzielten Erlöse ausgewirkt haben, die historisch ungewöhnlich milde Witterung, die im Gas- sowie Wärmeabsatz im Kundengeschäft zu Erlösrückgängen geführt hat. Weiterhin negativ wirken sich die unter wirtschaftlichen Aspekten zunehmend rückläufigen Einlastungsmöglichkeiten konventioneller Kraftwerkskapazitäten aus. Da die Beschaffung größtenteils langfristig auf Terminmärkten abgesichert wird, können Preisrückgänge im laufenden Geschäftsjahr teilweise nicht ergebniswirksam genutzt werden. Unter den aufgezeigten Marktentwicklungen, insbesondere dem zunehmenden Einfluss der erneuerbaren Energieerzeugung, ist der Einsatz der konventionellen Kraftwerkskapazitäten von SWH nach wie vor schwierig und hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr eine weitere Abwertung der KWM-Beteiligung notwendig gemacht. Diese negativen Ergebniswirkungen konnten teilweise durch eine stabile Entwicklung des Beteiligungsergebnisses kompensiert werden.

Erfolgreiche Marktpositionierung. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr hat SWH im Tarifikundengeschäft unter einem starken Wettbewerbsdruck gestanden. SWH hat sich jedoch nach wie vor mit wettbewerbsfähigen Preisen auf einem guten bundesdurchschnittlichen Niveau im Vergleich zu ausgewählten relevanten Wettbewerbern weiter behaupten können. Insgesamt liegt der kumulierte Versorgerwechsel der Haushalte im Grundversorgungsgebiet für beide Marktsegmente deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, der bei Strom 36,0 Prozent und bei Gas 27,6 Prozent (beides Stand 30. September 2014) beträgt.

Stabile Gesamtentwicklung. Ohne Berücksichtigung einmaliger Sondereffekte weist das Geschäftsjahr 2014 trotz weiterhin schwieriger Marktbedingungen sowie der ungewöhnlich milden Witterungslage eine stabile Entwicklung auf Basis der strategischen Planung K2020 auf. Der Rohertrag konnte sogar gegenüber dem Vorjahr um 6,9 Prozent (Vorjahr: –11,1 Prozent) gesteigert werden. Sowohl das erzielte Jahresergebnis (98,1 Mio. EUR; Plan 2014: 98,0 Mio. EUR) als auch die Gewinnabführung an die Anteilseigner (88,9 Mio. EUR; Plan 2014: 83,9 Mio. EUR) liegen in Höhe der Planungen für das Geschäftsjahr 2014.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 2.367,2 Mio. EUR sind um 3,4 Prozent gesunken (Vorjahr: –7,2 Prozent), bei unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Sparten. Der größte Anteil an den Umsätzen entfällt dabei unverändert auf den Strom- und Gasbereich mit insgesamt 2.037,3 Mio. EUR. Die vergleichsweise zu den gesunkenen Umsätzen stärker gesunkenen Materialaufwendungen (–4,8 Prozent; Vorjahr: –6,7 Prozent) führen insgesamt zu einem gegenüber dem Vorjahr höheren Rohertrag in Höhe von 325,9 Mio. EUR (+6,9 Prozent; Vorjahr: –11,1 Prozent).

Bei einem nur leicht verbesserten Zinsergebnis (–31,3 Mio. EUR; Vorjahr: –35,2 Mio. EUR) ist das Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf die Genussscheine gegenüber dem Vorjahr ebenfalls gesunken und liegt um 8,0 Prozent unter dem Vorjahreswert.

EBIT. Das SWH-EBIT („Earnings before Interest and Taxes“ = Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsergebnis) ist gegenüber dem Vorjahr deutlich um 12,4 Mio. EUR beziehungsweise 8,5 Prozent auf 134,7 Mio. EUR (Vorjahr: 147,1 Mio. EUR) gesunken, liegt aber deutlich über dem geplanten EBIT von 129,1 Mio. EUR. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf über Plan liegende übrige betriebliche Erträge zurückzuführen, denen über Plan liegende Abschreibungen auf Finanzanlagen gegenüberstehen.

ROCE. Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2014 spiegelt sich in einem gegenüber dem Vorjahr gesunkenen ROCE (Return on Capital Employed) von 10,6 Prozent (Vorjahr: 11,2 Prozent) wider, der allerdings über Plan liegt (Plan 2014: 10,0 Prozent). Das durchschnittliche Capital Employed liegt dabei unter Vorjahresniveau (1.273,8 Mio. EUR; Vorjahr: 1.308,5 Mio. EUR).

5 Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2014 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen wir einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SWH erwarten.

6 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

6.1 Prognosebericht

6.1.1 Erwartete Umfeldentwicklung

Das ordnungspolitische, regulatorische und wirtschaftliche Umfeld der Energieversorgung ist weiter durch massive Umbrüche gekennzeichnet, was dazu führt, dass sich die weitere Entwicklung von Energieversorgungsunternehmen in instabilen Rahmenbedingungen vollziehen wird. Die sich aus den Umfeldbedingungen ergebenden Chancen und Risiken haben unmittelbar Einfluss auf die unternehmerische Entwicklung von SWH.

Allgemeine Wirtschaftslage. Die deutsche Wirtschaft steht zunehmend unter dem Einfluss einer konjunkturellen Abkühlung des europäischen und weltwirtschaftlichen Umfelds. Die weltwirtschaftliche Produktion wuchs mit einem unerwartet mäßigen Tempo, der Euroraum befindet sich in einer Schwächephase. Internationale Krisen trüben die wirtschaftlichen Aussichten zusätzlich ein. Die Binnennachfrage und die privaten Konsumausgaben stiegen nur mäßig, Unternehmensinvestitionen gingen zurück. Anzeichen dafür, dass sich die Investitionszurückhaltung kurzfristig legen wird, gibt es nicht. In ihrer Herbstprognose erwartet die deutsche Bundesregierung für das Jahr 2015 ein Wirtschaftswachstum von etwa 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Erwartete Preisentwicklungen auf den Energiemärkten. Die Preisprognosen erfolgen auf Basis bisher beobachteter Preisentwicklungen. Der extreme Ölpreisverfall im zweiten Halbjahr 2014 wurde bei unseren Erwartungen für das Ölpreisniveau in 2015 berücksichtigt. SWH erwartet daher für 2015 planerisch ein Ölpreisniveau, das dem Jahresdurchschnittswert für 2014 entspricht. Die Kohleeinsatzpreise werden aufgrund der vorlaufenden Kohlebeschaffung für 2015 planerisch leicht über dem Jahresdurchschnittswert 2014 hinterlegt. Ebenso wird beim Grenzübergangspreis für Erdgas für 2015 mit einem leichten Anstieg gegenüber 2014 gerechnet. Die Preise für CO₂-Zertifikate lagen in 2014 im Spotmarkt durchschnittlich über dem Vorjahresniveau. Für 2015 erwartet SWH gegenüber 2014 weiter steigende Preise für

CO₂-Zertifikate. Insgesamt werden sich jedoch einige der prognostizierten Preisentwicklungen aufgrund bereits durchgeführter vorlaufender Beschaffungen nicht vollumfänglich auf das Geschäftsergebnis von SWH auswirken.

Erwarteter Druck auf die Stromerzeugungsmargen. Der Ausbau der Erzeugung aus erneuerbaren Energien mit Einspeisevorrang in die Netze wird voraussichtlich weiterhin starken Druck auf die Großhandelsmarktpreise für Strom ausüben, was voraussichtlich zu einem weiteren Verharren der Stromerzeugungsmargen auf niedrigem Niveau führen wird. Eine wesentliche Ursache hierfür ist nach wie vor der Ausbau von Photovoltaikanlagen. Zudem verharren die Preise für CO₂-Zertifikate auf niedrigem Niveau, was insgesamt dazu führt, dass kohlebefeuerte Erzeugungseinheiten weiterhin angemessene Auslastungen und Erzeugungsvolumina aufweisen, jedoch spezifisch deutlich geringere Margen als in den Vorjahren erzielen. Gasbefeuerte Anlagen sind zurzeit stromseitig über weite Strecken nicht marktfähig.

Erwartete Auswirkungen des künftigen energiepolitischen Rahmens. Insgesamt ist ein Trend zur weiteren Regulierung des energiewirtschaftlichen Rahmens in der Politik erkennbar. Der mit der deutschen Energiewende geplante Umbau der Energieversorgung zieht nicht nur erhebliche Investitionserfordernisse in Erzeugungs- und Netzkapazitäten nach sich, sondern bringt auch zunehmende Anforderungen zur Wahrung der Systemstabilität und Versorgungssicherheit mit sich, denen mit immer neuen regulatorischen Eingriffen begegnet werden soll. Während der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung nach Prognosen des BDEW für 2014 im Vergleich zum Vorjahr auf rund 28 Prozent steigen könnte, hat sich die wirtschaftliche Tragfähigkeit konventioneller Stromerzeugungskapazitäten weiter vermindert, sodass mit zunehmenden Stilllegungen nicht mehr wirtschaftlicher vorwiegend älterer Kraftwerke mit schlechten Wirkungsgraden gerechnet werden muss. Die sich hieraus ergebende verminderte Systemstabilität zur Ausregelung von Erzeugungsschwankungen der erneuerbaren Erzeugung und zur Deckung von Bedarfsspitzen, beispielsweise während der Wintermonate, ist Gegenstand weiterer staatlicher Eingriffe in den Markt, indem Kraftwerksbetreiber systemrelevanter Kraftwerke weiterhin zur Bereitstellung unrentabler Kraftwerkskapazitäten verpflichtet sind, ohne hierfür gegebenenfalls angemessen entschädigt zu werden. Die BNetzA weitet damit ihre Regulierungsaktivitäten immer stärker auch auf die Erzeugung aus. Die Entwicklung des Ordnungsrahmens für die Stromerzeugung ist von substanzieller wirtschaftlicher Bedeutung für Energieversorgungsunternehmen und weiterhin von massiven Unsicherheiten geprägt.

6.1.2 Erwartete Entwicklung von SWH

Die folgenden Prognosen sind grundsätzlich Ungewissheiten und dem Risiko unterworfen, dass die tatsächliche Geschäftsentwicklung sowie die Ertrags- und Finanzlage von SWH im folgenden Geschäftsjahr von den prognostizierten Entwicklungen abweichen können. SWH wird auch im folgenden Geschäftsjahr an dem im Unternehmenskonzept K2020 aufgezeigten strategischen Unternehmensentwicklungsprozess festhalten und diesen durch operative Umsetzungsschritte weiter konkretisieren, um sich erfolgreich gegenüber den Herausforderungen von Wettbewerb, Regulierung und politischen Rahmenbedingungen zu positionieren.

Erwartete Entwicklung der Ertragslage pro Geschäftsfeld. SWH wird sich weiterhin an dem Ziel, nachhaltig profitabel auf Basis einer starken Position auf dem Heimatmarkt bundesweit zu den wichtigsten Marktteilnehmern der Querverbundunternehmen zu gehören, orientieren. Der Wettbewerbsdruck im Tarifikundengeschäft hält weiter unvermindert an. Gleichwohl soll der Marktanteil im Grundversorgungsgebiet mittels einer Haltestrategie weiterhin auf überdurchschnittlichem Niveau gehalten werden. Vertriebliche Aktivitäten außerhalb des Grundversorgungsgebietes sollen der Stabilisierung des Gesamtabsatzes und der Gesamtmargen dienen. Um den Verlust von Marktanteilen im Privatkundengeschäft teilweise zu kompensieren, hat der Vorstand der SWH im Oktober 2014 beschlossen, das Versorgungsgebiet von Hannover auf die Umlandgemeinden zu erweitern und ab Mitte Januar 2015 Strom- und Gasprodukte für Haushaltskunden in der Region Hannover anzubieten. Dabei sollen neue Formen der Kundenakquisition über Online-Kanäle erprobt werden.

Im **Strombereich** bleibt es Ziel von SWH, die Marktstellung auch im kommenden Geschäftsjahr nachhaltig zu festigen und auszubauen. Dafür soll weiterhin unter Ausnutzung des Marketing-Mix und der Stärkung der Kundenbindung dem Wettbewerb begegnet und ein überdurchschnittlich hoher Marktanteil gesichert werden. Vertriebsseitig wird für das Grundversorgungsgebiet mit einem Absatzzrückgang aufgrund von Kundenverlusten gerechnet. Außerhalb des Grundversorgungsgebietes wird eine Absatzausweitung aufgrund von Kundenzugewinnen erwartet, die den Absatzzrückgang im Grundversorgungsgebiet kompensiert. Dadurch werden insgesamt für das Folgejahr im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr leicht erhöhte Erlöse aus dem Stromabsatz an Endkunden erwartet. Daneben führen gestiegene Beschaffungsaufwendungen für den EEG-Bezug beziehungsweise steigende Netznutzungsentgelte, die margenneutral kundenseitig weitergegeben werden, zu einem Anstieg der Erlöse. Aus Energiehandelsgeschäften werden insgesamt aufgrund planerisch hinterlegter gesunkener Handelspreise rückläufige Umsatzerlöse erwartet. Insgesamt wird das Marktsegment Strom weiterhin durch den Marktdruck im Bereich der konventionellen Stromerzeugung geprägt sein.

SWH geht weiterhin davon aus, sich im Geschäftsbereich **Gas** hinsichtlich Preis und Produktqualität im Wettbewerb behaupten und Kundenverluste begrenzen zu können. Für das Geschäftsjahr 2015 wird im Grundversorgungsgebiet insgesamt unter Berücksichtigung des Temperatureffektes ein leicht gestiegener Absatz erwartet. Absatzmindernd wirken sich hier Effizienzsteigerungen auf der Kundenseite sowie Kundenverluste aus. Auch außerhalb des Grundversorgungsgebiets rechnet SWH mit einem temperaturbereinigt leicht steigenden Absatz. Auf Basis des geplanten Absatzes werden im Grundversorgungsgebiet jedoch preisbedingt gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr geringere Umsatzerlöse erwartet, außerhalb des Grundversorgungsgebiets wird mit steigenden Umsätzen gerechnet. Zusätzlich werden gegenüber dem vergangenen Geschäftsjahr leicht gestiegene Umsatzerlöse aus Gashandelsgeschäften erwartet.

Planerisch wird weiterhin ein Rückgang der **Wasser**absatzmengen unterstellt. Dem stehen unvermindert anwachsende Fixkostenbestandteile zur Aufrechterhaltung der Versorgungsstruktur gegenüber, was einen entsprechenden Margendruck ausübt. SWH ist weiterhin bestrebt, kostendeckende und angemessene Preise zu erzielen und dabei seine wettbewerbsfähige Preispositionierung im Vergleich zu anderen Großstädten möglichst zu erhalten.

Aufgrund kundenseitiger **Wärmeschutz**maßnahmen am Gebäudebestand wird grundsätzlich weiterhin ein rückläufiger Fernwärmeabsatz im Bestand für das folgende Jahr erwartet. Durch die Akquise von Neuanschlüssen entlang der bestehenden Fernwärmetrassen soll dieser Rückgang überkompensiert und damit der derzeitige 27-prozentige Marktanteil am Wärmemarkt Hannovers weiter ausgebaut werden. Im Fernwärmemarkt wird SWH daher auch im folgenden Geschäftsjahr die Bemühungen zu einem kontrollierten Ausbau und einer Verdichtung des Fernwärmenetzes weiterhin aktiv fortsetzen. Allerdings ist noch zu beobachten, inwieweit die in 2014 eingeführte Konzessionsabgabe, die in den Markt überwältigt wird, zu einer Beeinträchtigung hinsichtlich der geplanten Akquise von Neuanschlüssen beziehungsweise des Absatzes im Bestand führen wird.

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen	Wirtschaftsplan 2015 in Mio. EUR	Ist 2014 in Mio. EUR	Erwartete Entwicklungstendenz
Strom	1.471	1.340	moderater Anstieg
Gas	694	697	relativ konstant
Wasser	79	81	relativ konstant
Wärme	87	78	geringfügiger Anstieg
Dienstleistungen	109	171	moderater Rückgang
Gesamt	2.440	2.367	moderater Anstieg

Geplante Investitionen. Für das kommende Geschäftsjahr sind Sach- und Finanzanlageinvestitionen von preisgesteigert insgesamt etwa 87,9 Mio. EUR geplant. Die Sachinvestitionen liegen mit 62,6 Mio. EUR über den geplanten Abschreibungen und verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Geschäftsfelder:

Investitionen nach Geschäftsfeldern	Wirtschaftsplan 2015 in Mio. EUR	Ist 2014 in Mio. EUR	Erwartete Entwicklungstendenz
Strom	18,4	15,5	moderater Anstieg
Gas	6,4	10,0	moderater Rückgang
Wasser	9,1	8,2	relativ konstant
Wärme	13,6	5,2	deutlicher Anstieg
Unterstützende Prozesse/Services	15,1	10,2	deutlicher Anstieg
Gesamt	62,6	49,1	deutlicher Anstieg

Im Geschäftsfeld Strom ist ein Großteil des geplanten Investitionsvolumens für den Bereich der Verteilungsnetze vorgesehen, wobei Erneuerungen aufgrund eines langsam ansteigenden Störungsaufkommens insbesondere in den Niederspannungsnetzen erfolgen sollen. Die Investitionen im Gasbereich entfallen insbesondere auf die Wertschöpfungsstufe Verteilung, die bisher durch die planmäßig verlaufende Erneuerung beziehungsweise Stilllegung der Graugussleitungen

geprägt war. In 2015 erfolgt hier eine Umsteuerung der Ressourcen in eine verstärkte Instandhaltung und Erneuerung im Bereich der Gasdruckregelstationen. Im Bereich Wasser sind im Wesentlichen Erneuerungsmaßnahmen im Wassernetz vorgesehen. Im Geschäftsfeld Wärme sind im Wesentlichen Investitionen für die Errichtung einer „power-to-heat“ Anlage sowie eines Wärmespeichersystems geplant. Investitionen für die unterstützenden Prozesse und gemeinsamen Anlagen betreffen vorrangig den Bereich der Informationsverarbeitung, dabei insbesondere Projekte mit den Schwerpunkten Erfüllung gesetzlicher Vorgaben, Sicherstellung des laufenden Betriebes sowie zur Anpassung an Marktveränderungen.

Für 2015 sind zudem Investitionen mit einem Volumen von etwa 25,3 Mio. EUR für Finanzanlagen hauptsächlich zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und Effizienztechnologien sowie der Erdgasspeicherung vorgesehen.

Geplante Finanzierung. Die Investitionen und weiteren Aktivitäten sollen im Wesentlichen innenfinanziert werden. Die Innenfinanzierung soll insbesondere über betriebsgewöhnliche Abschreibungen auf Sachanlagen und darüber hinaus über Rücklagenbildung erfolgen. Die Außenfinanzierung wird im Wesentlichen durch Nettokreditaufnahmen in Höhe von insgesamt etwa 10,1 Mio. EUR getragen. Der planerische Darlehensbestand 2015 (31. Dezember 2015: 690,5 Mio. EUR) wird sich damit nicht wesentlich verändern.

Umwelt und Innovation. Der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird weiter planmäßig vorangetrieben. In 2015 können bereits rund 90 Prozent der SWH-Tarifikunden bilanziell mit regenerativ erzeugtem Strom aus dem Unternehmen zuzurechnenden Anlagen versorgt werden. SWH plant für das folgende Geschäftsjahr Investitionen zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und Effizienztechnologien in Höhe von etwa 22,8 Mio. EUR.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. SWH wird weiterhin an dem Vertrag zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung II festhalten. Eine adäquate Personalentwicklung und eine zunehmend über eine duale Ausbildung zielorientierte Qualifizierung bleiben auch künftig ebenso unerlässlich wie die weitere Förderung von Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch die Umsetzung von Konzepten zur Begegnung der Anforderungen aus einem steigenden Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen künftig an Bedeutung und werden zu neuen Ansätzen in der Personalentwicklung führen.

Erwartete Entwicklung der Ergebnisse aus Beteiligungen. Auf Grundlage aktueller Planungen der Beteiligungsgesellschaften sowie der jeweils vereinbarten Ziele werden für das kommende Geschäftsjahr Erträge aus Beteiligungen von rund 56,9 Mio. EUR, aufgrund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne von rund 9,3 Mio. EUR sowie Aufwendungen aus Verlustübernahmen von rund 16,1 Mio. EUR geplant. Die Erträge aus Beteiligungen resultieren dabei zu rund 84 Prozent aus der geplanten Dividende der Thüga. Den Aufwendungen aus Verlustübernahmen liegt im Wesentlichen ein geplanter Verlust der eNG von 15,5 Mio. EUR zugrunde. Die Verluste der eNG resultieren aus nicht von der BNetzA anerkannten Kosten im Bereich kalkulatorischer Kosten und sonstiger Kostenkürzungen.

Gesamtbeurteilung. Insgesamt wird damit gerechnet, dass der verschärfte Wettbewerb bei Strom und Gas sowie der Trend zur weiteren Regulierung des energiewirtschaftlichen Umfelds deutliche Auswirkungen auf die künftigen Unternehmensergebnisse im traditionellen Kerngeschäft haben werden. Wachstumsinvestitionen sollen diese Ergebnisbelastungen mittelfristig kompensieren. Die Ergebnisplanung ist daher weiterhin mit Markt- und Regulierungsrisiken behaftet. Die Anforderungen an eine Planerfüllung steigen insofern zunehmend. Für das Geschäftsjahr 2015 werden ein gegenüber dem vorangegangenen Geschäftsjahr gesunkenes Jahresergebnis in Höhe von etwa 88,4 Mio. EUR und ein niedrigerer ROCE in Höhe von 8,8 Prozent erwartet. Das planerische EBIT liegt für 2015 bei 118,1 Mio. EUR und damit ebenfalls unter dem Niveau des vorangegangenen Geschäftsjahres. Die Gewinnabführung wird voraussichtlich bei etwa 73,7 Mio. EUR und damit deutlich unter Vorjahresniveau liegen. Zur Kapitalerhaltung und Stützung der finanziellen Stabilität sollen aus dem Jahresergebnis planerisch 12,0 Mio. EUR den Gewinnrücklagen zugeführt werden. Herausfordernd bleibt auch für 2015 die Notwendigkeit vertriebsseitig die Margen zu stabilisieren, obgleich die Aufwendungen des Unternehmens für die Erfüllung von nicht wertschöpfenden Regulierungsanforderungen weiter steigen.

6.2 Risikobericht

6.2.1 Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem. Ein leistungsfähiges und dynamisches Risikomanagement ist für eine erfolgreiche Unternehmensführung von besonderer Bedeutung. Die Zielumsetzung, mit dem Anspruch einer kontinuierlichen Überprüfung und Anpassung der strategischen Ausrichtung, ist ein wesentlicher Bestandteil der Risikopolitik und gibt als Leitlinie den Rahmen für die operativen unternehmerischen Handlungen vor. Bei der SWH wird das Risikomanagement als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. Das Risikomanage-

mentssystem der SWH ist grundsätzlich an das COSO-Modell (Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission) im Sinne eines IKS (Internes Kontrollsystems) angelehnt.

Risikomanagementziele und -strategie. Zielsetzungen des Risikomanagements sind die Identifikation, Bewertung, Steuerung und Kontrolle von wesentlichen Risiken, die den Fortbestand oder das wirtschaftliche Ergebnis der SWH gefährden können. Unter dem Begriff Risiko werden alle unternehmensinternen und -externen Vorgänge verstanden, die eine Erreichung der geschäftlichen Ziele der SWH – wie beispielsweise hinsichtlich des Geschäftsergebnisses, Vermögens, der Gesetzeskonformität und Reputation – über definierte Grenzen hinaus negativ beeinflussen können.

Aufbauorganisation und Verantwortungsbereiche. Innerhalb der Fachbereiche liegt die zielgerichtete und ordnungsgemäße Ausgestaltung der laufenden Prozesse des Risikomanagements im Verantwortungs- und Ergebnisbereich der jeweiligen Fachbereichsleiter, wobei der inhaltliche Prozessablauf unternehmenseinheitlich vorgegeben ist. Risikomeldungen erfolgen an eine zentrale Risikomanagementfunktion, die auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems verantwortlich ist. Die Revisionsabteilung nimmt aufgrund ihrer Aufgabenwahrnehmung eine zentrale Stellung innerhalb des Risikomanagementsystems ein. Sie beurteilt das bestehende Risikomanagement der Fachbereiche durch regelmäßige Prüfungen auf Vollständigkeit, Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit und gibt Gestaltungsempfehlungen für die Optimierung. Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in der Verfahrensregelung Risikomanagement-Leitfaden eindeutig geregelt und festgelegt. In den Konzerngesellschaften tragen die Geschäftsleitungen die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement. Die Ausgestaltung in den jeweiligen Gesellschaften basiert dabei im Wesentlichen auf der Struktur des SWH-Risikomanagementsystems.

Prozess des Risikomanagements. Das Risikomanagement entspricht einem rollierenden Prozess, indem zukünftige risikobehaftete Entwicklungen frühestmöglich und fortlaufend identifiziert, analysiert, bewertet, überwacht und gesteuert werden.

Risikoidentifikation und -analyse. Strategische Risiken werden bereits frühzeitig identifiziert und in der Unternehmenskonzeption berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der jeweiligen Unternehmenssituation und im Vergleich mit relevanten Wettbewerbern – beispielsweise in Form eines Financial- und Prozessbenchmarking – werden die strategische Unternehmensausrichtung, die Strategien der Geschäftsfelder und die Ziele der Fachbereiche bestimmt. Im Rahmen einer jährlich im Zuge der operativen Planung stattfindenden Risikoinventur werden durch die Fachbereiche alle relevanten Risikopotenziale der SWH und des Umfelds mit einer Schadenshöhe über 0,15 Mio. EUR regelmäßig für die jeweiligen Funktionen und Geschäftsprozesse strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert und systemgestützt dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikokategorien umfassen regulatorische und finanzwirtschaftliche Risiken sowie Risiken in den Bereichen Organisation/Personal/IT, Produktion/Beschaffung/Handel, Absatz und Vertrieb sowie sonstige externe und interne Risiken. Zwischen den Zeitpunkten der Risikoinventur haben die Fachbereiche wesentliche Veränderungen der Risikosituation im Rahmen einer Ad-hoc-Risikoberichterstattung mitzuteilen.

Risikobewertung. Die Bruttobewertung der identifizierten Risiken erfolgt auf Grundlage der möglichen Schadenshöhen und der jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeit des betreffenden Risikos zunächst ohne Berücksichtigung bereits ergriffener risikosteuernder Maßnahmen. Die Risikoquantifizierung erfolgt möglichst objektiv und unternehmensweit einheitlich sowie konsistent durch die Anwendung definierter Messverfahren sowie Kennzahlen und berücksichtigt mögliche Interdependenzen zwischen den einzelnen Risikoarten.

Risikosteuerung. Die bewerteten Risiken werden anhand ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit in einer Risikomatrix zusammengefasst. Anhand dieser Risikomatrix lässt sich ein eventueller Handlungsbedarf ableiten. Wesentliche Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit oder Schadenshöhe, sogenannte A-Risiken, werden durch operative Maßnahmen begrenzt. Gegenstand und Ziel der Risikosteuerung ist die gezielte und aktive Kontrolle sowie Beeinflussung der identifizierten und bewerteten wesentlichen Risiken einschließlich der damit verbundenen Verlustpotenziale. Die Steuerungsmaßnahmen zielen auf die Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit beziehungsweise auf eine Begrenzung des Schadenspotenzials ab.

Risikoüberwachung. Gegenstand der Risikoüberwachung ist die Kontrolle der zur Risikosteuerung ergriffenen Maßnahmen sowie die Beobachtung der akzeptierten Risiken. Die Früherkennung von Risiken ist ein wesentlicher Bestandteil des SWH-Risikomanagementsystems. Durch ein Frühwarnsystem soll sichergestellt werden, dass mögliche negative Entwicklungen der SWH frühzeitig erkannt und erforderliche Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können. Für jedes wesentliche Risiko werden hierfür eindeutige Verantwortlichkeiten der Überwachungsträger festgelegt und Frühwarnindikatoren definiert. Wesentliche Risiken entsprechen dabei gemäß den festgelegten Wertgrenzen sogenannten A-Risiken. Die A-Risiken umfassen Einzelrisiken mit einer Schadenshöhe ab 7,5 Mio. EUR beziehungsweise ab 3,0 Mio. EUR und

einer Eintrittswahrscheinlichkeit von mindestens 50 Prozent beziehungsweise Risiken mit einer Schadenshöhe ab 0,5 Mio. EUR und einer Eintrittswahrscheinlichkeit ab 75 Prozent. Frühwarnindikatoren umfassen beispielsweise Wettbewerbsrisiken wie Umsatzrückgänge bei Key Account-Kunden, Beschaffungsrisiken in Form von Preissteigerungen der Primärenergieträger und Ausfallrisiken hinsichtlich der Erzeugungs- beziehungsweise Speicherkapazitäten oder IT-Systeme. Für jeden Frühwarnindikator werden konkrete Warn- beziehungsweise Schwellenwerte bestimmt, die bei Erreichen festgelegte Aktivitäten durch den Überwachungsträger, unter anderem die Berichterstattung, auslösen. Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden unverzüglich an den Vorstand berichtet. Bei Risikoeintritt werden definierte Maßnahmen zur Risikobewältigung und -minimierung ergriffen.

Risikokommunikation. Durch eine angemessene Risikokommunikation wird sichergestellt, dass wesentliche Risikoinformationen den relevanten Stellen im Unternehmen frühzeitig zugänglich gemacht werden. Die im Rahmen der jährlichen Risikoinventur seitens der Fachbereiche identifizierten Risiken mit einem Nettowert ab 0,15 Mio. EUR werden zeitnah an die zentrale Risikomanagementfunktion gemeldet. In Verantwortung der zentralen Risikomanagementfunktion wird eine Gesamtrisikoubersicht erstellt. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch die zentrale Risikomanagementfunktion an den SWH-Vorstand. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird der Vorstand unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

Überwachung von Risiken im Energiehandel. Der Energiehandel dient der wirtschaftlichen Optimierung des Energieportfolios bei der SWH und verfolgt primär das Ziel, Ergebnisrisiken aus Preisschwankungen auf Energiemärkten einzugrenzen und die Beschaffungspreise zu optimieren. Für die Überwachung der mit den Handelstätigkeiten verbundenen Risiken, insbesondere Marktpreis- und Kontrahentenrisiken, ist ein Risikomanagementsystem implementiert.

Die Ausgestaltung des Risikomanagements im SWH-Energiehandel ist weitestgehend an den für deutsche Kreditinstitute verbindlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ausgerichtet. Organisatorische Rahmenbedingungen und Verantwortlichkeiten sind in einer Energiehandelsrichtlinie dokumentiert.

Die organisatorische Einbindung der Risikomanagementfunktionen erfolgt entsprechend den Anforderungen nach Funktionstrennung und Unabhängigkeit der Kontrollinstitutionen in getrennten Bereichen des Energiehandels und im Risikocontrolling. Zusätzlich ist ein Risikokomitee organisatorisch fest verankert.

Die Einhaltung der Regelungen, die den Energiehandel betreffen, wird mindestens einmal jährlich risikoorientiert in wesentlichen Prüffeldern durch die Revisionsabteilung geprüft. Zusätzlich wurden in 2014 die Energiehandelsprozesse unter Risikoaspekten durch KPMG geprüft und als branchenüblich eingestuft.

Interne Revision. Die prozessunabhängige Überprüfung des Risikomanagementsystems erfolgt in regelmäßigen Abständen durch die Revisionsabteilung. Für das Geschäftsjahr 2014 lagen die Prüfungsschwerpunkte der internen Revision bei der Beteiligung GHG und im Bereich der Hauptabteilung Beschaffung und Handel. Im Jahr 2012 wurde die Wirksamkeit der internen Revision durch KPMG geprüft und als insgesamt angemessen eingestuft. Die Prüfung der Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen erfolgte in 2014 im Rahmen einer Nachschauprüfung.

Überwachung durch den Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hat gemäß § 107 Absatz 3 Satz 2 AktG unter anderem die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems zu überwachen. Der Finanz- und Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats befasst sich in seinen Sitzungen unter anderem auch mit der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems. Der Vorstand berichtet turnusgemäß und auf Anfrage über die Risiken. Dabei wird erläutert, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Risiken zu überwachen und zu steuern. Ebenso wird Auskunft bezüglich der Angemessenheit und Funktionsfähigkeit erteilt.

6.2.2 Risiken

Gesamtbild der Risikolage. Die Risikoinventur für das Geschäftsjahr 2015 zeigt eine leicht verringerte Risikolage für die SWH auf. Langfristig ableitbare Risikopotenziale wurden verifiziert und bewertet in die Risikoinventur eingebracht. Die Risikobewertung erfolgte dabei insbesondere im Hinblick auf die Ergebnisbeiträge von Beteiligungen, die finanzielle Stabilität und Margenentwicklung in den Bereichen Strom und Gas sowie Regulierungsrisiken. Die erwartete unternehmensseitige Nettoschadenshöhe über alle identifizierten Risikopositionen für 2015 ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa rund 8 Prozent gesunken. Dies resultiert insbesondere aus den Risikokategorien Finanzwirtschaftliche Risiken sowie Absatz und Vertrieb. Insgesamt entsprechen alle Risiken unter Zugrundelegung der korrespondierenden Eintrittswahrscheinlichkeiten einem Verlustpotenzial von etwa 6 Prozent des bilanziellen Eigenkapitals.

Wesentliche Risiken. Das Risikoportfolio 2015 umfasst insgesamt 87 Einzelrisiken, darunter 7 wesentliche Risiken – sogenannte A-Risiken – und 80 B-Risiken (Vorjahr: 10 A-Risiken, 82 B-Risiken). Die A-Risiken stehen insbesondere im Zusammenhang mit einer Beteiligungsabwertung zur Beteiligung am KWM, Veränderung der Finanzmarktrichtlinie (MiFID II) und der damit einhergehenden Eigenkapitaldeckung, der Insolvenz von Handelspartnern, einem Ausfall von Versorgungsleitungen und Nichteinhaltung der Covenants in Kreditverträgen mit einem Zinsaufschlagsrisiko. Ein Risikoausgleich erfolgt unter anderem durch vorbeugende Preisabsicherungen, Instandhaltungs-, Überwachungs-, Versicherungs- und Störfallkonzepte, den Bau dezentraler Einspeiser und Ersatzteilverhaltungen. Im Energiehandel ist ein operativ geprägtes Risikocontrolling eingerichtet. Zur Risikokompensation erfolgen fortlaufende Handelsüberwachungen.

Die Nettoschadenshöhe der A-Risiken ist im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 12,0 Mio. EUR auf etwa 99,0 Mio. EUR gesunken. Unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten sind aus diesen Risiken potenzielle Belastungen in Höhe von 9,0 Mio. EUR möglich. Für diese Risiken ist ein Frühwarnsystem mit Indikatoren, Schwellwerten und Überwachungsträgern definiert.

Bei den 80 B-Risiken liegt das mögliche Schadenspotenzial bei rund 131 Mio. EUR; unter Zugrundelegung der korrespondierenden Eintrittswahrscheinlichkeiten bei rund 17 Mio. EUR.

Für die in den unternehmensinternen Risikokategorien erfassten Risikopositionen können die erwarteten Eintrittswahrscheinlichkeiten und Nettoschadenshöhen wie folgt zusammengefasst werden:

Risikokategorie	Eintrittswahrscheinlichkeit	Nettoschadenshöhe
Produktion/Beschaffung/Handel	mittel	mittel/hoch
Absatz und Vertrieb	mittel	mittel
Finanzwirtschaftliche Risiken	mittel	mittel/hoch
Regulatorische Risiken	gering	gering
Organisation/Personal/IT	mittel	mittel
Sonstige externe Risiken	gering	mittel
Sonstige interne Risiken	gering	gering

Produktion, Beschaffung und Handel. Diese Risikokategorie stellt einen Anteil von etwa 25 Prozent der möglichen gesamten Nettoschadenshöhe dar und beinhaltet grundsätzlich sämtliche Verlustgefahren, die während der Bereitstellung der Produktionsfaktoren bis zu deren Einsatz entstehen können. Im Produktionsbereich bestehen allgemein Betriebsrisiken in Bezug auf Anlagen zur Erzeugung, Förderung, Speicherung und Verteilung, die sich aus Betriebsunterbrechungen aufgrund von Ausfällen oder Betriebsstörungen ergeben und die Ertragslage belasten können. Diese allgemeinen Betriebsrisiken sind grundsätzlich mit niedrigen Eintrittswahrscheinlichkeiten eingestuft. Eine Risikosteuerung erfolgt durch langfristige Instandhaltungskonzepte, den Einsatz qualifizierten Personals und der Eindeckung von Versicherungsleistungen. Vermögensrisiken sind ausreichend abgesichert.

Beschaffungsrisiken können generell die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten, Risiken aus langfristigen Einkaufsverträgen und Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten umfassen. Das Preisrisiko im Hinblick auf den Kohle- sowie CO₂-Bedarf wird durch Einkaufsstrategien sowie die Absicherung des Währungsrisikos gesteuert. Für die Beschaffung von Kraftwerksgas besteht unter anderem ein mittelfristiger Gasbezugsvertrag mit Preisgleitklauseln. Das Management von Preisrisiken ist in die Prozesse der Kraftwerkseinlastungsentscheidungen integriert.

Das Handelsrisiko umfasst unerwartete Preis- oder Mengenänderungen im Bereich des Energiehandels, die eine negative Ergebniswirkung nach sich ziehen können. Zudem besteht die Gefahr des Ausfalls von Handelspartnern beziehungsweise von Forderungen gegenüber Handelspartnern. Beim Energiehandel werden zur Absicherung von Preisrisiken Finanzderivate eingesetzt. Der Energiehandel ist grundsätzlich bestrebt, Optimierungspotenziale bei der langfristigen Gasbeschaffung mit Bezugs- und Vermarktungsmöglichkeiten am Großhandelsmarkt und dem kombinierten Einsatz des Kavernenspeichers zu nutzen. Für weitere Informationen im Hinblick auf die Risikosteuerung im Energiehandel wird auf die Ausführungen zur Überwachung von Risiken im Energiehandel im Rahmen der Darstellung des SWH-Risikomanagementsystems verwiesen. Der Ergebnisbeitrag des Energiehandels könnte durch die Veränderung der Finanzmarktrichtlinie und eine damit einhergehende Ausweitung der Eigenkapitalunterlegungsvorschriften negativ beeinflusst werden.

Absatz und Vertrieb. Die Risikokategorie Absatz und Vertrieb beinhaltet Risiken, die sich auf die Veräußerung von Produkten und Dienstleistungen beziehen. Dies beinhaltet unter anderem Erfüllungs-, Verkaufs-, Lager-, Abnahme-, Zahlungs- sowie Produkthaftungs- und Wettbewerbsrisiken. Durch die zunehmende Wettbewerbsintensität besteht das Risiko von Absatz- und Marktanteilsverlusten mit einhergehenden Deckungsbeitragseinbußen. Trotz zahlreicher Wettbewerber im Marktgebiet Hannover wird mit attraktiven Produkten und marktgerechten Preisen die Marktpositionierung überdurchschnittlich gut behauptet. Durch eine stärkere Zielgruppenorientierung und den Ausbau der Aktivitäten außerhalb des Grundversorgungsgebietes im Rahmen der SWH-Wachstumsstrategie sollen auch in Zukunft Kunden erfolgreich akquiriert werden. Der Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung von neuen, innovativen Angeboten, um der intensiven Wettbewerbslage zu begegnen. Zur Unterstützung dieser Strategie erfolgen der Ausbau von Gasspeicherkapazitäten und eine Intensivierung der Gashandelsgeschäfte. Vor dem Hintergrund einer von allen Seiten geforderten Versorgungssicherheit sind Gasspeicher unabdingbar und ein wichtiges strategisches Instrument. Mit der Erweiterung der Erdgasspeicher kann die hohe Versorgungssicherheit für Hannover gestärkt werden.

Darüber hinaus sind Absatzzrückgänge im Wärmebereich zu erwarten, die durch eine Verdichtung des Fernwärmenetzes ausgeglichen werden sollen. Für weitere Einzelheiten wird auf die korrespondierenden Ausführungen zur SWH-Unternehmensstrategie in diesem Lagebericht verwiesen. Weitere Risikofelder umfassen Risiken aus Zahlungsausfällen und verzögerten IT-Entwicklungen. Im Hinblick auf energiewirtschaftliche IT-Systeme bestehen Anforderungen auf Seiten des Gesetzgebers und der Marktpartner. Die Zahlungsausfälle bewegen sich auf einem branchenüblichen Niveau. Formal besteht abgeleitet aus den erlassenen EuGH-/BGH-Gerichtsurteilen ein mögliches Risiko zur Nichtigkeit von Verträgen und letzten Preismaßnahmen. Durch entsprechende Vertragsvereinbarungen ist die Eintrittswahrscheinlichkeit reduziert aufgenommen.

Finanzwirtschaftliche Risiken. Die Risikokategorie „Finanzwirtschaftliche Risiken“ macht den höchsten Anteil von rund 34 Prozent der möglichen Nettoschadenshöhe über alle Risikopositionen aus. Finanzwirtschaftliche Risiken können die finanzielle Situation der SWH negativ beeinflussen, wie beispielsweise Marktpreis-, Kredit- und Liquiditätsrisiken. Finanzwirtschaftliche Risiken bestehen mehrheitlich mit mittleren Eintrittswahrscheinlichkeiten und umfassen Risiken, die das Zins- und Devisenmanagement, die Kapitalanlage und den Zahlungsverkehr betreffen. Zur Steuerung von Zinsrisiken und zur Zinsoptimierung werden Zinsswap- und Zinsswapoptionsgeschäfte eingesetzt. Währungsrisiken werden durch Devisentermingeschäfte abgesichert. Alle getätigten Geschäfte unterliegen einer kontinuierlichen Überwachung. Des Weiteren können sich für die SWH Risiken aus der Nichteinhaltung der Financial Covenants im Zusammenhang mit den Kreditverbindlichkeiten ergeben. Diese limitieren entweder das Kreditvolumen, die Bindungsdauer oder beeinflussen Zinsaufwendungen. Zur Anwendung kommen Eigenkapitalquoten und Größen zur Entschuldigbarkeit. Für weiterführende Angaben wird auf den Anhang in diesem Abschluss verwiesen. Außerdem sind in diesem Risikobereich finanzielle Auswirkungen auf das Unternehmensergebnis durch beispielsweise Streik, Pandemie, schwebende Verfahren und mögliche Abweichungen bei Beteiligungsergebnissen abgebildet. Letztgenannte Risiken bestehen mit geringen Eintrittswahrscheinlichkeiten.

Regulatorische Risiken. Die Risikokategorie der regulatorischen Risiken umfasst grundsätzlich kartell-, patent-, bilanz- und steuerrechtliche Risiken, Genehmigungsverfahren und gesetzliche Auflagen sowie Umweltschutzbestimmungen. Aufgrund kartellrechtlicher Prüfungen und Feststellungen bestehen Preisrisiken. SWH ist grundsätzlich bestrebt, diesen Preisrisiken durch ausreichende Nachweisführungen und eine angemessene Preisausgestaltung entgegenzuwirken. Zudem bestehen Ergebnisrisiken im Zusammenhang mit der Anreizregulierung der Netze. Trotz der Festlegung von Erlösobergrenzen bestehen Erfordernisse, die genehmigten Ansätze zu verteidigen.

Organisation, Personal und IT. In dieser Risikokategorie werden sämtliche Risiken zusammengefasst, die ihren Ursprung in den Bereichen Personal oder IT haben, oder die in der Organisationsstruktur des Unternehmens begründet sind. Der Wettbewerb um qualifiziertes Personal ist im Zuge des demografischen Wandels intensiv. Die Attraktivität der SWH soll im Rahmen der Mitarbeiterakquise durch eine leistungsorientierte Vergütung, fortschrittliche Sozialleistungen, vielseitige Perspektiven sowie attraktive Fort- und Weiterbildungsangebote hervorgehoben werden.

Die Geschäftsprozesse werden durch effiziente Informationsverarbeitungssysteme unterstützt, die im Wesentlichen auf marktüblichen Standards basieren. Dennoch können Risiken bei der Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur und der Datensicherheit eintreten. Zur Risikosteuerung werden Maßnahmen wie regelmäßige Investitionen in Hard- und Software, hohe Sicherheitsstandards, eingeschränkte Zugangs- und Zugriffsberechtigungen sowie eine Sensibilisierung der Nutzer ergriffen. Risiken bei der Entwicklung von IT-Lösungen, die der Unterstützung der Geschäftsabläufe dienen, werden im Rahmen des Planungsprozesses und des Managements der IT-Projekte gesteuert.

Sonstige externe und interne Risiken. Der Kategorie der sonstigen externen Risiken sind Risiken aus veränderten externen Rahmenbedingungen, wie beispielsweise Umwelteinflüssen, Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Lage und des Marktumfelds, Naturkatastrophen oder terroristischen Anschlägen zuzuordnen. Beispiele für sonstige interne Risiken sind Sicherheitsrisiken und Risiken aufgrund menschlichen Versagens.

Im Hinblick auf wesentliche SWH-Beteiligungen bestehen die im Folgenden dargestellten Risiken:

Contracting. Im Wachstumsmarkt Contracting sind die drei Beteiligungsgesellschaften Danpower, eCG und EPL des SWH-Konzernverbands aktiv. Die Investitionsprojekte sind jeweils weitestgehend durch langfristige Wärmelieferverträge und die gesetzlichen Vergütungsregelungen des EEG und KWK-G gesichert. Risiken aus Betriebsunterbrechungen werden mit ordnungsgemäßer Wartung durch hochqualifiziertes Personal und mit Wartungsverträgen minimiert. Die Versorgung von EEG-Anlagen mit Einsatz- und Brennstoffen ist größtenteils durch langfristige Lieferverträge sichergestellt. Zukünftige Änderungen des EEG sowie KWK-G und andere gesetzliche Regelungen zu Energiesteuern und -einsparungen können für zukünftige Erzeugungsprojekte Risiken aufgrund veränderter Vergütungsregelungen bedeuten.

Beteiligungen. Das SWH-Beteiligungsportfolio wird durch ein eingerichtetes Beteiligungsmanagement im Rahmen einer turnusmäßigen Berichterstattung überwacht. Dabei werden Plan-Ist-Abweichungen, die negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, analysiert und gegebenenfalls Gegensteuerungsmaßnahmen erarbeitet. Des Weiteren werden insbesondere mit wesentlichen Beteiligungsgesellschaften in regelmäßigen Sitzungen die Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüsse und die Rentabilität größerer Investitionsvorhaben thematisiert. Zudem unterliegen die Buchwerte der Beteiligungsgesellschaften einer regelmäßigen Werthaltigkeitsprüfung. Im derzeitigen Marktumfeld in der Stromerzeugung ist insbesondere die Bewertung der Kraftwerksgesellschaft KWM intensiv zu beobachten.

Gesamtbeurteilung der Risikolage durch die Unternehmensleitung. Gegenwärtig wurden keine Risiken identifiziert, die in Anbetracht ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Auswirkungen weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Die Unternehmensleitung geht davon aus, dass die Ertragskraft des Unternehmens eine solide Basis für die künftige Geschäftsentwicklung bildet. Es wird davon ausgegangen, dass SWH den aufgezeigten Herausforderungen weiterhin erfolgreich begegnen kann.

6.3 Chancenbericht

6.3.1 Chancenmanagementsystem

Übersicht zum Chancenmanagementsystem. Wesentliche Chancen sind durch Sachverhalte gekennzeichnet, die eine signifikante positive Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaften beziehungsweise Segmente haben können. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen ergeben sich Chancen bei der regulatorischen Entwicklung. Außerdem kann sich die Entwicklung des Markts positiv auf SWH auswirken. Einflussfaktoren sind unter anderem die Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten und im Einzelhandel sowie die steigende Wechselbereitschaft der Kunden.

Damit die Chancen- und Risikoarbeit gelingt, muss sie ausgewogen behandelt werden. Das Management von Chancen und Risiken ist der Kern des planvollen unternehmerischen Handelns. Die strategische Umfeldanalyse mit dem Ergebnis einer Chancen- und Ergebnispotenzialübersicht zu den Wertschöpfungsbereichen findet rollierend bei SWH statt. Dabei werden Chancen für die gesamte Wertschöpfungskette des Unternehmens in einem dynamischen Prozess erarbeitet. Ziel ist es, diese frühzeitig zu erkennen, zu überwachen und entsprechend dem angestrebten Chancenprofil zu steuern.

6.3.2 Wesentliche Chancen

Produktion. Im Rahmen der operativen Geschäftstätigkeit ergeben sich für SWH Chancen in Verbindung mit einer positiven Entwicklung der Währungskurse und Marktpreise für die Commodities Strom, Gas, Kohle, Öl und CO₂. Durch ungewöhnlich kalte Wetterperioden – sehr niedrige Durchschnittstemperaturen beziehungsweise Temperaturspitzen – in den Herbst- und Wintermonaten können sich für SWH im Absatzbereich für Strom, Gas und Wärme aufgrund einer höheren Nachfrage Chancen ergeben.

Die flexible Steuerung der Stromerzeugung und der Möglichkeit einer Einsteuerung in höhere Preissegmente bietet eine Form der Ergebnisverbesserung. Geänderte Bedingungen bei der flexiblen Vermarktung von EEG-Anlagen und Regenergie insbesondere bei der Managementprämie und den Erlösen für die Direktvermarktung wirken sich auf das Gesamtsystem aus. Dies gilt auch für den Regenergiemarkt. Wesentliche Ergebnisrisiken bestehen bei Ausnutzung

der Beschaffungsoptimierungsmöglichkeiten der Kraftwerke mit Vermarktung der freien Kraftwerkskapazitäten auf höherer Preisbasis.

Beschaffung und Handel. Im Vordergrund stehen die Ausnutzung der Volatilitäten am Gasbeschaffungsmarkt im Sinne einer Beschaffungsoptimierung und verbesserten Bedingungen bei den Preisrevisionen der Langfristverträge. Bei der Beschaffung können durch die Implementierung einer 24/7-Handelsfunktion zusätzliche Vorteile im kurzfristigen Geschäft erwirtschaftet werden.

Absatz und Vertrieb. Der Vertrieb könnte durch die Erhöhung der Marktanteile im Grundversorgungsgebiet Hannover, beim Strom und Gas, durch Kundenrückgewinnung Ergebnispotenziale schaffen. Dieses könnte durch eine ansprechende Kundenzufriedenheit und Preismodelle erreicht werden. Ein Ausbau der Marktanteile außerhalb des Grundversorgungsgebietes, im Strom und Gas, durch Neugewinnung von Kunden durch einen zielgerichteten Marketing-Mix stellt neben Absatz- auch Ergebnisaspekte dar. Der Vertriebs Erfolg in Gas und Fernwärme bietet durch einen witterungsbedingten erhöhten Absatz eine Ergebnischance.

Contracting. Zukünftige Änderungen des EEG sowie KWKG und andere gesetzliche Regelungen zu Energiesteuern und -einsparungen können für zukünftige Erzeugungsprojekte Chancen aufgrund veränderter Vergütungsregelungen bedeuten. Derzeit sind die Wachstumschancen im Bereich Biogas und Biomasse aufgrund der EEG-Novelle 2014 auf die Übernahme von Bestandsgeschäften Dritter beschränkt. Der Aufbau von Geschäftsaktivitäten in den baltischen Staaten eröffnet neue Wachstumschancen.

Hannover, den 9. Februar 2015

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva in TEUR	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2013
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		8.753	9.315
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	40.153		40.346
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	12.805		11.655
3. Verteilungsanlagen	278.933		274.006
4. Technische Anlagen und Maschinen	40.527		40.762
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.812		9.558
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	33.324		37.419
		413.554	413.746
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	178.398		198.643
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	159.952		151.377
3. Beteiligungen	502.007		502.007
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.662		14.890
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	11.236		8.391
6. Sonstige Ausleihungen	1.105		1.427
		863.360	876.735
		1.285.667	1.299.796
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	33.968		52.312
2. Unfertige Leistungen	1.108		1.165
3. Waren	34.036		24.563
		69.112	78.040
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich erhaltene Anzahlungen	360.309		378.297
	-247.861		-232.149
	112.448		146.148
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	41.902		52.430
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.217		9.864
4. Sonstige Vermögensgegenstände	13.708		30.914
		172.275	239.356
III. Wertpapiere			
1. Eigene Genussscheine	3.587		3.587
2. Sonstige Wertpapiere	0		126
		3.587	3.713
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		29.363	51.994
		274.337	373.103
C. Rechnungsabgrenzungsposten		3.203	4.413
		1.563.207	1.677.312

Passiva in TEUR	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2013
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	86.000		86.000
II. Kapitalrücklage	78.535		78.535
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	267.579		261.579
IV. Genussscheinkapital	5.113		5.113
		437.227	431.227
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		10.069	9.199
C. Empfangene Baukostenzuschüsse		81.961	80.295
D. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.836		17.353
2. Steuerrückstellungen	0		0
3. Sonstige Rückstellungen	174.966		183.869
		193.802	201.222
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	655.372		674.248
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	63.860		84.818
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	37.724		91.359
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.910		11.753
5. Sonstige Verbindlichkeiten	69.389		91.223
davon aus Steuern: TEUR 3.190 (Vj.: TEUR 21.212)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 5 (Vj.: TEUR 5)			
		838.255	953.401
F. Rechnungsabgrenzungsposten		1.893	1.968
		1.563.207	1.677.312

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

in TEUR	2014	2013
1. Umsatzerlöse (brutto)	2.488.614	2.573.658
abzüglich Energiesteuer	-121.377	-123.442
	2.367.237	2.450.216
2. Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-57	-321
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	5.742	4.891
4. Sonstige betriebliche Erträge	125.909	159.061
	2.498.831	2.613.847
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.763.503	1.874.050
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	277.809	271.272
	2.041.312	2.145.322
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	159.930	158.906
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	39.684	40.841
	199.614	199.747
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	48.572	49.107
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Konzessionsabgabe	40.870	40.748
b) Andere	70.329	73.094
	111.199	113.842
	2.400.697	2.508.018
9. Betriebsergebnis	98.134	105.829
10. Erträge aus Beteiligungen		
davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 5.875 (Vj.: TEUR 4.961)	58.829	55.673
11. Auf Grund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne nach Abzug von Dividenden an außenstehende Gesellschafter TEUR 199 (Vj.: TEUR 199)	11.359	11.359
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 2.852 (Vj.: TEUR 2.881)	3.115	8.242
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 525 (Vj.: TEUR 634)	2.723	2.713
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	21.000	22.160
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	15.743	11.814
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: TEUR 22 (Vj.: TEUR 5)	34.035	37.943
	5.248	6.070
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	103.382	111.899
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.212	3.612
19. Sonstige Steuern	2.047	1.671
20. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	88.917	97.119
21. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital	9.206	9.497
22. Ausschüttung auf Genussscheinkapital	3.206	3.497
23. Jahresüberschuss	6.000	6.000
24. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	6.000	6.000
25. Bilanzgewinn	0	0

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Anhang für das Geschäftsjahr 2014

1 Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft (Stadtwerke Hannover AG) zum 31. Dezember 2014 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes sowie des Energiewirtschaftsgesetzes aufgestellt worden.

Im Geschäftsjahr erfolgte ein Börsensegmentwechsel der Genussscheine, sodass die Stadtwerke Hannover AG nicht mehr verpflichtet ist den Jahresabschluss nach dem Wertpapierhandelsgesetz aufzustellen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Ausweis in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung folgt den handelsrechtlichen Gliederungsvorschriften. Gemäß § 265 Abs. 5 HGB wurde eine weitere Untergliederung von Posten vorgenommen, indem branchenspezifische und sonstige Posten im Sinne einer erhöhten Klarheit und Übersichtlichkeit hinzugefügt wurden. Für empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse erfolgt ein passivischer Ausweis in gesonderten Posten.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden bei erstmaligem Ansatz zu ihren Anschaffungskosten bilanziert und entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern sind dabei branchenüblich. Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich ausschließlich um erworbene immaterielle Vermögensgegenstände.

Die **Sachanlagen** werden zu um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Die Herstellungskosten für eigene Leistungen umfassen neben den direkt zurechenbaren Einzelkosten auch angemessene Anteile der notwendigen Gemeinkosten. Von dem Wahlrecht einer Aktivierung direkt der Herstellung eines Vermögensgegenstandes zurechenbarer Fremdkapitalkosten wird kein Gebrauch gemacht.

Die planmäßigen Abschreibungen für unbewegliches Sachanlagevermögen erfolgen basierend auf den betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauern sofern zulässig degressiv und für das Zugangsjahr pro rata temporis. Grundstücke werden grundsätzlich nicht abgeschrieben, da sie eine unbegrenzte Nutzungsdauer aufweisen. Bewegliches Sachanlagevermögen wird degressiv pro rata temporis abgeschrieben. Sobald der lineare Abschreibungssatz den degressiven übersteigt, wird von der degressiven zur linearen Abschreibungsmethode gewechselt. Zugänge bei Verteilungsanlagen werden nach der in der Branche üblichen sogenannten Sammelpostenmethode bewertet. Die zugrunde gelegten betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauern entsprechen branchenüblichen Sätzen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit einem Anschaffungswert unter 410 Euro werden im Zugangsjahr in voller Höhe aufwandswirksam erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter, die in den Geschäftsjahren 2008 bis 2010 angeschafft worden sind und deren Anschaffungskosten zwischen 150 Euro und 1.000 Euro betragen haben, wurden nach der steuerlichen Sammelpostenmethode bewertet. Hierfür wurden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einem Sammelposten zusammengefasst und ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung gleichmäßig zu 20 Prozent abgeschrieben. Sie wird bis zur vollständigen Abschreibung für die betreffenden Vermögensgegenstände fortgeführt.

Unter den **Finanzanlagen** werden Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapiere zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden unabhängig davon vorgenommen, ob es sich voraussichtlich um eine dauernde oder vorübergehende Wertminderung handelt. Ausleihungen sind zu Nenn- beziehungsweise Barwerten bilanziert. Verzinsliche Ausleihungen

und niedrig verzinsliche Darlehen an Betriebsangehörige, die innerhalb der sonstigen Ausleihungen erfasst werden, werden zum Nennwert erfasst. Die übrigen niedrig verzinslichen Darlehen werden zum Barwert angesetzt.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sowie **Waren** werden zu durchschnittlichen Einstandspreisen (Bewertung zum gewogenen Durchschnitt) angesetzt und unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren Tageswert beziehungsweise dem bereits vereinbarten Veräußerungspreis am Bilanzstichtag bewertet. Bestandsrisiken in Verbindung mit der Umschlagshäufigkeit der Vorräte werden durch pauschale Abschläge auf die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten angemessen berücksichtigt. In der Vergangenheit gewährte Zuschüsse wurden aktivisch bei der Buchwertermittlung abgesetzt. Unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate werden bei der Erst- und Folgebewertung mit einem Erinnerungswert von einem Euro angesetzt. Die **unfertigen Leistungen** sind zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Teile der notwendigen Gemeinkosten bewertet, wobei Fremdkapitalkosten unberücksichtigt bleiben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten unter Berücksichtigung erkennbarer Einzelrisiken und allgemeiner Wagnisse bilanziert.

Die Bewertung der **eigenen Genussscheine und sonstigen Wertpapiere** des Umlaufvermögens erfolgt zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** sind zum Nennwert angesetzt.

Das **Eigenkapital** ist mit dem Nennwert angesetzt.

Empfangene Zuwendungen der öffentlichen Hand zur Anschaffung von Anlagegütern werden passivisch in einem **Sonderposten für Investitionszuschüsse** abgegrenzt. Während der Nutzungsdauer des entsprechenden Vermögensgegenstandes wird der Sonderposten auf einer planmäßigen Grundlage ertragswirksam aufgelöst (sonstige betriebliche Erträge). Nach den allgemeinen Versorgungsbedingungen **erhaltene Baukostenzuschüsse** werden analog bei Vereinbarung passiviert und konform zu den Nutzungsdauern der entsprechenden Aktivposten ertragswirksam aufgelöst (Umsatzerlöse). Die bis zum 31. Dezember 2002 empfangenen Baukostenzuschüsse werden zu fünf Prozent jährlich aufgelöst.

Die Bewertung von **Rückstellungen für Pensionen** basiert auf versicherungsmathematischen Gutachten unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und folgt dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Die in der Bilanz angesetzte Rückstellung entspricht dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung zum Bilanzstichtag unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Gehalts- und Rentensteigerungen. Für die Bewertung der Pensionsrückstellungen wurden ein Diskontierungszins von 4,55 Prozent p. a. (Vorjahr: 4,88 Prozent p. a.), eine erwartete prozentuale Gehaltssteigerung von 2,50 Prozent p. a. (Vorjahr: 2,50 Prozent p. a.) und zukünftige Rentensteigerungen von 2,00 Prozent p. a. (Vorjahr: 2,00 Prozent p. a.) zugrunde gelegt.

Die **sonstigen Rückstellungen** umfassen unter anderem Rückstellungen für die Verpflichtung zur Zahlung von Altersteilzeitleistungen. Die Altersteilzeitverhältnisse sind nach dem Blockmodell ausgestaltet. Für die Rückstellungsbewertung werden versicherungsmathematische Gutachten, welche auf den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck basieren, herangezogen. Dabei wird die Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur „Handelsrechtlichen Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen (IDW RS HFA 3)“ vom 19. Juni 2013 beachtet. Für die Bewertung der Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurden ein Diskontierungszins von 2,81 Prozent p. a. (Vorjahr: 3,34 Prozent p. a.) und eine erwartete prozentuale Gehaltssteigerung von 2,50 Prozent p. a. (Vorjahr: 2,50 Prozent p. a.) zugrunde gelegt.

Die übrigen sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages werden künftige Kostensteigerungen in Höhe von 1,50 Prozent (Vorjahr: 1,75 Prozent) berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem entsprechenden fristadäquaten Marktzinssatz diskontiert, der sich im Durchschnitt für die vorangegangenen sieben Geschäftsjahre ergeben hat (2,85 Prozent bis 4,67 Prozent). Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben.

Für die Verpflichtung zur Abgabe von Emissionsberechtigungen für getätigte Emissionen wird eine sonstige Rückstellung gebildet. Der Wertansatz der Verpflichtung ergibt sich im Wesentlichen aus dem Buchwert der im Bestand befindlichen Emissionsrechte. Die entsprechenden Aufwendungen aus der Bildung der Rückstellung werden im Materialaufwand erfasst.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet.

Derivative Finanzinstrumente werden im Wesentlichen zu Sicherungszwecken eingesetzt und dabei weitestgehend mit den jeweiligen Grundgeschäften zu Bewertungseinheiten bilanziell zusammengefasst, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der Bewertungseinheiten erfolgt dabei nach der Einfrierungsmethode. Demgemäß bleiben Wert- beziehungsweise Zahlungsstromänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft unberücksichtigt, soweit sie den effektiven Teil der Sicherungsbeziehung betreffen. Der ineffektive Teil wird gemäß dem Imparitätsprinzip als Rückstellung berücksichtigt, sofern dieser einem unrealisierten Verlust entspricht.

3 Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt. Hierfür verweisen wir auf die Anlage zu diesem Anhang.

Der Anteilsbesitz der Stadtwerke Hannover AG ist gemäß den Vorschriften des § 285 Nr. 11 HGB in der Anteilsbesitzliste im Abschnitt 3.5 „Sonstige Angaben“ dieses Anhangs aufgeführt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** ist der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten. Die in Abzug gebrachten erhaltenen Anzahlungen betreffen hauptsächlich eingegangene Teilbeträge auf den noch nicht abgelesenen und abgerechneten Energie- und Wasserverbrauch.

Die Mitzugehörigkeit der **Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen** zu anderen Posten der Bilanz stellt sich wie folgt dar:

Forderungen in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.937	-6.115	4.304	1.795
Forderungen aus Finanzierungsverkehr	36.991	58.323	-91	8.066
Forderungen aus Beteiligungserträgen	0	0	4	3
Forderungen aus Unternehmensverträgen	-3.026	222	0	0
Gesamt	41.902	52.430	4.217	9.864

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 86,0 Mio. EUR und ist eingeteilt in 17.200.000 Aktien im Nennwert von je 5,00 Euro, wovon die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) 12.914.742 Aktien hält.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage enthält den gesetzlichen Reservefonds in Höhe von unverändert 11,4 Mio. EUR.

Gewinnrücklagen

In die anderen Gewinnrücklagen wurde ein Betrag in Höhe von 6,0 Mio. EUR (Vorjahr: 6,0 Mio. EUR) aus dem Jahresüberschuss eingestellt.

Genussscheine

Die Genussscheine wurden im Geschäftsjahr 1990 mit einem Gesamtnennbetrag von 5.112.918,81 Euro (10,0 Mio. Deutsche Mark) emittiert und lauten auf den Inhaber. Die Stückelung beträgt 511.291.881 Stück über je 0,01 Euro Nennbetrag. Aufgrund des Börsensegmentwechsels im Geschäftsjahr 2014 werden die Genussscheine seit dem 2. Juni 2014 an der Mittelstandsbörse Deutschland (Freiverkehr), einem Handelssegment innerhalb des Freiverkehrs der Börsen Hamburg und Hannover, gehandelt. Vor dem Wechsel waren die Genussscheine an den Börsen Hannover, Frankfurt, Stuttgart, Hamburg und Düsseldorf zum Handel zugelassen. Das Unternehmen hält aktuell 39,4 Prozent der Genussscheine als eigene Wertpapiere. Auf die Genussscheine erfolgt eine jährliche Ausschüttung, die sich in Abhängigkeit von der Höhe des an die Muttergesellschaft abgeführten Gewinns und des gezeichneten Kapitals der Stadtwerke Hannover AG bemisst. Das Genussscheinkapital wurde insgesamt für das Geschäftsjahr 2014 in Höhe von 3,2 Mio. EUR verzinst (Vorjahr: 3,5 Mio. EUR). Die Laufzeit der Genussscheine ist unbefristet. Eine Kündigung durch den Inhaber ist erstmals mit Wirkung zum 31. Dezember 2015 möglich.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Personalrückstellungen (54,5 Mio. EUR; Vorjahr: 59,5 Mio. EUR), Rückstellungen für die Rehabilitierung von Netzen und sonstigen Anlagen (31,6 Mio. EUR; Vorjahr: 35,1 Mio. EUR), Rückstellungen für ausstehende Bezugsrechnungen (27,0 Mio. EUR; Vorjahr: 18,0 Mio. EUR) sowie Rückstellungen für drohende Verluste (12,1 Mio. EUR; Vorjahr: 18,0 Mio. EUR).

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten in TEUR	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	655.372	89.876	323.505	241.991
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	63.860	63.860	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	37.724	37.724	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.910	11.910	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	69.389	69.389	0	0
Gesamt	838.255	272.759	323.505	241.991

Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten aus Gewinnabführung	24.317	49.369	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.763	41.213	689	284
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsverkehr	-12.336	296	11.221	11.469
Verbindlichkeiten aus Verlustübernahme	1.980	481	0	0
Gesamt	37.724	91.359	11.910	11.753

Bewertungseinheiten

Die Stadtwerke Hannover AG setzen derivative Finanzinstrumente (Sicherungsinstrumente) zur Absicherung von zukünftigen Zahlungsströmen aus Darlehen und Wareneinkäufen (Grundgeschäfte) ein. Dafür werden als Sicherungsinstrumente Zinsswaps, Devisentermingeschäfte, CO₂-Zertifikateswaps, Kohleswaps und Ölswaps abgeschlossen. Zur Absicherung werden sowohl Mikro-, Macro- als auch Portfoliohedges gebildet. Ein dokumentiertes, angemessenes und funktionsfähiges internes Risikomanagement wurde eingerichtet. Die bilanzielle Abbildung der Bewertungseinheiten erfolgt anhand der Einfrierungsmethode.

Im Berichtsjahr wurden Darlehen in Höhe von 650,0 Mio. EUR durch Payer Swaps abgesichert und in Bewertungseinheiten einbezogen. Die aus den variablen Zinszahlungen der Darlehen resultierenden Zinsrisiken werden durch die zu erhaltenden variablen Zinszahlungen aus den Payer Swaps eliminiert. Der beizulegende Zeitwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Payer Swaps beträgt –146,0 Mio. EUR, die durch die Bildung der Bewertungseinheiten vermiedene Drohverlustrückstellung beträgt 136,5 Mio. EUR. Im Rahmen der Bildung der Bewertungseinheiten wurden negative Marktwerte von 9,2 Mio. EUR sowie 0,3 Mio. EUR aus Ineffektivität als Drohverlustrückstellung berücksichtigt. Die variabel verzinslichen Darlehen werden für Zeiträume von bis zu 27 Jahren abgesichert. In die Bewertungseinheiten werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartende Transaktionen in Form von Darlehensprolongationen in Höhe von 440,0 Mio. EUR einbezogen. Die Notwendigkeit der Darlehensprolongationen resultiert aus dem geplanten Finanzierungsbedarf der Stadtwerke Hannover AG. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen. Die Ermittlung der retrospektiven Effektivität erfolgte anhand der Dollar Offset Methode.

Darüber hinaus wurden fest kontrahierte Kohlebeschaffungsgeschäfte von 168,1 Mio. EUR durch Devisentermingeschäfte abgesichert. Die Devisentermingeschäfte gleichen die aus den Warentermingeschäften resultierenden Währungsrisiken aus. Der beizulegende Zeitwert der Devisentermingeschäfte beträgt 16,1 Mio. EUR. Durch die Bildung der Bewertungseinheiten wurden keine Drohverlustrückstellungen vermieden. Die Devisentermingeschäfte haben Laufzeiten von bis zu drei Jahren. Sowohl die Ermittlung der prospektiven als auch retrospektiven Effektivität erfolgt anhand der Critical Term Match Methode.

Zur Absicherung von Preisänderungsrisiken aus mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Gas- und Stromgeschäften von 0,8 TWh werden Ölswaps, CO₂-Zertifikateswaps und Kohleswaps eingesetzt. Die Ölswaps haben ein Nominalwert von 9,0 Mio. EUR und einen beizulegenden Zeitwert von –2,0 Mio. EUR. Die durch die Bildung der Bewertungseinheiten vermiedene Drohverlustrückstellung aus Ölswaps beträgt 6,0 Mio. EUR. Aus Ineffektivitäten resultiert eine Drohverlustrückstellung von 79,4 TEUR. Die CO₂-Zertifikateswaps haben ein Nominalwert von 3,1 Mio. EUR und einen beizulegenden Zeitwert von 0,5 Mio. EUR. Die Kohleswaps haben ein Nominalwert von 12,9 Mio. EUR und einen beizulegenden Zeitwert von –3,4 Mio. EUR. Die durch die Bildung der Bewertungseinheiten vermiedene Drohverlustrückstellung aus CO₂-Zertifikate- und Kohleswaps beträgt 3,7 Mio. EUR. Die abgeschlossenen Sicherungsgeschäfte haben Laufzeiten von bis zu zwei Jahren.

Hinsichtlich der Preisänderungsrisiken gleichen sich die gegenläufigen Zahlungsströme aus Grund- und Sicherungsgeschäften im Rahmen der abgesicherten Risiken zukünftig vollständig aus. Die Wirksamkeiten der Sicherungsbeziehungen wird anhand der Critical Term Match Methode nachgewiesen.

In die Bewertungseinheiten werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartende Transaktionen einbezogen. Zum Stichtag lagen keine Hinweise auf den Nichteintritt dieser Transaktionen vor.

Commodity-Derivate

Zur Absicherung und Optimierung der Strom- und Gasgeschäfte (Preisrisikomanagement) und zur Vermarktung eigener Kraftwerkskapazitäten (Kraftwerksoptimierung) werden **Strom- und Gasforwards** eingesetzt und an der deutschen Strombörse EEX (European Energy Exchange) **Gas- und Stromfutures** gehandelt. Der Einsatz dieser derivativen Finanzinstrumente ist durch eine interne Richtlinie geregelt.

Die Marktwerte der Derivate bestimmen sich durch Abzinsung der erwarteten künftigen Zahlungsströme über die Restlaufzeit des Kontrakts auf Basis einer Zinsstrukturkurve zum Stichtag. Dies bezüglich werden die für die Restlaufzeit der Derivate abgeleiteten Forward-Preise verwendet.

Am Abschlussstichtag betragen Nominal- und Marktwert der schwebenden Geschäfte:

		Marktwert in TEUR	Nominalwert in TEUR
Stromforwards	Beschaffung	-41.340	335.703
	Absatz	50.148	394.854
Stromfutures	Kauf	-7.416	54.467
	Verkauf	6.150	33.849
Gasforwards	Beschaffung	-57.169	551.801
	Absatz	29.841	252.445
Gasfutures	Kauf	-6.553	43.551
	Verkauf	2.998	22.854

Zinsderivate

Die Marktwerte der Zinsderivate bestimmen sich durch Abzinsung der erwarteten künftigen Zahlungsströme über die Restlaufzeit des Kontrakts auf Basis einer Zinsstrukturkurve zum Stichtag.

Für Zinsswaps, die nicht in Bewertungseinheiten einbezogen wurden, sind Drohverlustrückstellungen von 0,6 Mio. Euro gebildet worden.

Derivate auf Emissionszertifikate

Zur Optimierung der Beschaffung von Emissionszertifikaten wurden Termingeschäfte abgeschlossen. Der Marktwert von Emissionszertifikatermingeschäften errechnet sich auf Basis des am Abschlussstichtag geltenden Emissionszertifikaterminkurses für die jeweilige Restlaufzeit des Kontrakts im Vergleich zum kontrahierten Emissionszertifikaterminkurs.

Am Abschlussstichtag bestanden Emissionszertifikatermingeschäfte in folgendem Umfang:

	Marktwert in TEUR	Nominalwert in TEUR
Emissionszertifikatekäufe	8.854	-39.079
Emissionszertifikateverkäufe	-15	423

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Aufgliederung der Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer) des Berichtsjahres nach Geschäftsbereichen ergibt sich wie folgt:

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen in TEUR	2014	2013
Strom	1.340.222	1.368.036
Gas	697.124	765.547
Wasser	81.009	79.380
Wärme	77.697	87.105
Dienstleistungen	171.185	150.148
Gesamt	2.367.237	2.450.216

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen im Inland erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 18,6 Mio. EUR (Vorjahr: 40,4 Mio. EUR) enthalten.

Periodenfremde Erträge	2014	2013
in TEUR		
Auflösung von Rückstellungen	15.084	26.832
Herabsetzung Pauschalwertberichtigung auf Forderungen	1.407	1.817
Abgänge Sachanlagevermögen	950	9.086
Abgänge Finanzanlagevermögen	0	365
Übrige periodenfremde Erträge	1.201	2.253
Gesamt	18.642	40.353

Personalaufwand

Die Aufwendungen für Altersversorgung betragen im Berichtsjahr 12,4 Mio. EUR (Vorjahr: 13,1 Mio. EUR).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 4,9 Mio. EUR (Vorjahr: 7,4 Mio. EUR) enthalten.

Periodenfremde Aufwendungen	2014	2013
in TEUR		
Wertberichtigungen auf Forderungen	3.659	6.378
Abgänge Sachanlagevermögen	1.197	812
Abgänge Finanzanlagevermögen	0	205
Übrige periodenfremde Aufwendungen	41	23
Gesamt	4.897	7.418

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und Erträge enthalten 0,4 Mio. EUR (Vorjahr: 0,2 Mio. EUR) Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen.

Abschreibungen auf Finanzanlagen

Auf die Tochtergesellschaft Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, ist im Berichtsjahr eine Abschreibung in Höhe von 21,0 Mio. EUR erfolgt (Vorjahr: 21,3 Mio. EUR). Diese trägt den veränderten Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Energiewende und der Strompreisentwicklung am Terminmarkt Rechnung. Im Zuge des Einspeisevorrangs der erneuerbaren Energieerzeugung werden die konventionellen Kraftwerkskapazitäten zunehmend aus der Merit-Order verdrängt.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen wurden in Höhe von 5,8 Mio. EUR (Vorjahr: 7,3 Mio. EUR) erfasst.

3.3 Berichterstattung gemäß § 6 b Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die Stadtwerke Hannover AG hat folgende Geschäfte größeren Umfangs, die im Sinne des § 6 b Abs. 2 EnWG aus dem Rahmen der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, mit verbundenen und assoziierten Unternehmen getätigt:

Von der Stadtwerke Hannover AG erbrachte Leistungen	2014
in TEUR	
Technische und kaufmännische Betriebsführung	102.817
Netzpacht	76.906
Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen	17.270
Personalgestellung	16.080
Anlagen- und Hausanschlusserstellung	2.305
Sonstige Miete und Pacht	872
Sonstiges	3.072
Gesamt	219.322

Von der Stadtwerke Hannover AG empfangene Leistungen	2014
in TEUR	
Asset Management	2.908
Netzpacht	4.530
Gesamt	7.438

3.4 Angaben zum Jahresergebnis

Die Stadtwerke Hannover AG haben entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag 88,9 Mio. EUR (Vorjahr: 97,1 Mio. EUR) an die VVG abzuführen. In diesem Betrag sind 20,3 Mio. Euro (Vorjahr: 22,4 Mio. EUR) Mindestdividende an außenstehende Aktionäre enthalten. Auf das Genussscheinkapital erfolgt eine Ausschüttung von 3,2 Mio. EUR (Vorjahr: 3,5 Mio. EUR). Der verbleibende Jahresüberschuss von 6,0 Mio. EUR (Vorjahr: 6,0 Mio. EUR) wurde den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Zusammensetzung der Organe, Aufwendungen für Organe und Organkredite

Vorstand

In der personellen Besetzung des Vorstands der Stadtwerke Hannover AG hat es während des Geschäftsjahres keine Veränderungen gegeben. Die aktiven Mitglieder des Vorstands sind weiterhin:

- Michael G. Feist, Kaufmännischer Direktor und Vorstandsvorsitzender
- Harald Noske, Technischer Direktor
- Rechtsanwalt Jochen Westerholz, Arbeitsdirektor

Aufsichtsrat

Folgende Mandatsträger waren im Geschäftsjahr 2014 im Aufsichtsrat vertreten:

- Dr. Marc Hansmann, Vorsitzender des Aufsichtsrats, Stadtkämmerer
- Martin Bühre, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, Maschinenbautechniker*
- Jens Allerheiligen, kaufmännischer Angestellter
- Ute Bitter, Industriefachwirtin*
- Blanca Blancke, Gewerkschaftssekretärin*
- Ralf Borchers, Diplom-Ökonom
- Dr. Matthias Cord, Vorstandsmitglied der Thüga AG (seit 19. Dezember 2014)
- Willi Grewe, Gewerkschaftssekretär*
- Christine Kastning, Diplom-Ökonomin/Bankangestellte
- Dr. Reinhard Klopffleisch, Gewerkschaftssekretär*
- Dieter Küßner, Diplom-Betriebswirt des Handwerks
- Wilfried Lorenz, selbständiger Kaufmann
- Michael Riechel, Vorstandsmitglied der Thüga AG (seit 19. Dezember 2014)
- Ralf Riekemann, Diplom-Ingenieur Maschinenbau (FH)*
- Andrea Rietig, Bauingenieurin (FH)*
- Bernd Rudolph, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Thüga AG (bis 3. Dezember 2014)
- Frank Schröder, Betriebsschlosser*
- Norbert Stichtenoth, Betriebswirt*
- Ingrid Wagemann, Sozialpädagogin
- Friedrich Wittmeier, Justiziar*
- Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender der Thüga AG (bis 31. Oktober 2014)
- Belgin Zaman, Juristin

* Arbeitnehmervertreter der Stadtwerke Hannover AG

Den aktiven Vorstandsmitgliedern wurden 1,9 Mio. EUR vergütet; davon entfielen 1,1 Mio. EUR auf feste (Gehälter, Zuschüsse zu Versicherungsbeiträgen, Sachbezüge) und 0,8 Mio. EUR auf variable Vergütungen. Frühere Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen erhielten 0,6 Mio. EUR. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen sind 7,2 Mio. EUR zurückgestellt.

Dem Aufsichtsrat wurden 69 TEUR und dem Beirat 4 TEUR vergütet.

3.5.2 Belegschaft

Der Jahresdurchschnitt 2014 der im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer zeigt folgendes Bild:

	2014	2013
Mitarbeiter	2.553	2.590
davon Gehaltsempfänger	1.691	1.709
davon Lohnempfänger	756	770
davon Auszubildende	106	111

3.5.3 Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Haftungsverhältnisse

Gegenüber einem Kreditinstitut wurde für ein Darlehen der Danpower GmbH, Potsdam (verbundenes Unternehmen), eine Ankaufsverpflichtung von bis zu 5,0 Mio. EUR bis zum Zeitpunkt der Tilgung des Darlehens eingegangen. Zum Bilanzstichtag ist mit einer künftigen Inanspruchnahme aus dieser Ankaufsverpflichtung nicht zu rechnen. Die Verpflichtungen aus dem zugrunde liegenden Darlehen wurden von der Danpower GmbH bisher vertragskonform erfüllt. Darüber hinaus wurde gegenüber einem weiteren Kreditinstitut eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 0,3 Mio. EUR für eine Beteiligungsgesellschaft übernommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag besteht gegenüber Lieferanten ein offenes Bestellobligo in Höhe von 119,3 Mio. Euro.

Infolge der langfristigen Anmietung des Verwaltungsgebäudes Ihmeplatz 2, Hannover, bestehen Verpflichtungen aus dem Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von bis zu 6 Jahren in Höhe von 14,9 Mio. EUR.

Darüber hinaus bestehen am Stichtag Verpflichtungen aus dem Pachtvertrag mit einer Restlaufzeit von 13 Jahren für das Strom- und Wasserversorgungsnetz sowie mit einer Restlaufzeit von 18 Jahren für das Gasversorgungsnetz mit den Netzgesellschaften Laatzen. Die künftigen Verpflichtungen aus der Mindestpacht für das Wassernetz liegen bei 0,5 Mio. EUR; der Pachtzins für das Strom- und Gasnetz ist variabel. Im Geschäftsjahr 2014 sind Pachtaufwendungen von insgesamt 3,3 Mio. EUR entstanden.

Für Kfz-Leasing bestehen Verpflichtungen in Höhe von 0,4 Mio. EUR.

Aus Darlehenszusagen bestehen finanzielle Verpflichtungen von insgesamt 40,0 Mio. EUR; davon wurden gegenüber den verbundenen Unternehmen Zusagen zu langfristigen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 35,4 Mio. EUR gemacht.

3.5.4 Anteilsbesitz der Stadtwerke Hannover AG gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Geschäftsjahr
Unmittelbare Beteiligungen				
Verbundene Unternehmen				
enercity Contracting GmbH, Hannover	100,00	26.336	0 ¹	2014
enercity Erneuerbare GmbH, Hannover	100,00	1.000	0 ¹	2014
enercity Netzgesellschaft mbH, Hannover	100,00	250	0 ¹	2014
enercity Speichervermarktungsgesellschaft mbH, Hannover	100,00	25	0 ¹	2014
GKL – Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover	90,00	9.203	0 ¹	2014
Danpower GmbH, Potsdam	84,90	46.309	14.065	2013
GKH – Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH, Hannover	84,70	10.226	0 ¹	2014
Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover	83,33	24.085	565	2013
Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Braunschweig GmbH & Co. KG, Hannover	83,33	1.340	166	2013
GKW Beteiligungs-GmbH, Hannover	83,33	30	0	2013
GHG – Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg	51,84	137	0 ¹	2014
Beteiligungen				
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München	20,53	2.658.544	270.943	2013
htp GmbH, Hannover	50,00	30.107	3.030	2013
Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen	50,00	2.671	299	2013
GHG – Gasspeicher Hannover GbR, Hannover	50,00	0	7	2014
Netzgesellschaft Laatzen GmbH & Co. KG, Laatzen	49,00	6.100	1.032	2014
Gasnetzgesellschaft Laatzen-Nord mbH, Laatzen	49,00	120	95	2014
Netzverwaltungsgesellschaft Laatzen mbH, Laatzen	49,00	26	1	2014
Stadtwerke Wunstorf GmbH & Co. KG, Wunstorf	34,00	7.261	2.158	2013
Stadtwerke Wunstorf Verwaltungs GmbH, Wunstorf	34,00	61	1	2013
Metegra GmbH, Laatzen	25,00	-373	-130	2013

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Geschäftsjahr
Stadtwerke Garbsen GmbH, Garbsen	20,00	-2.701 ²	3.664 ²	2013
Mittelbare Beteiligungen				
Verbundene Unternehmen				
Danpower Energie Service GmbH, Potsdam	100,00	49.068	1.349	2013
EKT Energie und Kommunal -Technologie GmbH, Potsdam	100,00	6.391	0 ⁵	2013
vigoris Handels GmbH, Potsdam	100,00	2.485	2.460	2013
Danpower Eesti AS, Estland	100,00	2.824	93	2013
Danpower Biomasse Pfaffenhofen GmbH, Pfaffenhofen	100,00	8.026 ³	0 ³	2014
Bitterfelder Fernwärme GmbH, Bitterfeld-Wolfen	100,00	1.728	0 ⁵	2013
BIOREG Energy & Recycling AG, Niederau	100,00	423	-304	2013
vigoris Kaubandus ÖU, Estland	100,00	91	88	2013
PME Projektmanagement und Engineering GmbH, Leipzig	100,00	50	0 ⁵	2013
enercity Contracting Nord GmbH, Hannover	100,00	1.823	356	2013
Windpark Fischbeck GmbH, Wust-Fischbeck	100,00	25	0 ¹	2014
Windpark Martenberg GmbH, Diemelsee-Adorf	100,00	25	0 ¹	2014
Windpark Münstedt GmbH, Münstedt/Landkreis Peine	100,00	21	-4	2014
IEP Innovative Energien Potsdam GmbH, Potsdam	100,00	-173	-165	2013
BGA Biogas 2 GmbH, Potsdam	100,00	-1.708	-550	2013
WVZ-Wärmeversorgung Zinnowitz GmbH, Zinnowitz	80,00	274	176	2013
IEW Biogaspark Wolgast GmbH, Wolgast	75,20	185	35	2013
IEW Biogas 4 GmbH, Wolgast	75,20	41	-1	2013
IEW Innovative Energien Wolgast GmbH, Wolgast	74,90	407	357	2013
ELW Energieversorgung Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis	70,00	-108	-613	2013
Wärmeversorgung Wolgast GmbH, Wolgast	51,00	2.811 ⁴	796	2013

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Geschäftsjahr
Bioenergie Giesen GmbH, Giesen	51,00	1.874	255	2013
Stadtwerk Elsterwerda GmbH, Elsterwerda	51,00	998	155	2013
Bioenergie Harber GmbH & Co. KG, Hohenhameln	51,00	962	19	2013
Biogas Glentorf GmbH, Königslutter-Glentorf	51,00	1.926	-258	2013
Bioenergie Loop GmbH, Loop	51,00	1.823	-158	2013
Beteiligungen				
PD energy GmbH, Bitterfeld-Wolfen	50,00	10.991	-523	2013
Danpower Baltic (UAB), Kaunas, Litauen	50,00	500 ³	0 ³	2014
Biogas Peine GmbH, Peine	40,00	1.447	57	2013

¹ Die Ergebnisse dieser Unternehmen fließen auf Grund von Gewinnabführungsverträgen anteilig der Stadtwerke Hannover AG zu.

² Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten basiert die Angabe auf dem Konzernabschluss der Gesellschaft.

³ Die Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2014 neu gegründet. Es handelt sich um Eröffnungsbilanzwerte.

⁴ Die Angabe des Eigenkapitals erfolgt unter Berücksichtigung der teilweisen Ergebnisverwendung.

⁵ Die Ergebnisse dieser Unternehmen fließen auf Grund von Gewinnabführungsverträgen der jeweiligen Muttergesellschaft zu.

3.5.5 Konzernverhältnisse

Die VVG hat mitgeteilt, dass ihr 75,09 Prozent der Stimmrechte an der Stadtwerke Hannover AG zustehen. Gleichfalls hat die VVG mitgeteilt, dass die Landeshauptstadt Hannover auf Grund der Zurechnung der von der VVG gehaltenen Stimmrechte gemäß § 16 Abs. 4 AktG über 75,09 Prozent Stimmrechte an der Stadtwerke Hannover AG verfügt. Weitere 24,00 Prozent der Stimmrechte hält die Thüga AG.

Die Stadtwerke Hannover AG, mit Sitz in Hannover, ist gemäß § 291 HGB von der Verpflichtung, einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht gemäß §§ 290 ff. HGB aufzustellen, befreit.

Die Stadtwerke Hannover AG wird in den befreienden Konzernabschluss der VVG, die ebenfalls ihren Sitz in Hannover hat, einbezogen. Die VVG ist das Mutterunternehmen, das den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für den größten Kreis von Unternehmen nach den Vorschriften des HGB aufstellt.

Der Konzernabschluss und Konzernlagebericht der VVG sind im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Diese Unterlagen sind im Internet unter www.bundesanzeiger.de zugänglich.

Darüber hinaus stellt die Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2014 freiwillig für den kleinsten Kreis von Unternehmen einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) gemäß § 315a Abs. 3 HGB sowie einen Konzernlagebericht auf. Der Konzernabschluss und Konzernlagebericht der Stadtwerke Hannover AG sind auf der unternehmenseigenen Homepage veröffentlicht. Diese Unterlagen sind im Internet unter www.enercity.de zugänglich.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Jahresberichterstattung der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Hannover, den 9. Februar 2015

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Feist

Noske

Westerholz

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2014

in TEUR	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Stand 31.12.2014	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2014	Stand Vorjahr
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	50.852	812	0	2.321	53.985	41.537	3.695	0	0	0	45.232	8.753	9.315
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	145.983	477	23	2.002	148.439	105.637	2.668	19	0	0	108.286	40.153	40.346
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	163.180	626	410	2.620	166.016	151.525	2.023	337	0	0	153.211	12.805	11.655
3. Verteilungsanlagen	1.385.110	22.745	16.511	13.044	1.404.388	1.111.104	29.761	15.410	0	0	1.125.455	278.933	274.006
4. Technische Anlagen und Maschinen	216.281	2.195	2.319	4.424	220.581	175.519	6.791	2.256	0	0	180.054	40.527	40.762
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	65.263	1.426	3.012	465	64.142	55.705	3.634	3.009	0	0	56.330	7.812	9.558
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	37.419	20.781	0	-24.876	33.324	0	0	0	0	0	0	33.324	37.419
	2.013.236	48.250	22.275	-2.321	2.036.890	1.599.490	44.877	21.031	0	0	1.623.336	413.554	413.746
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	274.705	755	0	0	275.460	76.062	21.000	0	0	0	97.062	178.398	198.643
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	151.377	24.295	15.720	0	159.952	0	0	0	0	0	0	159.952	151.377
3. Beteiligungen	506.271	0	0	0	506.271	4.264	0	0	0	0	4.264	502.007	502.007
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14.890	0	4.228	0	10.662	0	0	0	0	0	0	10.662	14.890
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	8.391	2.845	0	0	11.236	0	0	0	0	0	0	11.236	8.391
6. Sonstige Ausleihungen	1.443	0	323	0	1.120	16	0	0	0	1	15	1.105	1.427
	957.077	27.895	20.271	0	964.701	80.342	21.000	0	0	1	101.341	863.360	876.735
	3.021.165	76.957	42.546	0	3.055.576	1.721.369	69.572	21.031	0	1	1.769.909	1.285.667	1.299.796

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover
Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG
Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva in TEUR	Gesamt Unternehmen		Strom Verteilung		Strom andere Aktivitäten		Strom Gesamt		Gas Speicherung		Gas Verteilung		Gas andere Aktivitäten		Gas Gesamt		Sonstige Aktivitäten	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
A. Anlagevermögen	1.285.667	1.299.796	149.514	146.536	250.656	283.534	400.170	430.070	57.713	36.193	101.421	105.077	11.861	11.723	170.995	152.993	714.502	716.733
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8.753	9.315	2.111	2.063	1.610	1.793	3.721	3.856	69	78	1.365	1.481	554	608	1.988	2.167	3.044	3.292
II. Sachanlagen	413.554	413.746	135.456	133.088	25.643	26.991	161.099	160.079	7.521	3.322	94.816	98.583	4.783	4.907	107.120	106.812	145.335	146.855
III. Finanzanlagen	863.360	876.735	11.947	11.385	223.403	254.750	235.350	266.135	50.123	32.793	5.240	5.013	6.524	6.208	61.887	44.014	566.123	566.586
B. Umlaufvermögen	274.337	373.103	17.538	15.162	152.067	261.472	169.605	276.634	254	-28	14.751	-4.842	49.532	63.300	64.537	58.429	40.195	38.040
I. Vorräte	69.112	78.040	777	870	28.071	46.617	28.848	47.487	9	12	364	496	34.104	24.664	34.477	25.172	5.787	5.381
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (abzgl. Anzahlungen)	33.968	52.312	363	450	28.051	46.614	28.414	47.064	9	12	315	377	224	272	548	661	5.006	4.587
2. Unfertige Leistungen	1.108	1.165	414	420	20	3	434	423	0	0	49	119	0	3	49	122	625	620
3. Waren	34.036	24.563	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	33.880	24.389	33.880	24.389	156	174
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	172.275	239.356	10.252	3.300	117.283	202.994	127.535	206.294	95	-327	9.179	-14.108	11.848	32.525	21.122	18.090	23.618	14.972
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich erhaltene Anzahlungen	360.309	378.297	1.898	2.305	202.257	206.008	204.155	208.313	61	66	1.849	2.243	87.593	101.490	89.503	103.799	66.651	66.185
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	41.902	52.430	7.113	15.616	5.306	9.580	12.419	25.196	0	0	6.795	-3.645	13.590	14.831	20.385	11.186	9.098	16.048
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.217	9.864	751	684	204	116	955	800	4	3	0	0	1.561	1.123	1.565	1.126	1.697	7.938
5. Sonstige Vermögensgegenstände	13.708	30.914	1.031	-14.793	11.648	77.471	12.679	62.678	30	-396	535	-12.706	1.303	6.917	1.868	-6.185	-839	-25.579
III. Wertpapiere	3.587	3.713	781	796	378	405	1.159	1.201	7	8	665	676	176	185	848	869	1.580	1.643
1. Eigene Genussscheine	3.587	3.587	781	781	377	377	1.158	1.158	7	7	665	665	176	176	848	848	1.581	1.581
2. Sonstige Wertpapiere	0	126	0	15	1	28	1	43	0	1	0	11	0	9	21	-1	62	62
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	29.363	51.994	5.728	10.196	6.335	11.456	12.063	21.652	143	279	4.543	8.093	3.404	5.926	8.090	14.298	9.210	16.044
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.203	4.413	325	283	1.167	3.210	1.492	3.493	11	9	206	177	1.009	304	1.226	490	485	430
Kapitalverrechnung	0	0	0	0	43.939	200.586	43.939	200.586	0	0	0	27.887	9.247	26.931	9.247	54.818	154.522	212.866
Bilanzsumme Aktiva	1.563.207	1.677.312	167.377	161.981	447.829	748.802	615.206	910.783	57.978	36.174	116.378	128.299	71.649	102.258	246.005	266.730	909.704	968.069
Passiva in TEUR																		
A. Eigenkapital	437.227	431.227	77.113	77.113	69.868	69.868	146.981	146.981	478	478	53.789	53.789	13.242	13.242	67.509	67.509	222.737	216.737
I. Gezeichnetes Kapital	86.000	86.000	19.679	19.679	8.075	8.075	27.754	27.754	144	144	16.063	16.063	4.136	4.136	20.343	20.343	37.903	37.903
II. Kapitalrücklage	78.535	78.535	17.972	17.972	7.374	7.374	25.346	25.346	132	132	14.667	14.667	3.777	3.777	18.576	18.576	34.613	34.613
III. Gewinnrücklagen	267.579	261.579	38.350	38.350	53.881	53.881	92.231	92.231	192	192	22.111	22.111	5.078	5.078	27.381	27.381	147.967	141.967
IV. Genussscheinkapital	5.113	5.113	1.112	1.112	538	538	1.650	1.650	10	10	948	948	251	251	1.209	1.209	2.254	2.254
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	10.069	9.199	3.332	3.503	572	626	3.903	4.129	2	2	826	916	12	12	840	930	5.326	4.140
C. Erhaltene Baukostenzuschüsse	81.961	80.295	33.620	33.580	1.767	1.580	35.387	35.160	83	73	13.866	13.374	693	654	14.642	14.101	31.932	31.034
D. Rückstellungen	193.802	201.222	23.161	26.080	60.533	55.656	83.694	81.736	1.175	1.227	16.690	17.609	21.042	20.691	38.907	39.527	71.200	79.959
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.836	17.353	3.031	2.791	5.596	5.134	8.627	7.925	252	229	2.064	1.902	1.640	1.505	3.956	3.636	6.252	5.792
2. Steuerrückstellungen	0	0	-11	-11	-7	-7	-18	-18	0	0	-6	-6	3	3	-3	-3	21	21
3. Sonstige Rückstellungen	174.966	183.869	20.141	23.300	54.944	50.529	75.085	73.829	923	998	14.632	15.713	19.399	19.183	34.954	35.894	64.927	74.146
E. Verbindlichkeiten	838.255	953.401	5.206	7.741	271.894	491.568	277.101	499.309	22.520	-3.736	2.166	42.610	19.940	-720	44.626	38.153	516.528	415.939
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	655.372	674.248	0	-5.083	189.271	260.611	189.271	255.528	23.724	-143	0	-3.943	0	-2.759	23.724	-6.845	442.377	425.565
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	63.860	84.818	2.876	4.589	33.569	40.158	36.445	44.747	26	111	946	3.191	22.326	26.255	23.298	29.557	4.117	10.514
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	37.724	91.359	-1.921	2.530	35.522	121.722	33.601	124.252	-3.063	-3.839	-829	29.847	4.806	15.347	914	41.355	3.209	-74.248
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.910	11.753	15	20	47	1	62	21	0	0	627	636	-19	-40	608	596	11.240	11.136
6. Sonstige Verbindlichkeiten	69.389	91.223	4.236	5.685	13.485	69.076	17.722	74.761	1.833	135	1.422	12.879	-7.173	-39.523	-3.918	-26.510	55.585	42.972
davon aus Steuern:	3.190	21.212	0	354	9.299	61.318	9.299	61.672	0	0	0	0	-8.441	-41.177	-8.441	-41.177	2.332	717
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:	5	5	1	1	1	1	2	2	0	0	1	1	0	0	1	1	2	2
F. Rechnungsabgrenzungsposten	1.893	1.968	1	21	1.593	1.647	1.594	1.667	0	0	1	1	0	0	1	1	298	300
Kapitalverrechnung	0	0	24.944	13.943	41.602	127.857	66.546	141.801	33.720	38.130	29.040	0	16.720	68.379	79.480	106.509	61.683	219.960
Bilanzsumme Passiva	1.563.207	1.677.312	167.377	161.981	447.829	748.802	615.206	910.783	57.978	36.174	116.378	128.299	71.649	102.258	246.005	266.730	909.704	968.069

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover
Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Gesamt Unternehmen		Strom Verteilung		Strom andere Aktivitäten		Strom Gesamt		Gas Speicherung		Gas Verteilung		Gas andere Aktivitäten		Gas Gesamt		Sonstige Aktivitäten	
in TEUR	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
1. Umsatzerlöse	2.367.237	2.450.216	55.830	55.582	1.284.392	1.312.454	1.340.222	1.368.036	9	8	35.779	33.970	661.336	731.569	697.124	765.547	329.891	316.633
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-57	-321	-6	-68	15	1	9	-67	0	0	-69	-7	-4	-2	-73	-9	7	-245
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	5.742	4.891	1.750	1.511	703	566	2.453	2.077	31	21	1.301	1.088	235	169	1.567	1.278	1.722	1.536
4. Sonstige betriebliche Erträge	125.909	159.061	55.196	57.547	10.038	12.632	65.234	70.179	281	306	31.587	51.014	4.567	4.810	36.435	56.130	24.240	32.752
Erträge aus der Verrechnung mit anderen Tätigkeiten	1.535.442	1.608.584	1.395	1.007	1.159.288	1.202.838	1.160.683	1.203.845	30	70	597	283	214.175	254.271	214.802	254.624	159.957	150.115
5. Materialaufwand	2.041.312	2.145.322	4.438	5.604	1.220.836	1.265.053	1.225.274	1.270.657	30	36	2.897	2.485	629.737	701.527	632.664	704.048	183.374	170.617
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.763.503	1.874.050	1.593	1.783	1.035.862	1.103.200	1.037.455	1.104.983	26	29	845	983	554.803	611.901	555.674	612.913	170.374	156.154
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	277.809	271.272	2.845	3.821	184.974	161.853	187.819	165.674	4	7	2.052	1.502	74.934	89.626	76.990	91.135	13.000	14.463
6. Personalaufwand	199.614	199.747	36.740	36.829	56.680	56.598	93.420	93.427	3.093	3.149	24.231	24.523	16.937	16.784	44.261	44.456	61.933	61.864
a) Löhne und Gehälter	159.930	158.906	29.278	29.119	45.713	45.425	74.991	74.544	2.501	2.545	19.329	19.394	13.624	13.432	35.454	35.371	49.485	48.991
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	39.684	40.841	7.462	7.710	10.967	11.173	18.429	18.883	592	604	4.902	5.129	3.313	3.352	8.807	9.085	12.448	12.873
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	48.572	49.107	13.800	13.857	4.673	4.601	18.473	18.458	437	370	9.803	10.144	1.597	1.621	11.837	12.135	18.262	18.514
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	111.199	113.842	34.216	35.262	25.952	22.629	60.168	57.891	351	373	11.362	13.941	5.269	7.037	16.982	21.351	34.049	34.600
a) Konzessionsabgabe	40.870	40.748	23.611	23.461	0	0	23.611	23.461	0	0	5.084	6.337	0	0	5.084	6.337	12.175	10.950
b) Andere	70.329	73.094	10.605	11.801	25.952	22.629	36.557	34.430	351	373	6.278	7.604	5.269	7.037	11.898	15.014	21.874	23.650
Aufwendungen aus der Verrechnung mit anderen Tätigkeiten	1.535.442	1.608.584	115	749	1.138.874	1.178.999	1.138.989	1.179.748	-13	13	-212	496	213.336	250.666	213.111	251.175	183.342	177.661
9. Erträge aus Beteiligungen	58.829	55.673	487	439	541	721	1.028	1.160	0	0	39	0	1.105	948	1.144	948	56.657	53.565
davon aus verbundenen Unternehmen:	5.875	4.961	0	0	471	461	471	461	0	0	0	0	0	0	0	0	5.404	4.500
10. Auf Grund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinn und Dividenden an außenstehende Gesellschafter	11.359	11.359	0	0	1.356	1.356	1.356	1.356	4	3	0	0	0	0	4	3	9.999	10.000
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	3.115	8.242	146	146	2.616	2.449	2.762	2.595	38	26	49	2	0	0	87	28	266	5.619
davon aus verbundenen Unternehmen:	2.852	2.881	0	0	2.615	2.449	2.615	2.449	32	18	0	0	0	0	32	18	205	414
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.723	2.713	106	130	570	10	676	140	0	0	79	71	67	10	146	81	1.901	2.492
davon aus verbundenen Unternehmen:	525	634	95	129	142	135	237	264	0	0	63	71	0	0	63	71	225	299
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	21.000	22.160	0	0	21.000	22.160	21.000	22.160	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14. Aufwendungen aus Verlustübernahme	15.743	11.814	8.442	14.284	1.973	481	10.415	14.765	7	0	5.677	-2.377	0	0	5.684	-2.377	-356	-574
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34.035	37.943	958	1.044	9.050	12.609	10.008	13.653	1.060	43	580	2.639	268	253	1.908	2.935	22.119	21.355
davon an verbundene Unternehmen:	22	5	0	0	6	0	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	16	5
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	103.382	111.899	16.195	8.665	-19.519	-30.103	-3.324	-21.438	-4.572	-3.550	15.024	34.570	14.337	13.887	24.789	44.907	81.917	88.430
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.212	3.612	353	195	363	223	716	418	0	1	331	732	317	381	648	1.114	1.848	2.080
18. Sonstige Steuern	2.047	1.671	362	120	733	857	1.095	977	12	0	195	28	136	401	343	429	609	265
19. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	88.917	97.119	14.782	7.589	-20.955	-31.551	-6.173	-23.962	-4.590	-3.558	13.902	33.162	13.728	12.933	23.040	42.537	72.050	78.544
20. Jahresüberschuss vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital	9.206	9.497	698	761	337	368	1.035	1.129	6	7	594	648	158	172	758	827	7.413	7.541
21. Ausschüttung auf Genussscheinkapital	3.206	3.497	698	761	337	368	1.035	1.129	6	7	594	648	158	172	758	827	1.413	1.541
22. Jahresüberschuss	6.000	6.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6.000	6.000
23. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	6.000	6.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6.000	6.000
24. Bilanzgewinn	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover
Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG
Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2014
für die Tätigkeit Stromverteilung

in TEUR	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Stand 31.12.2014	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	15.684	204	0	698	16.586	13.621	854	0	0	0	14.475	2.111	2.063
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	38.162	365	22	26	38.531	26.529	579	19	0	0	27.089	11.442	11.633
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	734	0	0	0	734	725	5	0	0	0	730	4	9
3. Verteilungsanlagen	309.072	6.364	6.159	2.512	311.789	238.901	6.382	5.767	0	0	239.516	72.273	70.171
4. Technische Anlagen und Maschinen	188.247	1.417	1.709	3.868	191.823	152.843	5.224	1.647	0	0	156.420	35.403	35.404
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	13.986	308	696	87	13.685	12.060	756	695	1	0	12.122	1.563	1.926
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	13.945	8.017	0	-7.191	14.771	0	0	0	0	0	0	14.771	13.945
	564.146	16.471	8.586	-698	571.333	431.058	12.946	8.128	1	0	435.877	135.456	133.088
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	150	0	0	0	150	0	0	0	0	0	0	150	150
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	5.607	0	0	0	5.607	0	0	0	0	0	0	5.607	5.607
3. Beteiligungen	4.000	0	0	0	4.000	0	0	0	0	0	0	4.000	4.000
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.628	562	0	0	2.190	0	0	0	0	0	0	2.190	1.628
6. Sonstige Ausleihungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	11.385	562	0	0	11.947	0	0	0	0	0	0	11.947	11.385
	591.215	17.237	8.586	0	599.866	444.679	13.800	8.128	1	0	450.352	149.514	146.536

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover
Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG
Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2014
für die Tätigkeit Gasverteilung

in TEUR	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Stand 31.12.2014	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	7.069	123	0	350	7.542	5.588	589	0	0	0	6.177	1.365	1.481
II. Sachanlagen													
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.371	11	0	11	13.393	9.485	262	0	0	0	9.747	3.646	3.886
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	17.201	394	126	226	17.695	14.295	437	126	0	0	14.606	3.089	2.906
3. Verteilungsanlagen	372.775	2.818	4.432	3.374	374.535	287.753	7.798	3.936	0	0	291.615	82.920	85.022
4. Technische Anlagen und Maschinen	3.498	113	125	54	3.540	2.808	251	125	0	0	2.934	606	690
Andere Anlagen, Betriebs- und													
5. Geschäftsausstattungen	8.455	206	481	78	8.258	7.304	465	480	-1	0	7.288	970	1.151
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.928	2.751	0	-4.094	3.585	0	0	0	0	0	0	3.585	4.928
	420.228	6.293	5.164	-351	421.006	321.645	9.213	4.667	-1	0	326.190	94.816	98.583
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	100	0	0	0	100	0	0	0	0	0	0	100	100
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Beteiligungen	12	0	0	0	12	0	0	0	0	0	0	12	12
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein													
4. Beteiligungsverhältnis besteht	3.600	0	220	0	3.380	0	0	0	0	0	0	3.380	3.600
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.301	447	0	0	1.748	0	0	0	0	0	0	1.748	1.301
6. Sonstige Ausleihungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	5.013	447	220	0	5.240	0	0	0	0	0	0	5.240	5.013
	432.310	6.863	5.384	-1	433.788	327.233	9.802	4.667	-1	0	332.367	101.421	105.077

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen gem. § 6b Abs. 3 EnWG

Bilanz

Alle Bilanzwerte werden im ersten Schritt direkt den Tätigkeiten zugeordnet. Soweit eine direkte Zuordnung nicht möglich ist, erfolgt die Zuordnung mittels Verteilschlüssel. Die grundsätzlich verwendeten Verteilschlüssel sind in Anlage 1 aufgeführt.

Anlagevermögen

Die Anlagenspiegel zeigen die Aufgliederungen sowie die Entwicklungen der in den Tätigkeitsbilanzen zusammengefassten Anlagepositionen. Die Vermögensgegenstände der gemeinsamen Bereiche wurden anteilig bei den Tätigkeiten Strom- und Gasverteilung berücksichtigt. Zu den gewählten Abschreibungsmethoden verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang.

Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten der Tätigkeiten Strom- und Gasverteilung sind innerhalb eines Jahres fällig.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen Tätigkeiten

Die Forderungen gegenüber anderen Tätigkeitsbereichen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen Tätigkeitsbereichen sind Residualgrößen und gleichen als Verrechnungsposten die Bilanzsummen der Aktiv- und Passivseite aus. Der Ausweis der Residualgrößen in den Tätigkeitsbereichen erfolgt unsaldiert entsprechend der Vorzeichen des Saldos als Aktiv- oder Passivposten.

Gewinn- und Verlustrechnung

Alle Erträge und Aufwendungen werden grundsätzlich mittels Aufträgen, Kostenstellen und Profitcentern direkt den Tätigkeiten zugeordnet. Die Erträge und Aufwendungen der gemeinsamen Bereiche werden durch differenzierte Verteilschlüssel auf die anderen Tätigkeiten umgelegt. Die umzulegenden Positionen sind im Wesentlichen Material- und Fremdleistungen, Personalaufwand sowie sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen. Die Verrechnungen innerhalb der Sparten Strom und Gas erfolgt zu marktwirtschaftlich orientierten Bezugs- und Absatzpreisen, z. B. anhand von Börsenpreisen.

Haftungsverhältnisse/Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Haftungsverhältnisse und sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen die sonstigen Tätigkeiten außerhalb der Strom- und Gasverteilung. Wir verweisen auf die Ausführungen im Anhang.

Anlage 1 – Verwendete Schlüssel

Bilanzposition	Verteilschlüssel
Anlagevermögen im allgemeinen Bereich	Anlagevermögen je allgemeiner Bereichsschlüssel
Vorräte	Allgemeiner Schlüssel
Werksküchenvorräte	Personalschlüssel
Forderungen Lieferungen und Leistungen	Umsatzschlüssel
Andere Forderungen	Allgemeiner Schlüssel
Sonstige Vermögensgegenstände	Personalschlüssel
Lohn-/Gehaltsvorschüsse und Darlehen	Allgemeiner Schlüssel
Sonstige Forderungen	
Wertpapiere	Schlüssel gezeichnetes Kapital
Flüssige Mittel	Allgemeiner Schlüssel
Rechnungsabgrenzungsposten	Verteilschlüssel allgemeiner Bereich
Sonderposten für Investitionszuschüsse und erhaltene Baukostenzuschüsse	Anlagevermögen je allgemeiner Bereichsschlüssel
Rückstellungen Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	Personalschlüssel
Sonstige Rückstellungen	Personalschlüssel und allgemeiner Schlüssel
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verursachungsgerechte Verteilung
Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	Allgemeiner Schlüssel
Sonstige Verbindlichkeiten	Personalschlüssel
Noch auszahlende Löhne/Gehälter	Allgemeiner Schlüssel
Sonstige Verbindlichkeiten	

Alle Schlüssel bis auf den Schlüssel „gezeichnetes Kapital“ sind zum 1. Januar 2014 angepasst worden. Da sich die Verteilung des gezeichneten Kapitals zum 1. Januar 2014 nicht verändert hat, ist dieser Schlüssel nicht angepasst worden.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Hannover, den 9. Februar 2015

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Luther
Wirtschaftsprüfer

Möller
Wirtschaftsprüfer